# DIE STELLUNGNAHME DER FRANKFURTER ZEITUNG ZUR ELSASS-LOTHRINGISCHEN VERFASSUNGSFRAGE 1870/79

---

**INAUGURAL-DISSERTATION**

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

EINER

HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

**UNIVERSITÄT ZU TÜBINGEN**

VORGELEGT

VON

**ALBERT STOLLSTEIMER**

AUS GEMMRIGHEIM

DRUCK DER
BUCHDRUCKEREI HAMBURGER & BREDTMANN
PFORZHEIM.

Gedruckt mit Genehmigung der philosophischen Fakultät der Universität Tübingen.

Referent: Professor Dr. Wahl
28. November 1929

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

MEINEN ELTERN

# I.

## Einleitung:


Seite

I. Die Frankfurter Zeitung, die deutsche Demokratie und das Reichsland . . . . . 1
1. Leopold Sonnemann und die süddeutsche Volkspartei 1
2. Die Frankfurter Zeitung und Elsaß-Lothringen . . 3

II. Material und Methode der Untersuchung . . . . . 6
1. Stoff und Aufgabe . . . . . 6
2. Zur Behandlung des Quellenmaterials . . . . . 8

**Kapitel I:** Die Annexion . . . . . 10

A. Der deutsch-französische Krieg . . . . . 10
1. Ursachen und Anlaß des Krieges . . . . . 10
2. Die Haltung der Frankf. Zeitung im Kriege . . 12
3. Die französ. Kriegserklärung und das dt. Kriegsziel 13
4. Die innerpol. „Schattenseite" der dt. Siege . . . 14
5. Der dt. „Eroberungskrieg" gegen die dritte frz. Republik . . . . . 14

B. Die Annexionsfrage . . . . . 16
1. Die „chauvinistische Verirrung" des dt. Nationalgefühls . . . . . 16
2. Die **drei** Haltungen gegenüber der Annexion . . . 17
3. Der „chauvinistische" Standpunkt . . . . . 18
4. Die Nationalität der Elsaß-Lothringer . . . . . 19
5. Der realpolitische Standpunkt . . . . . 20
6. Die demokr. Theorie über die Ann. überhaupt und der Fall E.-L. . . . . 22
7. Demokr. Gesinnung und dt. Politik bei der Annexion 27

C. Die Frankfurter Zeitung und Frankreich . . . . . 29
1. Die weltgeschichtliche Bedeutung Frankreichs . . . 30
2. Der französische Volkscharakter . . . . . 31
3. Die dritte franz. Republik . . . . . 33
4. Leon Gambetta . . . . . 34

D. Die Frankfurter Zeitung und das Deutsche Reich . . 35
1. Demokratischer Patriotismus . . . . . 36
2. Der Charakter des Deutschen Reiches . . . . . 38
3. Die demokr. Forderungen an die Reichsverfassung . 39
4. Das System Bismarcks . . . . . 40

**Kapitel II:** Die „Diktatur" des Reichslandes . . . . . 43

A. Die Konstituierung von Elsaß-Lothringen als ein Reichsland . . . . . 44
1. Der bundesstaatliche Aufbau des Reiches und die Möglichkeiten des staatlichen Anschlusses . . . . 44
2. Das Einverleibungsgesetz . . . . . 46
3. Das Urteil der Frankf. Zeitung über das R.L. . . 51

Seite

B. Die Einführung der Reichsverfassung. Ihre staatsrechtliche Bedeutung für Els.-L. . . . . 52

C. Die Parteien im Reichsland und die erste Reichstagswahl 54
1. Die Anfänge der Autonomistenpartei . . . . . 54
2. Die Protestpartei und die Haltung der Frankf. Zeitg. 57
3. Die Bedeutung der Wahlergebnisse . . . . . 61
4. Demokratische und deutsche Politik . . . . . 64

D. Der Protest der Elsaß-Lothringer im Reichstag . . . 66
1. Der Antrag Teutsch und Genossen . . . . . 67
2. Stimmen aus der deutschen Presse in der Fr. Z. . 71
3. Die Erklärung des Bischofs Räß aus Straßburg . . 73
4. Der Abzug der Protestler aus Berlin. Die Fr. Z. und der Diktatur-Paragraph . . . . . 76
5. Die Haltung der Frankfurter Zeitung bei der Protestkundgebung . . . . . 77

**Kapitel III:** Die Autonomie . . . . . 80

A. Landesausschuß und Landesvertretung . . . . . 82

B. Die neue Landesgesetzgebung und die Frage eines els. Ministeriums . . . . . 89
1. Der beschließende Landesausschuß . . . . . 89
2. Ein els. Ministerium in Berlin und die Vertretung des Reichslandes im Bundesrat . . . . . 91

C. Die Kaiserreise von 1877 und die „Stimmung" im Reichsland . . . . . 94
1. Die Straßburger Festlichkeiten . . . . . 94
2. Das unterelsäßische Landvolk . . . . . 97
3. Metz und das Lothringer Land . . . . . 98
4. Ergebnisse . . . . . 98

D. Das Kaiserland und das Kronprinzenprojekt . . . . 101

E. Die Frankfurter Zeitung und das els. Parteileben . . 105
1. Die „Zerrüttung" des politischen Geistes . . . . . 105
2. Die Reichstagswahlen von 1877 und die Autonomisten . . . . . 107

F. Die Neuordnung der reichsländischen Verwaltung . . 109
1. Der Antrag Schneegans im Landesausschuß . . . 109
2. Das Verfassungsgesetz vom 4. Juli 1879 . . . . 110

**Zusammenfassung:** Die Fr. Z. und Els.-Lothr. . . . . 112
I. Der politische Charakter der Frankfurter Zeitung . . 112
II. Die Ansicht der Frankf. Zeitung über Elsaß-Lothringen 114
III. Die Haltung der Fr. Z. und ihre historische Bedeutung 118

## Quellen und Literatur.


1. G. Anrich, Schultz und Wittich, Das Elsaß, ein Buch von seiner Geschichte, Art und Kunst. Straßburg 1918.
2. W. Bauer, Einführung in das Studium der Geschichte. II. Aufl. Tübingen 1928.
3. L. Börne, Gesammelte Schriften, 5 Bde. Milwaukee, Wisconsin U.S.A. 1858.
4. K. Bücher, Das Zeitungswesen, in Die Kultur der Gegenwart I, 1, S. 512—555.
5. Fr. Curtius, Deutschland und das Elsaß, Stuttgart-Berlin, 1919.
6. E. Erslev, Historische Technik, deutsch im Verlag Oldenbourg, 1928.
7. O. Fischbach, Das öffentliche Recht des Reichslandes Elsaß-Lothringen, Tübingen 1914.
8. Geschichte der Frankf. Zeitung 1856—1906, Jubiläumsausgabe, Frankfurt 1906.
9. Jahrgänge der Frankf. Zeitung von 1870—80, Zeitungsverlag in Frankfurt a. Main.
10. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, III $^{6}$, 1923.
11. Ernst Hochschild, der Diktaturparagraph in E.-L. (im Jahrbuch des wissensch. Instituts der E.-L.er, IV, 1925).
12. Adolf Rapp, Der Kampf um die Demokratie in D. seit der frz. Revolution, Berlin 1923.
13. Reichsgesetzblatt 1871 ff.
14. Dt. Reichstag, Sten. Berichte und Drucksachen 1871 ff.
15. F. Salomon, Die dt. Parteiprogramme I. 1844—71, 1907.
16. A. Schneegans, Memoiren, 1904.
17. Aloys Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, Stuttgart und Berlin 1918.
18. Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1871 ff.
19. M. Spahn, Elsaß-Lothringen, Berlin 1919.
20. K. Stählin, Geschichte von Elsaß-Lothringen, 1920.
21. A. Wahl, Deutsche Geschichte von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges (1871—1914) Bd. I, Stuttgart 1926.
22. P. Wentzcke, Der dt. Einheit Schicksalsland, München 1927.
23. G. Wolfram, Oberpräsident E. v. Möller und die e.-l. Verfassungsfrage, Berlin und Leipzig 1925.
24. G. Wolfram, Die völkische Eigenart Elsaß-Lothringens, Basel 1918.

## Abkürzungen.

A = Annexion
B.R. = Bundesrat
D., dt. = Deutschland, deutsch
E. = Elsaß
E.-L., e.-l. = Elsaß-Lothringen, elsaß-lothringisch
F., frz. = Frankreich, französisch
Fr., Fr. Z. = Frankfurt, Frankfurter Zeitung
G. = Gesetz
L. = Lothringen
L.A. = Leitartikel
Ld., Ld.A., Ld.G. = Land, Landesausschuß, Landesgesetz
O.Pr. = Oberpräsident, Oberpräsidium
Pr., pr. = Preußen, preußisch
R = Reich
R.G. = Reichsgesetz
R.G.Bl. = Reichsgesetzblatt
R.K. = Reichskanzler.
R.L., r.l. = Reichsland, reichsländisch
R.T. = Reichstag
R.V. = Reichsverfassung
V. = Verfassung
W.Bl. = Wochenblatt der Fr. Z.

# Einleitung.

## I. Die Frankfurter Zeitung, die Deutsche Demokratie und das Reichsland Elsaß-Lothringen.

Unendlich viele historische Kräfte haben mitgewirkt, die Geschichte des Reichslandes zu formen. Alle politisch interessierten Geister Deutschlands mußten sich mit der e.-l. Frage befassen, seit sie durch den Deutsch-französischen Krieg von 1870/71 in ein neues Stadium versetzt worden war. In der politischen Presse, diesem „wichtigsten Organ des öffentlichen Lebens",[1]) das die Engländer gelegentlich neben den geistlichen und weltlichen Lords und den Gemeinen den Fourth Estate nennen, fanden die e.-l. Angelegenheiten eine eingehende Erörterung. Jede große Tageszeitung nahm Stellung dazu und suchte ihren Einfluß im Publikum dahin geltend zu machen, daß die e.-l. Frage im Sinne ihrer politischen Richtung gelöst werde. Die „Nordd. Allg. Zeitung" gab die Ansichten des Reichskanzleramts. Die nationalliberalen Blätter verteidigten die Politik der Regierung. Die Frankfurter Zeitung ergriff die Partei der Elsaß-Lothringer; sie spielte in Dingen des RL., wie wir noch sehen werden, eine bedeutende und wohl einzigartige Rolle in der deutschen Presse.

### 1. Leopold Sonnemann und die süddeutsche Volkspartei.

Werden und Wesen dieser politischen Tageszeitung, welche vor allen Dingen — wie heute noch, so auch in den siebziger Jahren — die große Bedeutung und weite Verbreitung, die sie besitzt, ihrem vorzüglichen Handelsteil und ihrem geschickten Feuilleton verdankt, sind aufs engste mit dem Leben und den politischen Ueberzeugungen des Frankfurter Publizisten und Politikers Leopold Sonnemann[2]) (1831—1909) verbunden. Er war jüdischer Abstammung und war zuerst als Kaufmann im väter-

[1]) Karl Bücher, Das Zeitungswesen, in P. Hinneberg „Die Kultur der Gegenwart" I, 1. S. 512—555.

[2]) Geschichte der Fr. Zeitung 1856—1906, Jubiläumsausgabe. S. 8.

lichen Geschäft tätig gewesen. Seine journalistische Laufbahn begann er denn auch damit, daß er sich an der Herausgabe eines Handelsblattes beteiligte, das vom 27. Oktober 1856 an unter dem Namen einer „Frankfurter Handelszeitung“[1]) erschien. Neben einem praktischen Verstand besaß Sonnemann einen kräftigen politischen Sinn, der durch das Erlebnis der Frankf. Nationalversammlung von 1848/49 genährt und in seiner Richtung bestimmt worden war. Er griff bald aktiv in das politische Leben seiner Umgebung ein und beteiligte sich 1859 an der Gründung des dt. Nationalvereins. Später nahm Sonnemann eine Wendung zum linken, radikalen Flügel des Liberalismus und schloß sich der föderalistischen Richtung der süddt. Demokratie an.

Das Zentrum dieser neuerwachten demokratischen Strömung[2]) war Stuttgart, von wo aus ein kleiner Kreis von Menschen um den aus der Schweiz zurückgekehrten politischen Flüchtling, um Karl Mayer, den Sohn des bekannten Uhlandfreundes, anfing, wieder „Volksvereine“ zu bilden und die französischen Ideen von 1789 in reinster Form von neuem zu propagieren. Das Preßorgan dieser schwäbischen Politiker war der Stuttgarter „Beobachter“. Sie sahen im Staate nur den Garanten für die ungehinderte Ausübung der Menschenrechte des einzelnen Individuums; sie lehnten die Einigung Deutschlands durch Preußen ab. Der preußische Staat war in ihren Augen immer noch der feste Hort des Absolutismus. Zwar wollten sie auch ein einiges Vaterland; aber es sollte ohne Zutun der Regierungen, allein vom Volke nach dem mißlungenen Rezept der Paulskirche von 1848 geschaffen sein. Vor allem aber die Freiheit war ihr Ideal, die Freiheit vom Staate und seinem Zwang. Diese Forderung kam ihnen lange vor der Einheit. Sie wollten lieber die demokratische Freiheit ohne die Einheit als umgekehrt.

Als 1866 nach der Besetzung der Freien Reichsstadt Frankfurt durch preußische Truppen unter dem General Vogel v. Falkenstein die Fr. Z. am 17. Juli unterdrückt wurde,[3]) weil sie die preußische Monarchie und die deutsche Politik Bismarcks bekämpfte, siedelte Sonnemann samt seinem Blatt nach Stuttgart über, wo es unter dem Titel „Neue dt. Zeitung“ weiter erschien. Doch schon am Ende des Jahres konnte das Unternehmen in Frankfurt wieder eröffnet werden, und am 16. November erschien das Blatt zum ersten Mal unter dem Titel „Frankfurter Zeitung“. In den folgenden Jahren entwickelte es sich im alleinigen Besitz Sonnemanns zum führenden Organ der dt. Demokratie. 1868 half Sonnemann auf einem Stuttgarter Kongreß vom 21. Mai

[1]) a. a. O. S. 28.

[2]) A. Rapp, Der Kampf um die Demokratie in Deutschland seit der großen franz. Revolution. Berlin 1923. S. 229 ff.

[3]) Geschichte der Fr. Z. S. 128 ff.

die süddt. Volkspartei mit begründen. Als einer ihrer langjährigen Führer saß er als Abgeordneter für Fr. a. Main zweimal im R.T., 1871/77 und wieder 1878/84.

Diese süddt. Volkspartei war die parteipolitische Organisation der schwäbischen Demokratie. Sie reichte in ihren Wurzeln zu den demokratischen, d. h. parlamentarisch und republikanisch gesinnten Mitgliedern der Paulskirche zurück. In Frage kommen die Partei des „Teutschen Hofes" und die Partei des „Donnersberg". Erstere hatte in einem Programm von Ende Oktober 1848 als ihre obersten Leitsätze[1]) aufgestellt: Volkssouveränität, demokr. Freiheit und Einheit des dt. Vaterlandes, Humanität und Nationalität". Letztere nannte sich in einer Erklärung vom Juni 48 „die Demokrat. Partei der deutschen Nationalversammlung"[2]) und proklamierte als ihre Prinzipien ganz mechanisch die altbekannten Schlagworte von 89, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Sie war republikanisch gesinnt.

Im politischen Leben der siebziger Jahre konnte diese Volkspartei keine Bedeutung erringen. Sie brachte es im R.T. nie zu einer größeren Anzahl von Mandaten. Im Jahre 1871 hatte sie zwei Sitze, 74 nur einen; ihre Höchstzahl von 11 Sitzen erreichte sie 1893. Die bürgerlichen Demokraten standen in unfruchtbarer Opposition zum Reich. Sie bildeten mit den Sozialdemokraten, die damals jede positive Mitarbeit am Staat kurzerhand ablehnten, und dem Zentrum mit seinem welfischen, polnischen und e.l. Anhang die Kampfgemeinschaft gegen Bismarck. Wie aus einem Programm[3]) vom Sept. 1868 hervorgeht, erstrebte die Volkspartei eine Vergrößerung der Macht des Parlamentes im Staate. Ihr Ideal war der westeuropäische Parlamentarismus. Im einzelnen wollte sie das jährliche Budgetrecht des R.T. uneingeschränkt gewahrt wissen und war deshalb gegen das Septennat von 1874 im Militäretat; das Reich sollte in finanzieller Abhängigkeit von den Bundesstaaten erhalten werden. Endlich war sie der geschworene Feind jedes politischen Ausnahmezustandes und jeder Ausnahmegesetzgebung, sei es gegen die katholische Geistlichkeit, die Sozialdemokraten oder die Elsaß-Lothringer. Die Sache der süddt. Volkspartei wurde in der Oeffentlichkeit verfochten durch die Fr. Z., den Stuttgarter Beobachter, den Badischen Landesboten, den Nürnberger Anzeiger u. a. m. Ihre weitaus wirksamste Vertreterin war die politische Tageszeitung, mit der wir uns hier beschäftigen.

### 2. Die Frankfurter Zeitung und das Reichsland.

Vor 1870 war die Fr. Z. in E.-L. kaum bekannt. Nach der Annexion hat sie dort „schnell Fuß gefaßt und jährlich an Boden

[1]) F. Salomon, Die dt. Parteiprogramme I, 1844—71, 1907. S. 29.
[2]) F. Salomon, a. a. O. S. 31.
[3]) F. Salomon, a. a. O. S. 88.

gewonnen. Es wollte das bei dem ausgesprochen partikularistischen Charakter der Bevölkerung etwas sagen. Die wirklich „Unversöhnlichen" wollten von einer dt. Zeitung, sie mochte noch so unabhängig und oppositionell sein, überhaupt nichts wissen, sie bezogen nach wie vor ihren Bedarf an politischer Lektüre aus Paris, im Notfall aus der Schweiz. Die große Masse der Bevölkerung hielt und las große Zeitungen nicht, ihre Kost waren die lokalen Blätter oder die billigen, kleinen ultramontanen Organe, deren „Kolportage" sich der Klerus angelegen sein ließ. So blieb Blättern von der Bedeutung der Fr. Z. nur ein verhältnismäßig geringes Gebiet, und auf diesem sich eine hervorragende Stelle errungen zu haben, durfte sich die Fr. Z. wohl rühmen. Sie dankte ihren Erfolg ..... hauptsächlich ihrer Bedeutung als Handelsblatt, und vorwiegend waren es auch die finanziellen und industriellen Kreise, die sich daran gewöhnten, das Blatt als ihr Organ zu betrachten."[1]) So beschreibt die Zeitung selbst ihre Verbreitung im R.L. Anfang das Jahres 1879. Ihre Stellungnahme zu den sachlichen Fragen der e.-l. Politik war bedingt durch ihre demokratisch-oppositionelle Gesamthaltung. Sie bekämpfte die Annexion, kritisierte die „diktatorischen" Maßnahmen der dt. Regierung in schärfster Weise; sie unterstützte die Wahl der Protestkandidaten in den R.T. und erkannte die Berechtigung des Protestes unumwunden an. Von Anfang an hatte sie versucht, die E.-L. von der unfruchtbaren Abstentionspolitik abzubringen und „predigte" ihnen in nimmermüder Weise die Aktionspolitik, die Teilnahme an den Wahlen und die Ausübung der R.T.-Mandate. Seit der Errichtung eines Landesausschusses wurde sie in Altdeutschland zur **Vorkämpferin** der Autonomieforderung des R.L. Im oben angezogenen Artikel sagte sie selbst: „In elsäßischen Dingen verharrte die Fr. Z. bei ihrem alten Standpunkt und unterstützte die Opposition, soweit sie sich auf den Boden der Tatsächlichkeit stellte und das Landesinteresse zu fördern suchte. Sie zeigte sich deshalb auch den autonomist. Bestrebungen, soweit sie sich in entschiedener Weise und ohne der Würde der E.-L. etwas zu vergeben, geltend machten, durchaus hold. Dem persönlichen Klatsch ..... blieb sie fern; niemals aber hat sie sich sachlichen Beschwerden über die Verwaltung, wenn sie von zuverlässiger Seite kamen, versagt."[2]) Die Aufgabe, die sich die Fr. Z. in der e.-l. Frage stellte, war eine dreifache. Gegenüber den tendenziösen, schönfärbenden und vertuschenden — das war das Urteil der Zeitung — Berichten der nat.-lib. und offiziösen dt. Presse wollte sie das dt. Publikum über die „wahren Zustände" in E.-L. und die „wirkliche Stimmung" seiner Bewohner aufklären und auf dem Laufenden halten Zu diesem Zweck

[1]) W.-Bl. 5. I. 1879.

[2]) Geschichte der Fr. Z. S. 235.

unterhielt sie eigene Korrespondenten in den größeren Städten des R.L. und öffnete ihre Spalten der Feder von Elsässern, um diese selbst zu Wort kommen zu lassen. So veröffentlichte sie Berichte von August Schneegans, obwohl er einer gemäßigteren Richtung des Liberalismus angehörte. Im Dezember 1874 brachte sie eine Reihe von Artikeln des Straßburger Architekten Lichtenberger[1]), worin er den Standpunkt der Protestpartei darlegte. Zur Zeit der Kaiserreise vom Mai 1877 schickte die in e.-l. Dingen immer sehr regsame Zeitung ihren Redakteur Th. Curti als Spezialkorrespondenten ins R.L. Er war vorher schon zweimal in gleicher Mission dort gewesen: z. Zt. des Krieges und wieder 1873, als zum ersten Mal die Kreistags- und Bezirkstagswahlen stattfanden. Zweitens wollte sie den Elsaß-Lothringern zu ihrem Rechte verhelfen, wie sie meinte, indem sie deren Klagen in ihren Blättern abdruckte und ihnen Ratschläge für ihr politisches Verhalten gab. Wie Sonnemann im R.T. so betrachtete sich die Fr. Z. in der dt. Presse als den Anwalt der „politisch entrechteten" E.-L. und ihrer Belange vor dem dt. Reich. Zum dritten brachte sie ihren eigenen Standpunkt zum Ausdruck, indem sie die elsässische Politik des Reiches kritisierte, die „Fehler" und „Mißgriffe" der Verwaltung aufzeigte und ihre eigenen demokratischen Wünsche hinsichtlich der Gestaltung des R.L. und der Behandlung seiner Bewohner mit Nachdruck äußerte.

Durch diese Stellungnahme in der e.-l. Frage zog sich die Fr. Z. viel Feindschaft zu. Die Nat.-lib. und die offiziösen Organe verdächtigten ihre vaterländische Gesinnung. Der Abg. Bamberger[2]) sprach im R.T. 1873 sein Erstaunen darüber aus, daß man die Fr. Z. im Elsaß überhaupt dulde. Besonders die „Norddt. Allg. Zeitung" hatte ihr Feindschaft geschworen, und auch für Bismarck war das Frankfurter Demokratenblatt ein Dorn im Auge. Lange Jahre hindurch wurde jedoch die Fr. Z. von den dt. Behörden nicht belästigt. Da wurde sie ganz unerwartet am 12. Dezember 1878 auf Grund des sogenannten Diktaturparagraphen[3]) im R.L. verboten. Ueber die Gründe des Verbots und über seine Aufnahme von Seiten der E.-L. schrieb die Redaktion in der Jubiläumsschrift auf Grund von Artikeln vom Dezember 1878: „In der Tat stand das Vorgehen der reichsländischen Behörden in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der elsäßischen Politik der Zeitung, sondern konnte nur als ein wohlbedachter, weitausholender Streich in der grimmigen Fehde gelten, die am 9. Oktober 1878 bei der Sozialistendebatte zwischen Bismarck und der Fr. Z. ausgebrochen war. Ganz aufgeklärt wird diese Episode vielleicht nie werden, zumal der Zei-

[1]) Geschichte der Fr. Z. S. 235.
[2]) a. a. O. S. 233.
[3]) Vgl. Ernst Hochschild, Der Diktaturparagraph in E.-L.

tung in der Sache nicht ein einziges Aktenstück zuging. Das Verbot eines so weit verbreiteten Blattes, das sowohl vielen politischen Kreisen als dem Handelsstande und den Industriellen ein Bedürfnis geworden war, rief in E.-L. große Verstimmung hervor. Hervorragende Persönlichkeiten, Abgeordnete und Vorsteher großer Institute bemühten sich aus eigener Initiative, eine Aufhebung des Verbots zu veranlassen. Sogar der Landesausschuß, in dem die Partei der autonomistischen Elemente dominierte, sprach einen dahingehenden Wunsch aus."[1]) Alles war umsonst; erst unter dem ersten Statthalter Edwin v. Manteuffel wurde das Verbot aufgehoben und die Fr. Z. seit dem 19. November 1879 wieder zum reichsländischen Postdebit zugelassen.

## II. Material und Methode der Untersuchung.

### 1. Stoff und Aufgabe.

Welches Erkenntnisziel wir uns auch stellen mögen, das Material im ganzen bleibt dasselbe. Es besteht aus der Summe aller stilistisch und inhaltlich irgendwie beschaffenen, in der Fr. Z. gedruckten Artikel, die auf das R.L. Bezug haben. Man kann den Versuch machen, die fast erdrückende Fülle des Stoffes nach irgendwelchen passenden Gesichtspunkten zu gliedern. Etwa nach dem Inhalt in folgende drei Kategorien:

a) Rein referierend gehaltene Nachrichten über nackte Tatsachen;

b) negativ oder positiv kritische Leitartikel aus der Redaktionsstube, die in zwei Unterabteilungen zerfallen, je nachdem sie politische Werturteile über Gesetze, Dekrete und ihre Ausführungen durch die Beamtenschaft enthalten oder positive Vorschläge, Wünsche und Forderungen vorbringen, wie gemäß der politischen Einstellung der Verfasser die „schlechten Zustände" zu bessern seien;

c) Korrespondenzen aus Berlin oder aus dem R.L., die in die regelmäßigen Berichte von vertraglich verpflichteten, ortsansässigen Korrespondenten, seien sie geborene E.-L. oder eingewanderte Altdeutsche, und in die spontanen, aus dem Publikum kommenden Zuschriften und Briefe aus privater Hand einzuteilen wären. Als eine Sondergruppe könnte man die Berichte von Spezialkorrespondenten anführen, die aus der Mitte der Redaktion mit besonderem Auftrag an irgend einen Punkt des R.L. gesandt sind. Die so gezogenen Grenzen sind aber derart fließend, daß sich weder mit dem Gesichtspunkt des Inhalts, noch des Sprachstils, noch der Provenienz der Artikel scharfe Klassen bilden lassen. Doch schadet das wenig, da die Bildung von solchen für die Untersuchung von geringem Belange ist. Seit 1874 ließ die Fr. Z. auf jeden Sonntag ein politisches Wochenblatt erscheinen,

[1]) Geschichte der Fr. Z. S. 236 f.

in dem neben einer Rundschau die wichtigsten Artikel aus der Tageszeitung der laufenden Woche abgedruckt waren. Ueber den Zweck dieses W.Bl. sagte die Zeitung selbst: „Es soll ein umfassendes Bild der Ereignisse der Woche geben, allgemeine Fragen wie die Erscheinungen des Tages besprechen und, Zeitung zugleich und Revue, dem Leser neben den Tatsachen zugleich eine Kritik derselben bieten.“[1]) Manchmal wurden die Artikel, wenn es geboten schien, nach dem Wochenblatt zitiert. Die Einzelnummern werden nach Kalenderjahr und laufender Nummer gegeben, was den Vorteil bietet, daß die Morgen- und die Abendausgabe mit den Ziffern 1 und 2 gesondert angeführt werden können. Die Artikel aus dem Wochenblatt werden nach dem Datum der Sonntage bezeichnet; also bedeuten z. B. 71. 251, 2 = Jahrgang 1871, Nr. 251 Abendausgabe; W.Bl. 5. 1. 74 = Wochenblatt vom 5. 1. 1874.

Theoretisch können zwei Einstellungen unterschieden werden, die wir einmal aus Zweckmäßigkeitsgründen die zeitungswissenschaftliche und die historische nennen wollen. Schlagen wir bei unserer Arbeit die Richtung der ersteren ein, so muß uns für Auswahl, Kritik und Interpretation des Materials die Frage dienen: Welches war die pol. Haltung der Fr. Z. in der e.-l. Frage? Mit dieser Formulierung erkennen wir unsere Untersuchung als eine Abwandlung des umfassenderen Problems nach der Parteizugehörigkeit und dem politischen Standpunkt der Zeitung im allgemeinen. Das Wichtigste ist uns dann die Erkenntnis der Ansicht der Fr. Z. über den fraglichen Gegenstand, unbeschadet ihrer objektiven Richtigkeit und Wahrheit. In diesem Falle ist die Fr. Z. Quelle ihrer selbst. Anders gestaltet sich der theoretische Weg, wenn wir uns für die historische Einstellung entscheiden. Dann ist für uns der oberste Leitgedanke: Welche neue Bausteine liefert die Zeitung zur Förderung der Erkenntnis der Geschichte des R.L.? Hier dürften wir bei der Wahrheit der Zeitung nicht stehen bleiben. Vielmehr müssen wir ihre historische Anschauung in die psychologischen und erfahrungsmäßigen Elemente analysieren und jene von der Fr. Z. in ihrem Sinne zusammengeschauten und zweckmäßig gedeuteten Tatsächlichkeiten über E.-L. ins Auge fassen. In diesem Falle wäre die Fr. Z. nicht mehr Eigenquelle, sondern Fremdquelle, und wir hätten es mehr mit der Geschichte des R.L. als mit der Doktrin und Taktik einer politischen Tageszeitung zu tun.

Wenn wir aber mit diesen theoretisch erschlossenen Einstellungen praktisch arbeiten wollen, erkennen wir bald, daß sich die Unterscheidung nicht durchführen läßt. Denn einmal liefert das Blatt ganz erstaunlich wenig neues, wissenswertes Material, das nach kritischer Prüfung noch als Bausteine zur Geschichte des

[1]) 74. 4, 2.

R.L. angesprochen werden könnte. Auf die objektive geschichtliche Wirklichkeit in E.-L. während der siebziger Jahre auf Grund der einschlägigen Artikel schließen zu wollen, ist so gut wie unmöglich. Denn die Berichte, Notizen und Abhandlungen der Fr. Z. über E.-L. stammen in so großem Umfange aus dem alltäglichen Leben, daß die vielen kleinen Regungen des rasch verfließenden Tages und die stündlich schwankenden Stimmungen der Gemüter die große Linie verdecken und einen zusammenfassenden Gesamteindruck vereiteln. Weiterhin ist eine kritische Interpretation und Prüfung auf den Zeugniswert, d. h. die Wahrhaftigkeit und Sachlichkeit der Fr. Z. in den einzelnen Fällen so gut wie nicht möglich, weil die Vergleichsmöglichkeiten mit gesicherten Quellen nach der sachlichen Seite infolge der Belanglosigkeit der gemeldeten Tatsachen fehlen. Außerdem sind die wichtigsten Beiträge des Blattes nicht sachliche Darstellungen von Ereignissen und öffentlichen Zuständen, sondern kritische Leitartikel, die einen politischen Standpunkt, eine persönliche Ansicht und Meinung zum Ausdruck bringen und kritisieren oder überzeugen wollen.

Der Charakter der Fr. Z. kann nach dem Wesen einer politischen Tageszeitung nicht vom Stoff, sondern in erster Linie von der Form aus bestimmt werden; der Inhalt wechselt unendlich, der ruhende Pol ist die subjektive Ueberzeugung des Blattes, seine politische und nationale Sympathie und Antipathie. Darum muß sich unser historisches Teilziel zu der Frage bescheiden: Welche Rolle hat die Fr. Z. in der e.-l. Frage gespielt? Eine neue Lösung jenes in der Nachkriegszeit so viel erörterten Problems kann ihr Material nicht bringen. Der Nachdruck wird bei unserer Untersuchung auf der Geschichte der inneren Beziehungen zwischen der Fr. Z. und dem R.L. liegen müssen. Wir machen uns zur Aufgabe, darzustellen und zu erklären, in welcher Weise die Fr. Z. Anteil an der e.-l. Frage genommen hat und fragen: 1. Welches sind die Ausstellungen und Beschwerden der Fr. Z., ihre Mittel und Wege, ihre Ziele, Absichten und Vorschläge gewesen? Auf welche Seite hat sie sich geschlagen? 2. Welches sind die Gründe für ihren Standpunkt und wie ist ihre Haltung oder Gesinnung vom nationalen und historischen Standpunkt aus zu werten?

## 2. Zur Behandlung des Quellenmaterials.

Für jedes Material, das als Quelle für historische Erkenntnis dienen soll, schreibt die Wissenschaft eine besondere Methode der Verarbeitung vor, die sich im Laufe ihrer Entwicklung herausgebildet und bewährt hat.[1]) Am Anfang der historischen Methode steht die Erschließung der Quellen, am Schlusse die Er-

[1]) E. Erslev, Historische Technik, deutsch im Verlag Oldenbourg, 1928.

kenntnis eines geschichtlichen Sachverhalts und die persönliche Stellungnahme des Forschers, die in Form von Werturteilen zum Ausdruck kommt. Die geistige Leistung besteht somit aus Wissen, Erkenntnis und Wertung.

Die erste Stufe unseres Verfahrens ist die Sammlung aller Abhandlungen und Nachrichten der Fr. Z. über E.-L., die uns bedeutsam erscheinen. Würden wir diese einzelnen Artikel im Wortlaut, nach chronologischen oder sachlichen Gesichtspunkten geordnet, abdrucken, so bekämen wir eine Art von Aktenpublikation. Ein solches Buch könnte aber doch nur erst die Voraussetzung für die Erkenntnis des Verhältnisses der Zeitung zur e.-l. Frage sein. Weil aber die hier bearbeiteten Jahrgänge der Fr. Z., soviel ich feststellen konnte, nur in der Bibliothek des Verlages existieren, und weil es bei Zeitungsartikeln in hohem Maße auf die sprachliche Form und den „Ton" ankommt, so wird die Zeitung in großem Umfange selbst zu Wort kommen. Die zweite Stufe ist die Kritik der Quellen. Sie verlangt zunächst eine Interpretation. Mit dem Verständnis des Inhalts erkennen wir die Haltung der Fr. Z. und ihre Ansichten über E.-L. und können nun die inneren oder geistigen Beziehungen darstellen. Als Voraussetzungen für ein tieferes Verständnis müssen wir dann ihre Sympathien, ihre Parteidoktrin, die Persönlichkeiten ihres Eigentümers, der Redakteure und Mitarbeiter, die notgedrungene Rücksichtnahme auf die Preßgesetzgebung u. a. m. beachten. Vor allem erhebt sich hier die Frage nach den Informationsquellen der Zeitung. Hier liegen schwierige Probleme, da eine politische Tageszeitung kein Buch ist, das die Anschauungen einer einzelnen Persönlichkeit wiedergibt, sondern ein sehr kompliziertes Gebilde, an dessen Zustandekommen eine Mehrzahl von Menschen täglich arbeiten, die neben gemeinsamen Zügen auch individuelle Unterschiede aufweisen. Das „Prinzip der Anonymität", besonders im politischen Teil, macht es dem späteren Forscher fast unmöglich, für den einzelnen Artikel den zugehörigen Verfasser zu finden. Ueber diesen Schwierigkeiten darf aber nicht vergessen werden, daß jede wichtigere politische Zeitung eine Art Persönlichkeit besitzt, mag nun ihr Charakter durch den Chefredakteur oder den Eigentümer des Unternehmens bestimmt sein. Die Fr. Z. hat in diesem Sinne eine deutlich ausgeprägte politische Persönlichkeit immer besessen und nie verleugnet. Ebenso wie ihr Gründer und Besitzer ist sie der demokratischen Richtung niemals untreu geworden, sondern hat mit einer imposanten Konsequenz allezeit das Ideal der Demokratie kampfesfroh und glaubensmutig hochgehalten. Das erleichtert es uns wesentlich, das Blatt als eine geistige Einheit zu behandeln.

Die Darstellung des Verhältnisses der Fr. Z. zum R.L. vom Generalgouvernement des Grafen von Bismarck-Bohlen bis zur Statthalterschaft des Freiherrn von Manteuffel teilen wir in die

drei Abschnitte der „Annexion", der „Diktatur" und der „Autonomie" ein. Im ersten Kapitel werden dabei die Auffassungen der Fr. Z. über dt.-franz. Krieg, Frankreich und das neue Dt. Reich zu behandeln sein. Das zweite Kapitel wird vor allem die negative Tätigkeit der Fr. Z., d. h. ihre Kritik an der dt. Verwaltung darstellen müssen. Das letzte Kapitel berichtet über die Teilnahme der Fr. Z. an der ersten e.-l. Autonomiebewegung.

## Kapitel I: Die Annexion.

Die Erwerbung von E.-L. durch Deutschland war, wie bekannt, eine Folge des dt.-franz. Krieges. Dieser brachte vier große politische Ergebnisse. Durch die deutschen Siege verlor Frankreich die politische Vormachtstellung, die auf seinen militärischen Erfolgen gegen Rußland und Oesterreich im Krimkrieg und im italienischen Einigungskrieg beruht hatte. Die Herrschaft Napoleons III. brach nach Sedan zusammen, und das zweite Kaiserreich mußte der dritten Republik weichen. Deutschland gewann durch die Erwerbung von E.-L. eine gesicherte Westgrenze, und das preußische Werk der dt. Einigung wurde durch die Erweiterung des Norddt. Bundes zum Deutschen Reiche zu Ende geführt. Diese beiden Tatsachen bildeten die Voraussetzung für die künftige Großmachtstellung Deutschlands und seine Weltgeltung, welche die Staaten Europas in neue Bedingungen und Spannungsverhältnisse setzte, die sich im Weltkrieg auswirken sollten.

### A. Der deutsch-französische Krieg.

#### 1. Ursachen und Anlaß des Krieges.

Ueber den Charakter des dt.-französischen Krieges äußerte sich die Fr. Z. schon am 15. Juli 1870: „Wir erkennen in dem Zusammenstoß der beiden Militärmächte ein organisches, unausweichliches Ergebnis des Zustandes, der im Jahre 1866 wahrlich nicht zum Heile des dt. Volkes geschaffen wurde."[1]) Die tiefere Ursache ist also die verwerfliche Annexionspolitik Bismarcks, die die geheime Sorge und den offenen Neid Frankreichs erregt hat. Es ist gleich bezeichnend für die Einstellung der Zeitung, daß die Schuld am Kriege der eigenen Regierung in die Schuhe geschoben wird. Im Leitartikel zum 17. Juli heißt es dann: „Ein nationaler Grund zum Kriege ist in dem zum Ausbruch gekommenen Konflikte nicht enthalten. Was hätte das Volk in F. dem Volke in D. zu Leid getan, das eine blutige Sühne erheischte? Absolut nichts. Fassen wir einen Augenblick lang den gerechten Anlaß des Krieges ins Auge. Wenn der König von Preußen für gut findet, dem Botschafter des Kaisers der Franzosen, der unangemessene Forderungen stellt, in brüsker Weise mitteilen zu lassen, daß er ihn nicht mehr zu sprechen wünsche, was hat damit

[1]) 70. 195, 2.

die Ehre des französischen Volkes zu tun?"[1]) Wie wenig die Fr. Z. damals die entscheidende nationale Bedeutung des Krieges von 70 und seine tiefste Ursache, nämlich den entschiedensten Widerstand F.'s gegen die Schaffung eines starken dt. Nationalstaates, erkannt hat, beweist ihre Ansicht, daß der dt.-franz. Krieg kein nationaler Krieg sei. Zugleich erkennen wir die für die damalige Demokratie charakteristische, aber sehr unheilvolle Spaltung der Nation durch die Aufstellung eines unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Krone und Volk. Der Konflikt ist nicht eine Angelegenheit der ganzen dt. u. frz. Nation, sondern lediglich der Fürsten und Regierungen. Wie der tiefste Grund zum Kriege das verderbliche territoriale Machtstreben des preußischen Staates ist, so ist sein Anlaß in den Augen des Frankfurter Blattes ein rein dynastischer: „Daß es Etikettenhändler sind, welche den Brand entzündeten, daß verletzte dynastische Gefühle die Hauptrolle in dem Prolog zu dem blutigen Drama spielen, das sich entrollen soll, betonte der fr. Deputierte mit Recht, und auch wir können nur wieder und wieder mahnen, das nicht zu vergessen."[2]) Die Fr. Z. wird nicht müde, den Unterschied zwischen Völkern und Dynastien ihren Lesern tief einzuprägen. Hier offenbart sich ganz deutlich die auflösende Natur ihres Staatsbegriffes. Er ist ein durchaus dualistischer: Hie Monarch und Regierung! Hie Volk und Parlament! Beide müssen notwendig im Kampfe miteinander liegen. Das ist leicht begreiflich, wenn man nach demokratischem Muster der Ansicht ist, daß der König und seine Minister gar nicht zum „Volke" gehören. Sie kommen dem demokr. Verstande wie störende Fremdkörper im Volksganzen vor, die eigentlich zu entfernen wären. Der Monarch und seine überzeugten Diener sind notwendig die Feinde des Volkes, die ihm in der Innenpolitik das teuerste aller politischen Güter, die Freiheit, verkümmern lassen, nach außen es um seinen Frieden betrügen und mit Kriegen überziehen, die doch nur wieder zur Befestigung ihrer Macht und zum Schaden der Volksfreiheit dienen; und das alles noch auf Kosten von Gut und Blut der Bürger! Das demokr. Blatt ging dem Sinne nach bis zu der Behauptung: Hätte es keinen Kaiser der Franzosen und keinen König von Preußen gegeben, so wäre der Krieg vermieden worden. Die abstrakte Formulierung zeigt die ganze Sinnlosigkeit: Gäbe es keine Regierungen, so gäbe es keine Kriege! Darum die Parole: Weg mit den „Militärmonarchien", wenn anders das Volk seines Lebens sicher und seiner Arbeit froh werden will. Hier spukt die ebenso alte wie falsche Vorstellung, die Republik müsse nach ihrem Wesen unkriegerisch, friedfertig und versöhnlich sein. Diese Ausführungen wurden der Fr. Z. so übel genommen,

[1]) 70. 197, 1.
[2]) 70. 198, 1.

daß ihr Kriegskorrespondent Hermann Voget bereits am 19. Juli aus Saarbrücken ausgewiesen wurde.[1])

## 2. Die politische Haltung der Fr. Z. im Kriege.

Sie mußte sich infolge ihres prinzipiellen und doktrinären Denkens in Sachen der Politik aus ihrem obersten Leitsatz ergeben. Dieser lautete: „Die Liebe zur Freiheit und zum dt. Vaterland wird auch fürderhin alle unsere Schritte lenken." Ihre eigentliche politische Aufgabe sah sie darin, „mit allen Kräften dahin zu wirken, die verderblichen inneren Zustände, welche das Jahr 1866 gebracht, im Interesse der Freiheit zu bekämpfen."[2]) Damit bekennt sich die Fr. Z. zum Primat der inneren über die äußere Politik. Sie sieht den Staat nur von unten. Es ist ja gewiß ihr gutes Recht, den parteipolitischen Standpunkt einzunehmen, nur daß sie damit dem Staat als einem großen Ganzen nicht gerecht werden kann. Die große nationale Begeisterung des dt. Volkes angesichts der fr. Kriegsgefahr brandmarkte die Fr. Z. als „Chauvinismus". Nationale Ehre und Selbständigkeit waren in diesem Zusammenhang für sie nichts als „geläufige Phrasen". Was sie selbst im Kriegsfall für ihre Pflicht hielt, erklärte sie am 18. Juli mit den Worten: „Wenn man die geläufigen Phrasen von nat. Ehre und Selbständigkeit ertönen läßt, so fühlen wir uns diesem Chauvinismus gegenüber direkt zu der Erklärung verpflichtet, daß wir nur deshalb, weil unsere Wünsche, soweit sie die Integrität unseres Vaterlandes betreffen, zufällig und rein tatsächlich mit dem Bestreben der pr. Regierung parallel gehen, es als eine Art Anstandspflicht betrachten, in dem inneren Kampfe eine Waffenruhe eintreten zu lassen."[3])

Die außenpolitische Lage am Tage vor dem Kriegsausbruch schilderte die Fr. Z. in dem gleichen Leitartikel vom 18. Juli: „Die Tatsache, daß D. von F., von Seiten des von Napoleon III. beherrschten F. ein Angriff droht, daß Pr. und D. sich in der Defensive befinden, gibt der Situation das charakteristische Gepräge. Unter diesem Eindruck stehen anscheinend die großen Mächte. Unter ihm die süddt. Regierungen, unter ihm die öffentliche Meinung im nördlichen, im südl. wie im österreichischen D. Sogar im franz. gesetzgebenden Körper konnte ein Bruchteil der Abgeordneten sich ihm nicht entziehen."[4]) Die obige Aeußerung über F. und Napoleon wirft ein Schlaglicht auf die Gesinnung der Zeitung gegenüber beiden. Sie ist besorgt, daß kein Schatten eines Vorwurfes auf das franz. Volk fällt. Denn es steht bei dem Demokratenblatt in bestem Ansehen. Der Leitartikel ist, nebenbei

[1]) Geschichte der Fr. Z. S. 191.
[2]) 70. 195, 2.
[3]) 70. 197.
[4]) 70. 198, 1.

gesagt, ein Beweis für die meisterhafte Politik Bismarcks, F. das Odium der Kriegserklärung aufzuladen. Das machte einen großen Eindruck; auch die Fr. Z. konnte sich ihm nicht entziehen. Auf diese Weise erklärt sie sich die dt. Kampfesstimmung, die sie selbst nicht fühlte. Darum konnte sie von sich rühmen, sie habe die polit. „Nüchternheit" bewahrt und mahnen, man solle den Anlaß, die „dynastischen Etikettenhändel" nicht vergessen. Der Artikel schloß mit den Worten: „Indes, wie gesagt, in der öffentlichen Meinung tritt die Frage der Schuld inbezug auf das diplomatische Vorspiel zurück und namentlich in D. scheint sich alles zur Abwehr des drohenden Angriffs .... zusammenschließen zu wollen." Die Fr. Z. muß einen eigenen Patriotismus gehabt haben, daß sie so ganz anders fühlte als das übrige D. Ihr wäre es offenbar lieber gewesen, wenn in Deutschland weniger Begeisterung vorhanden gewesen und dafür eifrig die Frage der Kriegsschuld diskutiert worden wäre. Doch erkannte sie wohl, daß die dt. öffentliche Meinung nur noch ein Gedanke beseelte, sich gegen den frz. Ueberfall zu wehren. Sie sah, daß sie isoliert war.

### 3. Die frz. Kriegserklärung und das deutsche Kriegsziel.

Als am 19. Juli die frz. Kriegserklärung überreicht wurde, da machte diese Tatsache ganz gewaltigen Eindruck auf die Männer, die hinter der Fr. Z. standen. Sie fühlten, daß es nun Zeit sei, auch ihre Vaterlandsliebe zu beteuern. Die Zeitung schrieb in etwas bombastischem Stil: „Der fr. Geschäftsträger hat die offizielle Kriegserklärung in Berlin überreicht .... Der fr. Cäsar führt seine Prätorianer in Person gegen den Rhein, .... um den Rivalen, der ihn überflügelt und in Schatten stellt, zu demütigen. Aber es ist dt. Land, das er okkupieren will, es ist dt. Volk, das er angreift, es ist das deutsche Recht der Selbstbestimmung, das der fremdländische Herrscher antastet, und es sind unsere Brüder und Söhne, die mit ihrem Herzblut die Integrität des Vaterlandes wahren ..... Es ist eine Lage vom fürchterlichsten Ernst. Die Vollkraft zweier großer Nationen, der mächtigsten und kriegstüchtigsten in Europa, wird miteinander ringen auf dem Schlachtfeld, der Tod wird eine gräßliche Ernte halten, blühende Fluren werden verwüstet, zahllose Mittel der friedlichen Wohlfahrt zerstört werden und in einem Kampf aufs Messer wird man ringen um den Sieg. Möge er, das wünschen wir aus vollem Herzen, den Unseren werden."[1]) Neben einem starken Gefühl für die Gefahr, in die das Vaterland durch den „frechen Angriff"[2]) gebracht war, steht die Vorstellung von der Furchtbarkeit eines Krieges, der, abgesehen von der allgemein humanen Einstellung, speziell mit den Augen des bürgerlichen Wirtschaftsliberalismus gesehen ist.

[1]) 70. 200, 1.
[2]) 70. 221, 1.

Der Krieg ist nur zulässig als Verteidigungskrieg. Das dt. Kriegsziel kann nur die Wahrung der dt. territorialen Integrität sein.

4. Die innerpolitische „Schattenseite" der deutschen Siege.

Als das dt. Volk seinen sehnsüchtigen Wunsch, Sieger zu sein, durch die Schlachten von Weißenburg, Wörth und bei Spichern in den ersten Augusttagen so bald erfüllt sah, wurde der Fr. Z. die reine Freude daran auch schon durch den Gedanken verdorben, welche Gefahr die raschen dt. Erfolge für die dt. Freiheit haben könnten. Durch den Mund des politisch verwandten österr. „Tageblattes" dämpfte sie den Siegesjubel ihrer Leser durch den Hinweis auf die gefährliche Kehrseite der gewonnenen Schlachten. „Die dt. Siege werden in D. die Herrschaft des Bismarck'schen Systems auf lange Zeiten hinaus befestigen ..... Dieser Krieg .... wird den Dt. wohl die Einheit, nicht aber die Freiheit bringen ..... Man erinnere sich nur an die „Verfassung", wie sie nach dem Erfolge von 1866 Bismarck geschaffen hat, und man wird den Wahn fallen lassen, als ob diese Politik freiwillig jemals etwas anderes als einen strammen Militärstaat zulassen würde. Der Wahn, daß, wenn D. durch diese Politik geeinigt sein würde, das vereinte dt. Volk ganz leicht die pr. Junker- und Säbelherrschaft abschütteln würde, wird nicht lange anhalten. Im Herzen Europas wird eine Militärmonarchie entstehen, wie sie ihresgleichen nie gehabt, und eine solche Herrschaft läßt sich nicht abschütteln, sie wurzelt tief und fest, und niemals kann sie, ohne sich selbst zu vernichten, ihren Charakter, welcher nach Innen die Zusammenfassung aller Kräfte zu kriegerischen Zwecken, also der Absolutismus, oder vielmehr die Diktatur, nach Außen aber die Expansion, das Prinzip der Eroberung ist, aufgeben." [1]) Die Fr. Z. war eines der ersten Blätter, die ganz im Sinne unfreundlicher Auslandsstimmen das geeinigte D. als absolutistischen Erobererstaat schlecht machten. Sie wünschte keine überlegene dt. Machtstellung gegenüber den Nachbarstaaten, weil das Umwälzungen der inneren Staatsverfassung erschweren könnte.

5. Der deutsche „Eroberungskrieg" gegen die dritte franz. Republik.

Nachdem mit der glücklichen Abwehr der franz. Invasionsgefahr zugleich das Schreckgespenst einer ewigen Dauer des Bismarck'schen Systems und einer pr. Lösung der dt. Einheitsfrage in der Form einer Militärmonarchie heraufbeschworen war, die nach innen das Ende der Freiheit, nämlich der parlamentarischen Herrschaft und Demokratie bedeutete, da war es so ziemlich aus mit der Freude der Fr. Z. am weiteren siegreichen Verlauf des Krieges. Aerger auf Aerger sollte er ihr noch bringen: Eroberungsgelüste, Kampf gegen die franz. Republik, Beschießung von

[1]) 70. 222, 1.

Paris, ein dt. Kaisertum ohne Freiheit, die pol. Vergewaltigung der E.-L. u. a. m. Eine freudige Ueberraschung brachte ein dt. Sieg noch: Die Gefangennahme Napoleons III. und die Proklamation der Republik. Nach dieser unerwarteten Wendung wäre es der Wunsch des demokr. Blattes gewesen, die neue franz. Staatsform anzuerkennen und mit dem Gegner sofort Frieden zu schließen. D. sollte auf alle Gebietsabtretungen verzichten und sich alle möglichen anderen Garantien für seine zukünftige Sicherheit verschaffen. Die beste Gewähr, so meinte die Fr. Z., enthielt ja die Staatsform der Republik selbst. So wie aber die Dinge lagen, sah die Zukunft nicht rosig aus. Zum Jahreswechsel schrieb die Zeitung: „Niemand in D. verhehlt sich mehr, daß der Krieg seit geraumer Zeit einen anderen Charakter angenommen, daß der von D. proklamierte Kriegszweck, die Abreißung frz. Provinzen, einen überraschenden Widerstand .... entflammt hat. Indem D. durch Annexion seine strategische Grenze für alle Ewigkeit zu sichern sucht, liegt es nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß es gerade ernsteste Bedrohungen der Grenze für die nächste Zukunft heraufbeschwört .... Neben dieser Gefahr, daß die nützlichen und wohltätigen Resultate des Krieges verloren gehen, winkt uns die Aussicht, das alte Leid, das uns drückt, im vollsten Umfang, vielleicht in verstärktem Maße zu behalten. Man ist daran, einen Kaiserthron zu zimmern, aber man hat den Tropfen demokr. Oeles vergessen, von dem einst Uhland sprach. Man ist daran, ein einiges D. zu gestalten, aber der Einheit fehlt das Salz der Freiheit.“ [1]) Ihre pol. Neujahrswünsche sind: „Friede und Freiheit“.

Beim Abschluß des Krieges freute sich die Fr. Z. mit Recht ebenso sehr über die Herstellung des Friedens und das Aufhören eines schrecklichen Ausnahmezustandes als über den Sieg der dt. Truppen. Im Leitartikel zum 3. März schrieb sie: D. ist als Sieger hervorgegangen. „Aber nicht so chauvinistisch und militaristisch ist unser Volk, daß die Freude am Frieden nur aus dem Gedanken an das, was im Kriege gewonnen sei, quellen, daß das Triumpfgefühl nur vorherrschen sollte. An der Freude ..... wird das Bewußtsein sein gutes Teil haben, daß eine Periode des Massenmordes, daß der Ausnahmezustand, in welchem zwei Völker mit allen Mitteln der Technik sich abschlachteten, hinter uns liegt.“ [2]) Aus den Geschehnissen des Krieges griff die Zeitung das Schicksal Napoleons III. noch einmal heraus, um es dem neuen pr.-dt. Kaisertum als warnendes Beispiel vor Augen zu halten: „Das reaktionäre frz. Kaisertum, das unter den Siegerschritten unserer Armeen zusammenbrach, hat ein warnendes Exempel aufgestellt für alle Zeiten, welch ein morscher

[1]) 71. 1, 1.
[2]) 71. 62, 1.

Bau ein Reich ist, dem der Lebensatem und der Kitt der Freiheit fehlt."[1])

## B. Die Annexionsfrage.

Unter dem Schilde eines dt. E.-L. lange Jahre gegen einen frz. Revanchekrieg geschützt, konnte sich D. bis 1914 zu ungeahnter politischer und wirtschaftlicher Macht entwickeln. Die Geschichte des neudt. Kaiserreichs hat die Erwerbung von E.-L. im Frankfurter Frieden historisch gerechtfertigt. Die Fr. Z. war eine der wenigen pol. Zeitungen, die damals gegen die Annexion entschieden. Hören wir, was sie im einzelnen über die schicksalsschwere Frage zu sagen hatte:

### 1. Die „chauvinistische Verirrung" des dt. Nationalgefühls.

Ueber die frühesten Regungen des Annexionsgedankens in der dt. Presse schrieb die Fr. Z. anläßlich einer Auseinandersetzung mit der „N. A. Z." am 10. August: „Sehr wunderlich aber nimmt es sich aus, wenn die Norddt. A. Z. die Frage aufwirft: wie Süd-D. am besten für seine Treue und Aufopferung „gelohnt" werden müsse. Sollte das etwa eine Anspielung sein, daß das chauvinistische Unkraut, das hinter den Fersen unserer siegreichen Truppen bereits in dichten Massen aufschießt, auch in die offiziellen Regionen hinüber gewuchert wäre? Ein guter Teil der Nat.-Lib. und Nat.-Dem. verlangt bereits mit lauter Stimme die A. von E.-L. ..... Ja .... hie und da sind dem. Kreise, welche sich bisher von dem „nationalen" Fieber frei gehalten hatten, unter dem Pulverdampf und Siegesrausch von ihm ergriffen. Das demokr. Prinzip der Selbstbestimmung der Völker ist ihnen verweht und verwischt. Sie plädieren unter dem schlechtverdeckten Appell an das brutale Recht der Eroberung und an die bornierte Theorie des historischen Rechts für die A. Keine Frage bei ihnen: was sagen die E.-L. selber? Wollen sie dt. oder fr. bleiben? Nur ein kategorisches Fordern: wir müssen jene Provinzen haben! Sollte, fragen wir, jene chauvin. Idee bereits auch in offiziellen Kreisen Wurzel gefaßt haben? .... Wir wollen es nicht hoffen."[2]) Noch am 21. Aug. glaubte die Fr. Z. einem Berliner Brief zufolge, der von einem hohen Beamten stammen sollte, daß man in maßgebenden Kreisen an eine dauernde Besitzergreifung von E.-L. noch nicht gedacht habe, weil in ihr eine entschiedene Gefährdung der Zukunft erblickt werde. Damit bannte man nochmals die Befürchtungen, die im Kreise der Redakteure an die Ernennung des Grafen v. Bismarck-Bohlen zum Generalgouverneur[3]) von E.-L., die schon am 14. August erfolgt war, geknüpft worden

[1]) 71. 62, 1.

[2]) 70. 221, 1.

[3]) O. Fischbach, Das öffentliche Recht des R.L. Elsaß-Lothringen. Tübingen 1914, S. 1.

waren. Bald darauf erkannte ein Berliner Korrespondent der Z. in einem Artikel der halbamtlichen „Provinzialkorr." über den Wunsch D.'s hinsichtlich E.-L.'s den Ausdruck der bei den leitenden Männern obwaltenden Tendenzen. Dabei war von „einmütigen Wünschen des dt. Volkes" die Rede. Die abgedruckten Sätze lauteten: „Die vom dt. Reiche angegriffenen Länder sind für F. die Hauptstützpunkte des bedrohlichen Angriffs gegen D. geworden. Wie hätte nach den glorreichen Siegen der dt. Heere und nach der Eroberung der früheren dt. Lande .... nicht mit aller Macht die Ueberzeugung hervortreten sollen, daß die Ehre D.'s sowohl wie die Sicherheit D.'s gebieterisch verlangen, jener alten Schmach, daß dt. Land zum Ausgangspunkt für dt. Knechtung benützt werde, nunmehr ein Ende zu machen?" Was den einmütigen Kundgebungen des dt. nationalen Willens zugrunde liegt, ist der „feste Wille, durch Wiederherstellung der wirklichen Grenzen die Verteidigung Süd-D.'s gegen die Wiederkehr frz. Einfälle besser als bisher sicher zu stellen ..... Das dt. Volk ist sich bewußt, daß es auch in jenem Verlangen nicht ein Uebergewicht über andere Völker erstrebt, nicht eine Bedrohung des europäischen Gleichgewichts, sondern lediglich eine Gewähr festen und gesicherten Friedens, den es für sich und für andere Völker gegen den alten Ruhestörer Europas erringen will." [1])

## 2. Die drei Haltungen gegenüber der Annexion.

Schon lange, ehe die dt. Diplomatie Gelegenheit hatte, in Unterhandlungen über einen Waffenstillstand und ev. Frieden offiziell ihre Kriegsziele kundzugeben, setzte in der dt. Presse eine lebhafte Diskussion über die Annexionsfrage ein. Sie dauerte bis über den Präliminarfrieden vom 26. Februar 1871 hinaus fort und lebte noch einmal kurz auf im Anschluß an die R.T.-Debatten über das Gesetz [2]) betr. „die Vereinigung von E.-L. mit dem dt. Reich", die vom 2. Mai bis zum 3. Juni 71 stattfanden. Wir fassen die Hauptgedanken dieser Erörterung zusammen und bestimmen den Standpunkt der Fr. Z., indem wir fragen: Was denkt die Fr. Z. grundsätzlich über Gebietsabtretungen und Annexionen? Wie beurteilt sie im besonderen den Fall E.-L.?

Wie sich die verschiedenen Pressestimmen in den Spalten der Fr. Z. widerspiegelten, lassen sich die dt. Zeitungen von damals in drei Gruppen einteilen. Die einen gingen von dem festen Willen aus, daß E.-L. wieder dt. werden müsse: die Abtretung der frz. Ostdepartements ist die conditio sine qua non für jeden Friedensschluß. Wenn der Feind jetzt noch nicht dazu bereit ist, so muß eben solange energisch weitergekämpft werden, bis er nolens volens einwilligt. Das war die Partei der „Chau-

[1]) 70. 243, 2.

[2]) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1871, S. 122, 146 u. 161.

vinisten", der „Hypernationalen" und der „ann.-süchtigen Journale", wie sie die Fr. Z. nannte. Das genaue Gegenteil vertrat die dt. Demokratie, allen voran die Fr. Z. selbst. Sie lehnte ganz entschieden, sozusagen a priori jede A. ab, da sie der dem. Doktrin ins Gesicht schlug. In der Mitte zwischen diesen beiden extremen Standpunkten war eine dritte Ansicht, die nicht von Idealen und pol. Axiomen ausging, sondern die notwendigen staatlichen Bedürfnisse ins Auge faßte. Diese Leute fragten nicht: Haben wir ein Recht oder eine Rechtfertigung? sondern: Ist es zweckmäßig? Was erfordert die dt. Sicherheit?

### 3. Der „chauvinistische" Standpunkt.

Die Vertreter der ersten Gruppe rechtfertigten ihren Wunsch und Willen auf verschiedene Weise. Da begegnete die Idee von unserem histor. Rechtsanspruch auf E.-L.: Diese Gebiete gehörten zu D. von Anfang an. F. hat sie uns in Zeiten dt. Ohnmacht schnöde geraubt. Nun ist der Tag der Sühne gekommen, das alte Unrecht wieder gut zu machen. Anderswo wurde die Pflicht zur A. aus dem Nationalitätsprinzip abgeleitet: Die E.er und L.er sind von dt. Art und Kultur. Und was dt. spricht, soll möglichst vollzählig zum neuen Reich gehören. Am 28. August meldete die Fr. Z. aus Berlin, die neueste „Phrase", unter der die A. von der „Kreuzzeitung" gefordert wird, laute: „Der Rhein muß aus dem Gesichtskreis F.s verschwinden. Der Rhein ist das geographische Gewissen D.s, das Bild seiner Größe und seines Verfalls." [1]) Die „Prov.-Korresp." brachte noch ein weiteres Argument für die A.: „Wenn es für F. trotz aller Niederlagen, die es erfahren hat, hart und demütigend sein soll, die früher durch Gewalt und List von D. abgerissenen Provinzen wieder herauszugeben, — so wäre es doch tausendfach beschämend und erniedrigend für D., wenn es nach einem beispiellosen Siegeszug und nach allen Opfern .... nicht die Kraft haben sollte, die alten R.L., welche jetzt in seiner Hand sind, wieder für das neuerstandene Kaiserreich festzuhalten." [2]) Die Fr. Z. fügte hinzu: „In dem Argument zeichnet sich die Denkart gewisser Kreise mit fast klassischer Treue ab. Die tatsächliche Volksstimmung in den fr. Provinzen, ..... der Wunsch und Wille der Bewohner wird einfach ignoriert und die A. lediglich in den Fokus der mil.-chauv. Erwägung gebracht." [2])

Solchen Wünschen und Ansichten trat die Fr. Z. ganz energisch entgegen und suchte deren Einfluß zu schwächen, indem sie sich um den Nachweis der Absurdität ihrer Gründe bemühte. Sie nahm hauptsächlich das Argument von unserem histor. Recht auf E.-L., das Prinzip der Nationalität und die „sophistische Theorie der natürlichen Grenzen" aufs Korn.

[1]) 70. 240, 1.
[2]) 71. 41, 1.

## 4. Die Nationalität der Elsaß-Lothringer.

Wie stand es nach Ansicht der Fr. Z. um die nationale Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete? Ueber die L. veröffentlichte die Z. aus dem Skizzenbuch eines ihrer Kriegskorrespondenten am 9. Februar 1871 folgenden Passus: „Die Geschichte L.'s stellt im wesentlichen nichts anderes dar als den langsamen, aber stetigen Klärungsprozeß, welcher die Zwitterstellung des Landes zwischen frz. Nationalität und dt. Reichsstandschaft im Laufe der Jahrhunderte zu Gunsten ersterer entschied. L. ist und war von jeher in seiner ganzen Ausdehnung ein national-frz. Land. Der L.'er hat weder in Sitte noch in Sprache irgend etwas gemein mit seinem dt .... Nachbar." Das sollte heißen: Die L.'er sind „unvermischte Keltoromanen" und sprechen nur die frz. Sprache. Nur auf einem schmalen Landstrich von Thionville bis Bitsch, einem Sechstel des Landes, wird dt. gesprochen. Die Umgegend von Bitsch und Pfalzburg enthält in der Tat rein dt. Elemente und ihre Bewohner sind unzweifelhaft Alemannen des E."[1]) Als E. Renan, der berühmte fr. Gelehrte, in einem Aufsatz in der „Revue des deux mondes" die Abtretung des E., — um sich gegen das Nationalitätsprinzip zu wehren, — in Entsprechung mit einer solchen von Posen setzte, das slawisch sei, berichtigte ihn die Redaktion und schrieb anläßlich eines ausführlichen Referates über den Aufsatz, E. und Posen seien nicht miteinander zu vergleichen. „E. ist französiert und protestiert gegen seine A. nicht mehr, Posen ist nicht germanisiert und protestiert."[2]) Eine Parallele wäre ihrer Ansicht nach zu finden zwischen dem E. und Schlesien.

Die A. von E.-L. führt D. über seine nat. Grenzen hinaus. Die L.'er sind nie Dt. gewesen und die E.'er echte Franz. geworden. Diese Ansicht der Fr. Z. wurde ihr auch durch eine Londoner Korr.[3]) bestätigt, wo sie in dem Satze: Allerdings, meint er, seien angeblich die E. im Herzen gute Franzosen, allein ihre dt. Abstammung und dt. Sprache sei nicht wegzustreiten", die erste Hälfte des Zitates bis „Franzosen" gesperrt druckte. In einem Bericht vom Oberrhein hieß es: „Die Revolution von 1789 hat die ehemaligen Dt. zu guten Frz. gemacht. Nur dadurch, daß wir ihnen die Errungenschaften dieser großen Zeit garantieren, ist es vielleicht möglich, sie mit ihrer Rückkehr zum Dt. R. auszusöhnen."[4])

[1]) 71. 40.
[2]) 70. 265, 1.
[3]) 70. 235, 1.
[4]) 71. 87, 1.

Eine zusammenfassende Kritik des „chauvinistischen" Standpunktes lieferte der Genfer Professor Karl Vogt[1]) unter dem Titel: „Zur A.-Frage, Genf, 14. September": „Aber, sagt man, E. und L. sind dt. Boden, nur seit 200 Jahren fast dem Reiche entfremdet! Zugegeben! Ich hatte selbst dort das Landvolk dt. und die Stadtbewohner fr. reden hören. Aber, möchte ich fragen, wo ist die Grenze der historischen Reklamierung und Rückerstattung? Geht es 100 oder 200 oder noch mehr Jahre zurück? Wir haben im Westen verloren, im Osten gewonnen. Sollen wir den Slawen zurückgeben, was wir ihnen dort abgenommen? Aber die Sprache? — Recht — ich habe in Nordschleswig dänisch, bei Danzig, Königsberg, Breslau und Posen polnisch, in Böhmen und Mähren tschechisch, bei Klagenfurt windisch sprechen hören — auf dem Lande slawisch, in den Städten dt. Der dt. Eroberer sitzt dort in den Städten, der slawische Annektierte auf dem Lande, wie im B. wälsche Eindringling in den Städten, der dt. Annektierte auf dem Land. Gilt für uns ein anderer Maßstab als für andere?..... Seien wir offen, bieder und ehrlich und sagen wir: Wir nehmen E.L. mit Straßburg und Metz, weil wir Sieger sind und es für zweckmäßig finden — nicht aus historischen, nicht aus nationalen Gründen, nicht weil es das Volk will — sondern weil wir F. so weit schwächen wollen, daß es keinen Krieg mehr anfängt." Der Verfasser fragt, ob dies den Zweck erfülle und hat Zweifel. Er meint, wir könnten frz. Kolonien nehmen. „Lassen wir die Franzosen bezahlen und schleifen wir alle ihre Festungen."[2]) Das leitet uns schon zum zweiten Standpunkt hinüber.

### 5. Der realpolitische Standpunkt.

Die realpol. Erwägungen über E.-L. billigte die Z. ganz und gar. Gründliche und sachliche Erörterungen darüber, wie sie etwa der nat.-lib. „Hamb. Korresp." gegenüber den chauv. A.-gelüsten anstellte, waren ihr sympathisch. Uebrigens täuschte sie sich nicht, wer in Wirklichkeit hier das entscheidende Wort sprechen würde: „Wie weit sich die realen Garantien zur militär. Sicherstellung D.'s zu erstrecken haben, darüber entscheidet der pr. Generalstab."[3]) Das fand sie ganz in der Ordnung, nur habe das Volk die Pflicht der Nachprüfung: „Wenn uns aber auch unsere politischen Grenzen von Seiten der Strategen vorgezeichnet werden sollen, so haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die dringendste Pflicht der eigenen Nachprüfung: denn bei Bestim-

[1]) Vogt Karl, Naturforscher, geboren 1817 in Gießen, gestorben 1895 in Genf, 1848 von Gießen in die Nationalversammlung in Frankfurt a. Main gewählt, gehörte zur äußersten demokr. Linken, auf wiss. Gebiet Vorkämpfer des Materialismus und Darwinismus.

[2]) 70. 261, 2.

[3]) 70. 240, 2.

mung der politischen Grenzen sind strategische Ansichten nur Eine Rücksicht unter sehr vielen anderen."[1]) Der Standpunkt für alle Ueberlegungen der Art ergab sich für die Z. also aus der Frage: Innerhalb welcher Grenzen ist ein wahrer und dauernder Friede denkbar? Mit deren Lösung war für sie auch die konkrete Frage nach der Sicherheit der dt. Grenze erledigt. Einen Vorschlag der „Lib. Korresp.", des Organs der pr. Fortschrittspartei, E.-L. solle von F. abgetrennt und zu einem selbständigen, neutralen Staat in der Art von Belgien oder der Schweiz gemacht werden, lehnte sie als ganz undenkbar ab. Als zweckmäßig gestand die Fr. Z. an Friedensbedingungen zu: Kriegsentschädigung, Schleifung der frz. Grenzfestungen oder durch die Abtretung einer frz. Kolonie. Das letztere verrät ihren wirtschaftlichen Weitblick. Hinsichtlich einer A. von E.-L. war aber nach ihrer Meinung das Uebergewicht durchaus auf Seiten der Gegengründe: Der Krieg wird verlängert. Interventionen fremder Mächte werden möglich. Im Zusammenhang mit der Pontusforderung des Fürsten Gortschakoff und der Londoner Konferenz schrieb die Z. am 22. Nov. 1870: „Die allgemeine pol. Lage ist auch für D. im höchsten Grade ernst."[2]) Sie fand einen Zusammenhang zwischen der orientalischen Frage und der A. von E.-L. Wie F. im Jahre 66 nach Sadowa seine Kompensationen forderte, so tue es jetzt Rußland nach Sedan. Darum hielt sie für die beste Klärung der Situation einen schleunigen Frieden: „Wir dächten, es wäre auch heute noch nicht zu spät, auf die Annexion zu verzichten und einen raschen Frieden unter anderen Bedingungen mit F. abzuschließen."[2]) Anfangs Jan. 71 meldete die Fr. Z. einen Umschwung in der „öffentlichen Meinung Europas" zu Ungunsten D.'s: „Als der Krieg ausbrach, hatte D. diese und sozusagen die der ganzen Welt für sich. Seit den Unterhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre, in welchen es an den Tag kam, daß die preuß. Politik auf Ländererwerb ausgehe, begann eine Aenderung in dieser Beziehung und heute sind wir so weit, daß man förmlich suchen muß, um im Ausland Spuren der Sympathie für das kriegführende D. zu finden..... Bei der Mehrzahl der amerik., engl. und schweizerischen Preßorgane ist die Stimmung zu unseren Ungunsten umgeschlagen."[3]) Ebenso sei es im österr. Liberalismus. Ein Berner Artikel meldete aus der Schweiz eine „einstimmige Mißbilligung der Absichten auf E.-L."[4]) Die A., meinte die Fr. Z., vertiefe die Kluft des Hasses zwischen D. und F. und gefährde einen dauernden Frieden. Schließlich halfe man dem R. nur eine feindliche Bevölkerung auf. Nach ihrer Ansicht waren die Garantien für einen langen Frieden

[1]) 70. 298, 1. Zitat aus der Köln. Ztg.
[2]) 70. 324, 1.
[3]) 71. 7, 1.
[4]) 70. 252, 1.

anderswo zu suchen als in der Erweiterung des Staatsgebiets. Ihrer pol. Weisheit letzter Schluß waren folgende Worte: „Die größte Gefahr hat für uns stets in der Militärmonarchie F. gelegen und diese Gefahr muß vor allen Dingen beseitigt werden. Eine Militärmonarchie D., die als solche die Rolle übernehmen sollte, die bisher F. gespielt hat, würde nur wieder zu demselben Ergebnisse, zu neuer und selbst verstärkter Kriegsgefahr hinführen. Das dt. Volk, zur politischen Einheit verbunden, wird .... bedenken, daß die innere Einrichtung der Staaten das sicherste, wenn nicht einzige Unterpfand für die Dauer des internat. Friedens ist.“ [1])

### 6. Die demokratische Theorie über die Annexion überhaupt und der Fall E.-L.

Den wirksamsten, wenn auch nicht alleinigen Antrieb zum Kampf gegen die A. erhielt die Fr. Z. von ihrer demokr. Staatsauffassung. Ihre prinzipiellen Ansichten darüber lauteten: Jede gewaltsame Gebietserweiterung ist verwerflich. Denn sie steht im Widerspruch mit der Würde des einzelnen Menschen und eines Volkes. Sie behandelt den Bürger als Sache, ignoriert seinen eigenen freien Willen, mißachtet seine natürlichen Rechte und verstößt gegen das oberste demokratische Prinzip der Freiheit des Einzelnen und Selbstbestimmung der Völker. Wenn es in der konservativ-konstitutionellen Staatslehre heißt, daß im Staat nichts gegen den ausgesprochenen Willen des Monarchen geschehen darf, so kehrt die Demokratie den Satz um und sagt, daß im Staat nichts gegen den ausgesprochenen Willen der Gesamtheit seiner einzelnen Bürger geschehen darf. Das folgert sie aus der Volkssouveränität. Gebiete abtreten und annektieren heißt weiter nichts als „über Völker wie über Viehherden verfügen.“ [2]) Diese Art von Politik übten am Anfang des Jahrhunderts noch die Diplomaten auf dem Wiener Kongreß. „Nach 1830 und 48 schien wenigstens eine Wiederholung moralisch unmöglich.“ Vor noch nicht sieben Jahren galt das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch als Palladium der Volkssache. Bei den Nat.-Lib. hat sich diese Gesinnung seit 66 geändert. Für die Demokratie ist und bleibt die A. „eine Verhöhnung des Rechts der Freiheit.“ Hier offenbart die Zeitung wieder die Konsequenz ihrer pol. Richtung. Die Absichten der dt. Regierung sind „Länder- und Menschenverteilungspläne, die auf den Willen der Betroffenen gar keine Rücksicht nehmen.“ [3]) Dieser Abschnitt ist ein deutlicher Beweis, wie stark die Fr. Z. unter den frz. Einflüssen stand, die von der Juli- und Februarrevolution ausgingen.

Ein Wechsel der Staatsgehörigkeit muß dennoch möglich sein; denn der individuellen Freiheit in politischen Dingen, wie sie

[1]) 70. 229, 1. Zitat aus der „Rhein. Ztg.“
[2]) 70. 312, 2.
[3]) 70. 223, 1.

die Demokratie verficht, können vom Staat grundsätzlich keine Schranken gesetzt werden. Wie einzelne Menschen, so mögen auch ganze Landstriche von einer Flagge zu einer anderen hinüber wechseln, falls die Bevölkerung dort es wünscht. Nach dem Prinzip der atomistischen und individualistischen Staatsauffassung, des Naturrechts, der Vertragstheorie und Volkssouveränität gibt es nur einen Weg, daß E.-L. dt. werde. Man lasse die Bewohner abstimmen, ob sie zu uns oder zu den Frz. gehören wollen. Das ist die einzig rechtmäßige, moralisch anständige und humane Art, wie wir E.-L. dt. machen können. „Nur wenn die E.'er und Dt.-L.'er sich freiwillig mit ihrem Stammland vereinigen wollen, werden wir sie mit gutem Gewissen und ohne Furcht vor künftigen Verwicklungen aufnehmen können. Eine erpreßte Volksabstimmung wäre nur eine traurige Nachahmung des napoleonischen Systems." Ein dt. E.-L. hängt also in letzter Instanz vom Willen seiner Bewohner ab. Nun erhebt sich die Frage: Wie ist die Stimmung in jenen Gebieten?

Bereits am 28. August erfuhr die Fr. Z. durch die gesinnungsverwandte „Badische Landeszeitung" aus Ittenheim bei Straßburg von deutlichen Anzeichen einer feindseligen Stimmung: „Der Umschlag, der sich seit meinem letzten Hiersein vollzogen hat, ist sehr merklich ..... Gestern gewahrte ich unzweifelhafte Zeichen einer feindseligen Stimmung. Von der Möglichkeit einer Lostrennung des E. und L.'s von F. und einer Einverleibung in D. sprachen jetzt die Herren wie von etwas fast Unmöglichem; höchstens wollen sie noch die Neutralisierung der beiden Provinzen zugeben ..... Unter den niedrigen Ständen macht sich die Feindseligkeit bereits in Schimpfen und Bedrohen einzelner Militärpersonen Luft .... Anders aber der Bauer .... Dazu kommt noch, daß sich die protestantischen Orte des E. von dem mit Rom und den Jesuiten liebäugelnden gegenwärtigen frz. Regimente zurückgesetzt, vernachlässigt, ja sogar beschwert und benachteiligt finden. Weit entfernt bin ich aber zu behaupten, das Landvolk sehne sich darnach, dt. zu werden. Ich glaube nur, daß es sich leicht darein finden wird und daß es der Stoff ist, aus welchem bei entsprechender Behandlung in wenig Jahrzehnten gute Dt. zu machen sind."[1]) Aus Straßburg führen wir zwei Berichte an, die zeigen, wie sehr es bei der Erfassung und Beurteilung von Stimmungen größerer Menschenmassen auf die Persönlichkeit des Beobachters ankommt. Der erste Bericht ist datiert vom 3. Oktober und lautet: „Was die in Straßburg vorherrschende pol. Stimmung betrifft, so gebe man sich der Täuschung nicht hin, als ob dieselbe der Wiedervereinigung mit Deutschland günstig wäre oder sie auch nur leicht ertrüge. Es gibt viele Leute, welche D. kennen, hochachten und lieben; es gibt auch nicht wenige, welche

[1]) 70. 242, 2.

unter den obwaltenden Umständen, wiewohl mit schwerem Herzen, für den Anschluß stimmen würden. Aber es gibt sozusagen keinen, der einer Veränderung der pol. Lage entgegenjauchzte: die Bande, welche diese Stadt an F. knüpfen, sind zu eng, die Wirkung der letzten Ereignisse ist zunächst eine zu herbe. Trotzdem wird es, wie ich nicht zweifle, gelingen, die herrliche Stadt in nicht gar zu ferner Zeit wieder in ein Glied vom Körper D.'s zu verwandeln." [1]) Von einer Anschlußfreudigkeit für D. konnte der Schreiber nichts melden. Der zweite Bericht vom 28. Okt. stammte von einem Gegner der A., Th. Curti, dem Redakteur der Fr. Z., der bekanntlich seit Ende Oktober hinter der e. Front weilte und in fünfzehn „Briefen aus dem E." seine Eindrücke und Gedanken veröffentlichte. Er lautet: „Dem Straßburger wird es schwer, an die Einverleibung seiner Provinz ins dt. R. zu glauben .... Er rechnet das E. zu F., hängt an der frz. Tradition und findet sich verletzt, wenn man ihm von dt. Verhältnissen mehr spricht als überhaupt zum Leben nötig ist." [2]) Der Verfasser berichtet, daß die gebildeten E.'er ihre ganze Rettung in der Neutralisierung sehen: „Durch diese Neutralisierung sieht man das E. mehr zu dem Berufe befähigt, die beiderseitigen Geistesarten der zwei großen Kulturvölker zu vermitteln, während es unfreiwillig zu D. geschlagen, sich dem dt. Element nur feindselig zeigen würde ..... oder ihm die Rolle des dt. Verdolmetschers der frz. Schöpfungen genommen sei." [2]) Daß mancher A.-freund, der die Dinge im E. mit eigenen Augen anzusehen Gelegenheit hatte, seine Ansicht wechseln konnte, zeigt die Meldung eines Kriegskorresp. aus Brümath vor Straßburg vom 5. Sept., [3]) der schrieb, daß er, früher ein entschiedener Verfechter der A., nach vier Wochen Studium der Volksstimmung eine gegenteilige Ansicht gewonnen habe. Aus einer L.'er Korresp. vom 22. Jan. 71, die sich gegen die „schrecklichen Illusionen" der A.-lustigen wandte, erfahren wir, wie stark die frz. Agitation trotz aller polizeilichen Bemühungen dt.-seits in den schon längere Zeit besetzten Gebieten am Werke war: „Die Agitation ist mächtig. Zahlreiche Agenten der Republik bearbeiten die Menge. Die rastlose Arbeit der Polizei ist ganz umsonst. Sie können sich denken, wie der Machtzuwachs beschaffen sein wird, den D. mit aller Macht zu erringen gedenkt. Sind das sichere Grenzen, wenn im Rücken der Festungslinie, in den Festungen selbst eine fanatische Bevölkerung jeden Augenblick bereit ist, das verhaßte Joch abzuwerfen? Man schmeichle sich doch nicht mit der Phrase von den „dt. Brüdern". Hier in L. kennt man nur Freund und Feind, der Feind aber ist der Dt." [4])

[1]) 70. 277, 2.
[2]) 70. 303, 1.
[3]) 70. 251, 1.
[4]) 71. 22, 1.

Diese angeführten Nachrichten und noch viele ähnlichen Inhalts befestigten in den Leitern der Fr. Z. die Ansicht, daß die E.-L.er nicht dt. werden wollten. Wenn die „A.-lustigen" günstiger berichteten, so konnte die Fr. Z. dagegen immer die berechtigte Frage erheben, warum man dann keine Abstimmung abhalten wolle. Ihre Antwort war natürlich: weil alles wüßte, daß sie negativ ausfallen müßte. Die Erwerbung von E.-L. ohne Abstimmung, also wider Willen seiner Bewohner, bedeutete der dt. Demokratie ein barbarisches Verbrechen an der Höhe und Reife unserer modernen Kultur, war ein Raub und eine Vergewaltigung des Besiegten und ließ sich nur auf das brutale Recht des Eroberers gründen. Darüber kam die Fr. Z. wieder einmal mit der „Prov.-Korresp." zusammen, die bei der A.-frage an ein Geschichtswerk von Thiers „Geschichte des Konsulats und des Kaisertums" erinnerte, wo dieser Gelehrte die A. des linken Rheinufers im Frieden von Luneville 1801 folgendermaßen rechtfertigte: „Nach dem Recht des Siegers, welches unbezweifelt ist, wenn die siegreiche Macht die herausgeforderte war, hatte F. das linke Rheinufer erobert."[1]) Dazu bemerkte die Fr. Z.: „Das halbamtliche Blatt hat überhaupt auch kein Wort der Verwahrung gegen die napol. Theorie vom Recht des Siegers, die der nap. Geschichtsschreiber s. Zt. aufstellte und die in der zivilisierten Welt für ein schreiendes Unrecht gilt, sondern verwendet sie ohne weiteres für seinen Zweck."[1])

Aus diesen Gedanken heraus äußerte sich über den Fall E.-L. in den Spalten der Fr. Z. der süddt. demokr. Führer G. F. Kolb[2]) am 10. Nov. unter der Ueberschrift „Ein Wort der Warnung".[3]) Er bekennt, daß auch er wünsche, E.-L. wieder dt. zu wissen und fragt sich, wie das möglich sei. Seine demokr. Antwort ist: „daß wir Dt. vor allem einen in Freiheit vereinigten Föderativstaat herstellen, frei von drückenden Lasten, frei insbesondere von der allerdrückendsten, der des stehenden Heerwesens mit langjähriger Präsenzdauer; einen Bundesstaat, der namentlich alle Fortschritte adoptiert, welche die Frz. durch ihre unsterbliche Revolution sich errungen und die wir (es ist Grund, beschämt zu sein) bis jetzt nur teilweise und höchst unvollkommen nachgeahmt haben .... Wir müssen bei uns selbst einen Zustand herstellen, der es den E.ern wünschenswert machen müßte, Glieder eines solchen D. zu werden. Wer, in dessen Brust auch nur noch der leiseste Funke von Freiheits- oder Rechtsgefühl glüht, hat den Mut, den E.ern und L.ern zuzumuten, sich einem solchen Staat einverleiben zu lassen? ..... Aus der Verhöhnung des Rechts

[1]) 70. 327, 1.

[2]) G. F. Kolb, Statistiker und Publizist, 1808—84, Mitglied der Nationalversammlung, gemäßigter Republikaner.

[3]) 70. 312, 2.

wie der Freiheit entwächst das Gegenteil eines Nutzens." Darum mahnt der Demokrat: „Die Losreißung jener Landschaften von F., bei einem unleugbaren Widerstreben ihrer ganzen Bevölkerung, wäre eine Gewalttat, welche gerade D. schlechte statt gute Früchte bringen würde. Es handelt sich um eine Forderung, welche man F. vielleicht gewaltsam diktieren kann, die zu brechen jedoch jeder Franzose den ersten günstigen Augenblick ergreifen wird. Wir werden alsdann nicht einen dauernden Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand haben."[1])

Als mit dem Abschluß des Frankfurter Friedens die Frage der Einverleibung entgegen der Meinung der Fr. Z. entschieden worden war, da sah sie die allerletzte Instanz — und diese war die wichtigste, wenn nicht in Wirklichkeit, so doch in der demokr. Theorie — im dt. R.T. Während der Reichstagswahlen wurde Sonnemann als ein unpatriotischer Mann verschrieen, weil seine Z. gegen die A. gewesen sei und für F. Partei ergriffen habe. Auf solche Anschuldigungen antwortete die Fr. Z. in einem Leitartikel vom 28. Febr. 71, daß „sie der Vaterlandsliebe, welche nach dem Maß der A.-gelüste bemessen werden soll, allerdings bar und ledig sei."[2]) Sie nahm nochmals grundsätzlich Stellung zur A., wobei sie einräumte, daß sich zwar niemals über die Gerechtigkeit derselben, wohl aber über ihre Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit streiten lasse. Und auf alle Fälle nahm sie das eine Verdienst für sich in Anspruch, daß sie in den Zeiten des Siegestaumels das dt. Volk gewarnt habe, sich zu mäßigen: „Wir schlugen und schlagen uns noch auf die Seite derer, die verneinen. Ob wir darin das Rechte getroffen, wird erst die Zukunft entscheiden. Mögen die Lose der Zukunft aber fallen wie sie wollen, wir werden es mit Verlaub der loyalen Dachprediger uns zur höchsten Ehre anrechnen, daß wir aus der tiefsten Ueberzeugung unseres Herzens heraus unserem Volk und Vaterland zur Mäßigung geraten haben, in einer Zeit, wo ein Sturm des maßlosen, siegestrunkenen Rassenhasses in wilder Flut uns umbrauste."[2])

Wie dann Sonnemann trotz der Bemühungen der Nat.-Lib. in Frankfurt in den R.T. gewählt worden war, hatte die Fr. Z. und mit ihr die dt. Demokratie eine letzte Gelegenheit, ihre Ansicht über die A. deutlich zum Ausdruck zu bringen. Sonnemann stimmte in der zweiten Lesung allein mit dem Abg. Schraps gegen den § 1 des Einverleibungsgesetzes. Diese demonstrative Haltung des Frankfurter Demokraten brachte ihm eine heftige Anfeindung von nat. Kreisen. Schon vorher war es in der elften R.T.-Sitzung zu einem parlamentarischen Zwischenfall zwischen Sonnemann und den Abgg. von Treitschke und v. Rochau gekommen anläßlich einer persönlichen Bemerkung Treitschkes gegen Sonnemann. Die

[1]) 70. 312, 2.
[2]) 71. 57, 1.

Anschuldigung des Ersteren lautete nach den stenograph. R.T.-Berichten, wie sie die Fr. Z. mitteilte, folgendermaßen: „Herr Sonnemann hat keinen Grund, sich zu beschweren, sondern sich zu bedanken, sich zu bedanken bei der unendlichen Langmut der öffentlichen Meinung. Fragen Sie sich doch, meine Herren, was in irgend einem anderen Lande einer Zeitung widerfahren wäre, die, wie die Fr. Z., Tag für Tag zu Ehren F.s sprach!“ [1]) Daraufhin sah sich Sonnemann genötigt, in einer Frankfurter Wählerversammlung vom 2. Juli 71, wo er Bericht über seine parlamentarische Tätigkeit während der ersten Session erstattete, sich besonders wegen seiner Abstimmung über den genannten § 1 zu rechtfertigen. Darüber lesen wir in der Nummer vom 4. Juli, daß dem absurden histor. Recht das Recht der Selbstbestimmung entgegenzustellen sei und daß er noch folgenden besonderen Grund gehabt habe: „Ich habe mich auch als Frankfurter verpflichtet gehalten, gegen die A. zu stimmen, denn wer erst vor wenigen Jahren die gewaltsame A. an sich selbst erlebt hat, wer gesehen hat, in welcher Weise von derselben Regierung, welche zur A. von E.-L. geschritten ist, diese A. durchgeführt .... wurde; wer es erlebt hat, wie sie Frankfurt, eine gute dt. Stadt, in der unwürdigsten Weise mißhandelte und mit Füßen trat, der kann nicht dafür stimmen, daß anderen durch dieselben Personen dasselbe Schicksal bereitet werde.“ [2]) Wir erkennen den persönlichen Haß, den die Fr. Z. gegen Bismarck hegte und daß die ablehnende Haltung in der A.-Frage eine Art von Racheakt der partikularistischen und antipr. Demokratie in Frankfurt für die Vernichtung der städtischen Selbständigkeit gewesen ist.

### 7. Demokratische Gesinnung und deutsche Politik bei der Annexion.

Bei der Beurteilung der ablehnenden Haltung der Fr. Z. bezüglich der A. von E.-L. müssen vornehmlich zwei Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden: Die „Berechtigung“ der A. und ihre politische Zweckmäßigkeit. Wie wir wissen, hat die Fr. Z. beides verneint. Da die Frage nach der Nützlichkeit ihrer Natur nach eine praktische war, so konnte man nach Ansicht der Z. darüber verschiedener Meinung sein. Sie selbst glaubte nicht, daß D. mit der gewaltsamen Erwerbung von E.-L. eine gesicherte Westgrenze gewinnen könne. Den Beweis könne erst die Zukunft erbringen. Hat die spätere Geschichte der Fr. Z. recht gegeben? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Aber nicht einmal wer an die frz. Politik seit 70 denkt, die man als Revanchepolitik zu bezeichnen pflegt, oder an die e.-l. Frage, an die diplomatische Einkreisung D.'s, den Weltkrieg mit seinem unseligen Ende in

[1]) 71. 99, 1.
[2]) 71. 185, 2.

Versailles allein denkt, kann die Frage bejahen. Denn das frz. Revanchegeschrei stammt nicht erst von 70 und der A. von E.-L. Revanche bedeutet Rache für Sadowa. Ihre Wurzeln liegen in den pr. Erfolgen von 1866, sie ist gerichtet gegen die erfolgreiche Lösung der dt. Einheitsfrage als notwendige Voraussetzung für die politische Macht und Weltgeltung des dt. Volkes. Hätte es keine frz. Revanchepolitik gegeben ohne die A. von E.-L.? Doch sicherlich, denn die neidischen Nachbarn im Westen mißgönnten D. das ureigenste Recht jedes Volkes, das Recht auf pol. Einigung einer Nation in einem Nationalstaat. Und gerade das war der entscheidende Grund für Bismarck, daß er annektierte, und nicht dt. Kriegslust oder pr. Ländergier. Zum Schutze D.'s und nicht zur Herausforderung oder Demütigung F.'s ist E.-L. deutsch geworden. Dazu dürfen wir die dt. Geschichte von 1871 bis 1914 und die politische und wirtschaftliche Entfaltung D.'s zur Weltmacht nicht vergessen. Und dann können wir der Fr. Z. in der A.-Frage nicht mehr recht geben. Daß die europäischen Großmächte ein halbes Jahrhundert lang, länger als je zuvor, den Frieden genießen durften, daß D. eine politische und wirtschaftliche Blütezeit erleben durfte, wie sie unserem Volke seit den Tagen Friedrich Barbarossas nicht mehr beschieden gewesen war, daß im Weltkrieg die Schlachten an der Westfront nicht auf deutschem Boden geschlagen wurden, wozu neben anderen Faktoren sicherlich in nicht geringem Maße ein dt. Straßburg und Metz beigetragen haben, rechtfertigt voll und ganz die A. von E.-L. im Frankfurter Frieden. Wer konnte glauben und dafür bürgen, daß die Franzosen ohne A. in Zukunft eine aufrichtige Versöhnungspolitik treiben würden? Das Motiv ihres Hasses umschloß mehr als die Wut um den Verlust von E.-L.; die verlorenen Schlachten brannten auf der frz. Nationalehre, die Verwirklichung eines einigen D. und seine mächtige Stellung in der Welt machten F. unruhig und neidisch.

Angenommen, die Fr. Z. hätte damals die A. aus praktischen Gründen bejaht, hätte sie dann für dieselbe stimmen können? Nein! Denn die E.-L.er wollten nicht zu D. Wir sehen, daß die grundsätzliche, demokr. Frage bei der A. für die Stellungnahme der Fr. Z. den entscheidenden Ausschlag gab, oder mit anderen Worten: sie ordnete den demokr. Gesichtspunkt dem dt. Standpunkt über. Da die Geschichte der Fr. Z. in ihren realpol. Erwägungen Unrecht gab, so kann man sagen: die Fr. Z. hat wohl demokr., aber keine dt. Politik getrieben. War aber ihr Demokratismus der einzige Grund für ihre antidt. Stellungnahme? Gewiß nicht. Ein weiteres Moment psychologischer und persönlicher Art war gewiß mit im Spiel: der aus der A. von Frankfurt entspringende Haß gegen Preußen und Bismarck. Inwieweit etwa noch eine Vorliebe für F. mitwirkte und also der oft erhobene

Vorwurf der Franzosenfreundlichkeit zu recht besteht, wird eine besondere Aufgabe der hier angestellten Untersuchung sein.

### C. Die Frankfurter Zeitung und Frankreich.

Infolge ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der dt. Erwerbung von E.-L., was „allen nat.-lib. und offiziösen Seelen ein schweres Aergernis" bereitete, wurde die Fr. Z. von eben diesen Kreisen heftig angegriffen. Man warf dem demokr. Blatt, wie schon gesagt, mangelnde Vaterlandsliebe vor und legte ihm Franzosenfreundlichkeit zur Last.[1]) Wie die Fr. Z. im L.A. vom 20 .Nov. 70 berichtete, predigte die „Kreuzzeitung" den Kreuzzug gegen die „Frz. im Innern" und schleuderte ein „brutales Anathema" gegen das „frz. Unwesen in Staat, Kirche und Schule." Solchen Vorwürfen gegenüber wehrte sich die angegriffene Zeitung, indem sie es in ihrem Patriotismus mit Börne hielt, der in seiner Schrift „Menzel der Franzosenfresser"[2]) bewies, daß „zwischen dem wahren Patriotismus und dem echten Kosmopolitismus kein Gegensatz besteht."[3]) Dazu warf sie ihrerseits den politischen Gegnern einen blinden Chauvinismus vor, der sich bemühe, „an den Franzosen kein gutes Haar zu lassen"[4]) und machte sie für das „Märchen vom Erbfeind" verantwortlich, das den lächerlichen Glauben verkünde: „Wir Dt. sind eine edle Nation und hoch erhaben über die rücksichtslose Gemeinheit der galloromanischen Rasse." Gegenüber diesen „Spuren einer Berserkerwut, die alles frz. Wesen wegfegen möchte"...[5]) fühlte sich die Fr. Z. verpflichtet, der Wahrheit eine Lanze zu brechen und laut und vernehmlich zu verkünden, daß sie andere Ansichten über unseren Kriegsgegner habe und ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen wolle.

Zunächst beschämte das Blatt die „nat. Schreier", indem es wiederholt Zeugnisse anführte, die ihm bewiesen, daß bei unseren Nachbarn jenseits des Rheins „eine Objektivität des Urteils möglich ist, die man bei uns allzu häufig vermißt,"[6]) wie sie sich in einem Referat über den besagten Aufsatz von E. Renan[7]) ausdrückt. Ein „Mannheimer Brief"[8]) von einem sehr bedeutenden frz. Gelehrten — um welchen es sich handelt, sagte die Z. nicht — an seinen dt. Schüler zeigte der Fr. Z. einen „angenehmen Kontrast zu der chauv. Sprache, welche die dt. Professoren führen, sobald es sich um F. und frz. Verhältnisse handelte."

[1]) v. Treitschke u. v. Rochau gegen Sonnemann im R.T., oben S. 26.
[2]) Gesammelte Schriften v. L. Börne, Milwaukee 1858, Bd. III S. 147—223.
[3]) 71. 55, 1.
[4]) 70. 322, 1.
[5]) 70. 233, 2.
[6]) 70. 265, 1.
[7]) Siehe oben S. 19.
[8]) 71. 116, 1.

1. Die weltgeschichtliche Bedeutung Frankreichs.

Für die Fr. Z. stand es fest, daß die Frz. „ein Kulturvolk ersten Ranges" sind. Welche Bedeutung der frz. Nation in der Weltgeschichte nach ihrer Ansicht zukam, lernen wir aus einem ausführlichen Artikel kennen, wo die Fr. Z. dem uns schon bekannten süddt. Demokratenführer G. J. Kolb bei Ausführungen gerade über F. unter die Arme griff: Es fällt ihm gar nicht ein, bei den Frz. alles schön, edel und preiswürdig zu finden. Aber er erinnert daran, „daß die freiheitliche Entwicklung im modernen Europa, insbesondere der Sturz des Royalismus von den Frz. ausging. Die Frz. begannen eine Literatur, als wenige unserer Vorfahren davon auch nur einen Begriff hatten; sie gehörten zu den Ersten (die Dt. waren die Letzten), welche in ihrer Muttersprache, d. h. fürs ganze Volk schrieben; sie schufen eine Profanlit., während man in unserem Vaterlande, bei Protestanten geradeso wie bei Katholiken fast nur für dogmatische Streitigkeiten .... Sinn hatte. Unter den Frz. entzündeten und verbreiteten sich die ersten Grundsätze des Demokratismus, der Volksfreiheit; sie drängten ihre Regierung dazu, das als Republik sich erhebende Nordamerika mit Heer und Flotte zu unterstützen, während dt. Landeskinder sich .... mußten zur Unterdrückung derselben verkaufen lassen um schnöden Lohn, der in der Kasse ihrer vergötterten Fürsten floß.[1]) Sagen wir es doch ehrlich und offen: In welchem Zustande befände sich ganz Europa heute noch ohne Voltaire, die Enzyklopädisten und alle jene Frz., welche auf kirchlichem, politischem und sozialem Gebiete das Eis des Mittelalters und Nachmittelalters brachen? Und diese Männer wirkten nicht als Individuen, sie waren die Repräsentanten des Geistes ihrer Nation. Dann kam die große Revolution. Der Feudalismus hatte während anderthalb Jahrtausenden daran gearbeitet, ein Gebäude herzustellen und zu befestigen. Welches Volk war es, das den Mut hatte, die gewaltige Feste anzugreifen? welches, das die Kraft entwickelte, dieses Bollwerk zu brechen; — welches Volk hat den zahlreichsten aller Stände, den der Bauern, frei gemacht, und den nächst-zahlreichsten, den der Handwerker, aus den Banden des Zunftzwangs erlöst? Welches hat das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, diese unerläßliche Vorbedingung der relig. Freiheit zuerst ausgesprochen? Gebühren diese Verdienste etwa unserem Volke? Leider so wenig, daß — um nur eines anzuführen — gerade in einem Teil von D., nämlich in P., ein wesentliches Stück jenes Feudalismus, das Junkertum mit seinen Privilegien und Prätensionen sich konserviert findet, heute nach mehr als achtzig Jahren nach dem Beginn der frz. Revolution."[2])

[1]) Die Fr. Z. nimmt also den Dt. ihre bloße monarch. Gesinnung schon übel.

[2]) 70. 322, 1.

Der frz. Verdienste, die wir aus diesem phrasenhaften Lobspruch aufgeführt haben, sind recht vielerlei. F. hat für die Entwicklung der modernen demokr. Kultur mehr getan als irgend ein anderes europäisches Volk. Es ist die in den Himmel gehobene Heimat der demokr. Ideen. D. schneidet daneben direkt kläglich ab. Alle Dt., besonders aber die Pr., sind noch weit zurück in der Zivilisation. Die Fr. Z., und mit ihr die demokr. Partei, offenbart sich hier als einen eifrigen Pionier franz. pol. Denkens in D. Vom spezifisch dt. Geistesleben scheinen diese Männer nicht viel erlebt oder gewußt zu haben. Vielmehr fühlte sich die Zeitung vom pol. Geist der frz. Nation angezogen. Ihre Hauptmission scheint ihr gerade dessen **Verbreitung** in D. zu sein. Der demokr. Maßstab, nach dem man die Kulturhöhe und den Fortschritt der Völker mißt, lautet ganz einfach: Was wurde für die demokr. Freiheit geleistet? Ebenso einfach war das geschichtsphilosophische Schema, das hier proklamiert wurde. Es gibt zwei große Perioden in der europ. Geschichte, das Mittelalter (plus Nachmittelalter) und die moderne Zeit. Das epochemachende Ereignis ist die frz. Revolution von 89. Der Inhalt der alten Zeit war der „Feudalismus". Sinn und Bestimmung der neuen Zeit liegen in der „Demokratie". Ihre große Vorkämpferin ist immer die frz. Nation geblieben. Wir erkennen, welch einzigartigen Platz F. in der Wertschätzung der Z. eingenommen hat. Wenn wir von den inhaltlichen Mängeln — vgl. die Behauptungen über Bauernbefreiung, Feudalismus, Demokratie und volkssprachliche Profanliteratur — dieses Lobgesanges auf F. absehen, so fällt zuerst die rein positivistisch-utilitaristische Denkweise auf. Jeder historische Sinn, jede Einfühlung in die Individualität historischer Größen und ihre Eigenwerte fehlt. Die Beurteilung ist doktrinär wie das Denken, d. h. einseitig demokratisch. Ueber die Haltung des Blattes kann dieser Artikel keinerlei Zweifel lassen. Die Abneigung der Zeitung richtet sich restlos gegen Pr. Ihre Liebe und Hochachtung aber gehört dem frz. Volke. Die „Franzosenfreundlichkeit" der Fr. Z. — mögen die tieferen Gründe zunächst außer Betracht bleiben — muß in diesem konkreten Fall einfach als Tatsache anerkannt werden.

### 2. Der französische Volkscharakter.

Die Ansichten der Fr. Z. über die neuere frz. Geschichte und den Volkscharakter der Frz. erfahren wir am besten aus einem Kriegsbericht aus Bicêtre: „Der Schrecken von 1792 hat F. in die Bahnen geleitet, die heute zu so furchtbarem Unheil für das arme fr. Volk führen konnten und mußten. Die armen Franzosen! Ja! wir haben tiefes Mitgefühl mit ihnen. Wir hoffen, daß bessere Zeiten wieder für sie kommen werden. Wir hegen diese Hoffnung, weil wir das frz. Volk kennen. Aus dem Blute von 92 ging das „rettende" Kaisertum hervor. Es konnte den Fr. viel bieten; aber

das Kaisertum schuf eine Prunk-, Glanz-, Ruhm-, Spiel- und Genußgesellschaft in F., in Paris, die die Oberfläche des fr. Lebens bildete, und F. dem Abgrunde, in den es jetzt hinabstürzt, zulenkte, zulockte. Unter dieser Oberfläche aber lebt ein tüchtiges, ein braves, ein fleißiges, ein wohlwollendes, ein großmütiges Volk. Vielleicht kommt jetzt diese Unterschicht der so hart gezüchtigten frz. Nation zur Herrschaft. Wir hoffen es zum Besten der Menschheit; ..... Ich habe sechzehn Jahre ein oft kümmerliches Flüchtlingsleben in F. geführt. Nie bin ich in F. in Not gewesen ..... Es ist ein edles, ein großherziges Volk, jenes frz. Volk, das unter der Schicht liegt, welche der Schrecken des Schreckens in dem nap. Cäsarismus auf die Oberfläche der Gesellschaft getrieben hat." [1])

Wenn dieses warme Mitleid mit dem geschlagenen F., das den Verfasser bewegte, auch eine persönliche Wurzel hatte, so wollte es doch allerhand heißen, mitten im Kriege ein derartiges Enkomium auf den Feind zu veröffentlichen. Die Kriegsnot von 1870 erscheint hier als eine Folge der Schreckensherrschaft von 1792, denn der verhaßte Cäsarismus Nap. III. war erst durch das Kaisertum seines Oheims ermöglicht worden. Diese Zusammenhänge mußten für einen Demokraten peinlich sein, denn die Schreckensherrschaft von 1792 war doch ein Werk des frz. „Volkes" gewesen. Wie sollte sich mit dieser historischen Tatsache die Theorie vom guten „Volke" vereinigen lassen? Ein weiterer Widerspruch ist enthalten in den Ansichten der Fr. Z. über die franz. Revolution und Napoleon III.: Die Revolution selbst wird sehr gelobt und der Napoleonismus wirkt wie das rote Tuch. Und doch ist dieser nur eine Folge der greulichen Entartung der frz. Revolution, für welche das Volk verantwortlich ist. Da offenbart sich deutlich, daß von einem sachlichen historischen Denken bei der Fr. Z. von damals wenig zu finden ist. Sie springt häufig willkürlich mit den Tatsachen um und bewertet sie nach dem Nutzen für ihren Parteistandpunkt. Was man da an historischen Urteilen und Ansichten vorgesetzt bekommt, ist oft durch eine beschränkte Parteibrille in gehässiger unsachgemäßiger Weise verzerrt.

Noch einen Beleg für die guten Eigenschaften des frz. Volkes. „Aus dem Skizzenbuch eines heimgekehrten Kriegskorrespond." druckte die Fr. Z. dem Sinne nach folgende Sätze ab: Die Bevölkerung des fr. Prov.landes um Paris ist fleißig, sparsam, nüchtern, äußerst mäßig im Essen und Trinken; sie ist nicht oberflächlich und liederlich, das Familienleben ist innig und traulich. Der Frz. bringt mehr Zeit im Kreis der Seinen zu. Er hat die Manierlichkeit vor uns voraus; die ratio sufficiens ist die Achtung vor der Persönlichkeit. Zwar hat F. mehr Analphabeten, aber „der unterrichtete Frz. nimmt eine Bildungsstufe ein, die mindestens der entspricht, auf welcher die Leute stehen, die sich

[1]) 70. 340, 1.

bei uns par excellence die Gebildeten nennen .... Eines ist klar, daß jeder Frz., der die Schule besucht, etwas lernt, um das ihn bei uns manche Kathedergröße zu beneiden Ursache hätte: Gründliche Kenntnis und vollständige Beherrschung der Muttersprache."[1] Hier ist auch nichts vom Terrorismus der Phrase zu finden, sondern „im frz. Naturell sind alle Vorbedingungen eines gesunden, politischen Urteils vereinigt."[1] Wohlwollender kann man die Frz. kaum beurteilen. Das heißt mehr, als dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen.

### 3. Die dritte französische Republik.

Die hohe Meinung der Fr. Z. darüber konnte kaum überboten werden. In einem L.A. vom 14. Febr. 1871 zitierte sie aus der Wiener „Tagespresse" folgende Sätze aus einem Artikel von Carl Vogt und schloß sich ihnen an: „Die frz. Republik ist noch heute eine Notwendigkeit; sie ist sogar ein unabweisliches Kulturbedürfnis für Europa, für die ganze Welt gegenüber der absolut.-konfess. Reaktion, die in D. Platz gegriffen hat und ihre Herrschaft über den ganzen Erdteil ausdehnen wird, wenn ihr nicht im Westen ein Gegengewicht geboten wird. Das, meine ich, sollte jeder fühlen, der noch einen Funken von Freiheitsgefühl in der Brust trägt."[2] Aus dieser Notiz geht hervor, daß die Demokr. und Republikaner eine starke frz. Republik für wünschenswert halten, damit sie der dt. reakt. Herrschaft die Waage halte und einen Rückhalt für den Demokratismus bilde. Wieder konstatieren wir eine innerlich notwendige Hinneigung der dt. Demokr. zu F. Sie sind Gegner einer überragenden dt. Vormachtstellung in Europa, da sie eine ständige Gefahr für die demokr. frz. Nation bedeute. Die Fr. Z. ist also franzosenfreundlich auch in dem Sinne, daß sie eine starke dt. Machtsteigerung und Demütigung F.'s nicht für wünschenswert hält.

Die Fr. Z. wünschte dringend, daß die dritte Rep., glücklicher als die beiden ersten, sich dauernd durchsetzen möchte. Wenn sie sich in diesem Punkte einmal eins wußte mit den offiz. Berliner Wünschen, so war das bloß äußerer Zufall. Bismarck hielt eine frz. Rep. für weniger bündnisfähig als eine Monarchie. Die Erhaltung der ersteren bedeutete also für längere Zeit die diplom. Isolierung F.'s und diente damit dem Frieden. Die Fr. Z. dachte umgekehrt: „Die Möglichkeit, daß F. zu der Ansicht gelangt, die beste und sicherste Art sich zu rächen bestehe in der Entwicklung freiheitlicher Institutionen ist nicht so strikt ausgeschlossen, wie es die englischen Blätter ansehen. Hoffen wir, daß das besiegte Volk sich selbst zum eigenen Heil zu ihr durchzukämpfen vermag."[3] Das konnte doch nur einen Sinn haben, wenn

[1] 71. 32, 1.
[2] 71. 45, 1.
[3] 71. 60, 2.

dahinter bewußt oder unbewußt die Idee einer demokr. Umwälzung in D. verborgen war. Wenn die obige Notiz die Franzosenfreundlichkeit der Fr. Z. schon in einer nicht mehr ganz harmlosen Form offenbarte, daß man nämlich der dt. Machtstellung durch eine frz. Rep. Schranken gesetzt wünschte, weil dem eigenen demokr. Herzen im Grunde die Hegemonie einer frz. Rep. sympathischer war als die eines vom Bismarckischen System beherrschten D., so wird in dem vorliegenden Fall der ungünstige Eindruck von früher noch verstärkt. Der Ausdruck „die beste und sicherste Art sich zu rächen" deutet den Wunsch und Gedanken an, daß die Vermehrung der pol. Freiheit im westlichen Nachbarlande die Unzufriedenheit mit der Regierung Bismarcks so verstärken und die Sehnsucht nach demokr. Einrichtungen so steigern werde, daß die vermehrte Oppositionspartei den Sturz der „absol.-konfess. Reaktion" und die Einführung der Rep. vollbringen könne. Hier spielt nun der Gedanke von dem dynastischen Charakter des dt.-frz. Krieges herein. Die Völker sind unschuldig. D. erhielt seine Genugtuung durch die Gefangennahme Nap. III. und F. wird sie durch den Sturz der Hohenzollern erhalten. Als ob der frz. Nationalismus einer mächtigen dt. Rep. freundlicher und versöhnlicher gesinnt wäre als einem Kaiserreich! Die Fr. waren nicht deshalb Gegner des dt. Kaisertums, weil sie selbst demokr. waren, sondern weil es D. stark gemacht hatte. Hier spukt bei der Z. die unhaltbare Theorie von der Friedensliebe der republ. Staatsform und des Volkes als solchen und von dem unvermeidlichen Eroberungswillen der Monarchie an sich. Ueberdies offenbart sich nirgends besser als hier das mangelnde Geschichtsverständnis der Fr. Z. gegenüber den treibenden histor. Kräften des 19. Jh., dem innersten Lebensgesetz jedes Staates, auch eines nat. Volksstaates, das Wachstum und Machtsteigerung heißt, wie auch gegenüber dem frz. Volkscharakter, der Jahrhunderte alten, konstanten Tendenz der frz. Außenpolitik und ihres bedrohlichen Grundzug für das dt. Volk und den dt. Staat.

### 4. Leon Gambetta.

Zum Schluß dieses Kap. hören wir noch das Urteil der Fr. Z. über Gambetta. Sie feierte ihn mit Recht als den „Schöpfer des neuaufgebrachten militärischen Widerstandes", als die Seele der nationalen Verteidigung. Er war für sie der republikanische Mirabeau, vor allem aber verkündete ihre gewandte Feder: „Gambetta hat mit aller Unumwundenheit eines freien Mannes die republ. Lehre als die einzig verträgliche mit der Würde des menschlichen Geistes hingestellt und die Unverträglichkeit des allgemeinen Stimmrechts mit der Monarchie aufs unwiderleglichste dargetan." Sein Tun ist das „Werk eines heldenmütigen Bürgers, welcher bestimmt ist, künftigen, wie gegenwärtigen Geschlechtern als edles Beispiel vorzuschweben." Im Unterschied zu seinen

pol. Freunden hatte er für den Krieg mit P. gestimmt; das Ziel seiner patriot. Wünsche war die Eroberung der Rheinprovinz. „Durch dieses enge nat. Anschauen und Verhalten hat er den Beweis geliefert, daß er noch nicht zur vollen Klarheit und Menschlichkeit der neuen Zeit durchgedrungen und daß seine Begriffe sich noch nicht ganz vom Dunkel des Mittelalters (!) befreit haben. Vielleicht ist er gerade deswegen der rechte Mann für die Frz." [1])

Charakteristisch für die Denkweise der demokr. Z. ist die Beurteilung der patriotischen Ader in dem großen frz. Republikaner. Diesen begrenzten Nationalismus, der Gambetta und allen frz. Parteien tief im Fleische steckte, tadelte sie mit ihrem billigsten und leersten Schimpfwort „Mittelalter". Sie, die mit geringen Ausnahmen so wenig warmen Patriotismus in sich fühlte, konnte nicht begreifen, daß auch in einer frz. Rep. zuerst das Nationale und Außenpolitische kam, wo sie selbst doch immer zuerst demokratisch und dann erst dt. dachte. Diese umgekehrte, im Grunde unpol. Wertung ist bei ihr ganz deutlich vorhanden. Erinnern wir uns nur an die Neujahrsparole des Blattes: „Liebe zur Freiheit und zum dt. Vaterlande." Die Reihenfolge hat charakteristischen Ausdruckswert. Wie die dt. Sozialdemokratie weit mehr international eingestellt war als etwa die frz. oder englische, so dachte diese dt. Demokratie auch kosmopolitischer, weniger national als die ausländischen Republikaner.

Indem wir nun das Fazit der voraufgegangenen Ausführungen über das Verhältnis der Fr. Z. zu F. ziehen, die mehr andeutend und grundsätzlich waren, als erschöpfend ins Einzelne gingen, stellen wir noch einmal die Frage: War die Fr. Z. franzosenfreundlich, was man ihr zur Zeit des dt.-frz. Krieges und auch später noch vorgeworfen hat? Wir müssen sie bejahen. Sie selbst hat zwar eine solche andauernd und energisch in geharnischten Artikeln bestritten, wobei sie, einem alten strategischen Grundsatz folgend, im Angriff stets die beste Verteidigung sah und den dt. Gegenparteien, d. h. hier den konserv., nationallib. und offiziös. Zeitungen, einen dt.-tümmelnden Chauvinismus, barbarischen Haß und ungerechtes Urteil gegenüber den Frz. vorgeworfen hat. Wenn man es aber auch meisterhaft versteht, die Waffe des Gegners gegen ihn selbst zu kehren, so beweist das noch lange nicht, daß das eigene Wappenschild rein ist.

## D. Die Frankfurter Zeitung und das Deutsche Reich.

Die größte Gabe, die der Sieg über Napoleon und die Franzosen dem dt. Volke brachte, war das neue dt. Reich. Das dt. Volk war erfüllt vom hellen nat. Jubel über das große pol. Glück, das ihm wie über Nacht in den Schoß gefallen war. Nur die dt.

[1]) 71. 11, 2.

Demokratie stand grollend beiseite, und die Fr. Z. erhob unzufrieden ihre warnende Stimme. Sie konnte über diesen Staat keine Freude empfinden. Die hohen Wogen des dt. Nationalgefühls gingen über ihr kleines Häuflein hinweg und schmolzen es zusammen. In den eigenen Reihen sah sie Mutlosigkeit und „Apathie" groß werden. Die Fr. Z. konnte nicht hindern, daß „Militarismus und Absolutismus die Vaterlandsliebe zu ihren Gunsten" ausbeuteten. „Der überall emporschießende Chauvinismus und die christlich-germanische Schwärmerei für mittelalterliche Institutionen"[1]) machten der unverzagten Demokr. die Propaganda für ihre unveränderten Prinzipien schwer. Sie wurde, so klagte sie, dafür von den „Nationalpatrioten" an den Pranger gestellt und zum Verräter gestempelt. Aber treu sich selbst und ihren Ansichten focht sie unbeirrt weiter.

### 1. Demokratischer Patriotismus.

Gegenüber der „Teutomanischen Selbstüberhebung", dem „furor teutonicus", vertrat die Fr. Z. „eine andere Vaterlandsliebe als die gegen den äußeren Feind". Anhand der schon genannten Schrift von Börne[2]), einem „Schatzkästlein für herrliche Gedanken über Vaterlandsliebe und Kosmopolitismus"[3]) legte sie das Wesen des demokr. Patriotismus grundsätzlich klar: „Die meisten unserer großen Toten, jene Männer, die bisher den höchsten Stolz der dt. Nation bildeten, würden, wenn sie noch lebten keinesfalls mit in den nat. Jubel unserer Tage einstimmen. Sie waren erhaben über den beschränkten Nationalitätsstandpunkt, sie wußten, daß über der Nation die Menschheit stehe." Hier offenbart sich wieder, daß die Denkweise der Fr. Z. die Entwicklung vom 18. zum 19. Jahrhundert, vom Kosmopolitismus oder Weltbürgertum zum Nationalstaat einfach nicht mitgemacht hatte. Sie fährt fort: „Für Schiller und Uhland war die Liebe zum Nationalen nur insofern berechtigt, als sie ein Mittel war, den Fortschritt der Menschheit zu fördern. Darum war sie beiden gleichbedeutend mit der Liebe zur Freiheit."[4]) Unsere Nat.-patrioten haben eine neue Vaterlandsliebe erfunden"..... Sie bekunden ihren Patriotismus dadurch, „daß sie jeden, der seine Liebe zu D. durch treues Arbeiten am inneren Freiheitswerk (d. h. Demokr. Ausgestaltung des dt. Reiches) betätigen wollte, des Verrats am Vaterland ziehen." „Die Neigung, stete Bereitwilligkeit und der unerschütterliche Mut, für das Glück, die Ehre, den Ruhm, die Freiheit und die Sicherheit des Landes tätig zu sein

[1]) 71. 53, 2.

[2]) Siehe oben S. 29 Anm. 2)

[3]) 71. 55, 1.

[4]) Wir erkennen hieraus den Glauben der Demokr. an die völkerbeglückende Macht vermehrter politischer Freiheiten.

und dabei kein Opfer zu scheuen, sich von keiner Gefahr abschrecken zu lassen: Das ist es, was wir Liebe des Vaterlandes nennen. Glück ... und Sicherheit können von zwei Seiten bedroht werden, von außen und von innen. Die Uebel, die von außen kommen, sind seltene, gewaltsame Verletzungen und gleichen den Verwundungen des menschlichen Körpers. Sie sind schmerzlich, aber nicht bösartig (?). Die Uebel von innen sind Krankheiten, häufig und bösartig. Die Machthaber haben die Liebe nach innen als höchstes Laster verdammt und unter dem Namen Landesverräterei und Majestätsverbrechen durch ihre Gesetze mit den härtesten Strafen bedroht." [1]) Nun folgen noch schöne moralische Redensarten, z. B.: Das Recht ist unentbehrlicher als das Brot und die Tugend schöner als Ruhm. Es ist ein Unglück, aber keine Schande, von einem fremden Volke besiegt worden zu sein: aber es ist eine Schande, in seinem Vaterland ein Sklave zu sein. Möge sich das dt. Volk der heimkehrenden Krieger dadurch würdig zeigen, daß es der „inneren Schande" ein Ende mache! Die Freiheit ist stets unter allen Umständen die Grundbedingung der Ehre der Völker. Die Freiheit ist für unseren Krieg der schönste Lohn." Wir sehen, die Fr. Z. lebt noch ganz in den Formen des 18. Jahrhunderts. Der Krieg ist eine Sache der Dynastien, darum muß das blutende Volk einen besonderen Lohn erhalten. Als ob es neben dem Sieg und seinen Folgen noch einer Extragabe für das Volk bedürfe. Der Oppositionsgeist gegen das Königtum liegt dieser Zeitung tief im Blut. Am Schluß gibt der Verfasser des Artikels der Hoffnung auf einen „friedlichen Wettbewerb zwischen den Dt. und Frz." Ausdruck und sehnt sich nach einem „ewigen Frieden zwischen allen Völkern." Er schließt mit der Bestimmung des weltgeschichtlichen Berufs der Dt., im Vergleich mit den Frz.: „Es ist Aufgabe der Frz., das alte, baufällige Gebäude der bürgerlichen Gesellschaft zu zerstören und abzutragen. Es ist die Aufgabe der Dt., das neue Gebäude zu gründen und aufzuführen." So manches Unerfreuliches von der Fr. Z. in den 70er Jahren zu sagen wir durch die Tatsachen gezwungen werden, so müssen wir ihr doch oft einen guten Stil zuerkennen. Hier haben wir eines der besten Beispiele gehört.

Die Erläuterung über den demokr. Patriotismus zeigt, ein wie geschickt und wirksam geschriebenes Blatt die Fr. Z. damals war. Ihre Definition der Vaterlandsliebe ist vorbildlich und beherzigenswert, aber vollkommen abstrakt und ohne jede Beziehung auf den strittigen Fall. Die sophistische Unterscheidung zwischen einer äußeren und inneren Vaterlandsliebe bis zur Gegensätzlichkeit und die darauf gegründete gewaltsame, tendenziöse Konstruktion von der inneren und äußeren Freiheit ist schief und irreleitend. Die Fr. Z. zeigt den Charakter eines äußerst ge-

[1]) 71. 55, 1.

wiegten, demokr. Oppositionsblattes, das von einer unversöhnlichen Opposition gegen alles Preußentum, speziell aber gegen dessen geniale Verkörperung, Otto v. Bismarck, beseelt war. Es verstand es meisterhaft, sich als den pol. Märtyrer für die Sache der Volksfreiheit und des kulturellen Fortschritts hinzustellen, den Vorkämpfer der geknechteten Nation gegen eine herrschsüchtige pr. Adelsclique zu machen und die Rolle des unschuldigen Lammes zu spielen, das von den nat.lib. und offiz. Zeitungen ganz zu Unrecht verleumdet und geschmäht werde. Die Fr. Z. identifizierte sich bei jeder Gelegenheit mit dem Volksbewußtsein und dem Rechtssinn der Zivilisation und hielt sich für den berufensten Interpreten der modernen Kultur. Bei einem so geschickten pol. Organ werden wir auf der Hut sein müssen, und es wird notwendig sein, daß wir verstehen zwischen den Zeilen zu lesen, um zu erkennen, was die Z. sagt und was sie eigentlich meint und erstrebt. Hören wir nun ihr Urteil über das neue Reich und seinen Schöpfer.

## 2. Der Charakter des Deutschen Reiches.

Ende des Jahres 1870 schrieb die Fr. Z. über Kaiser und Reich: „Versailles ist die Geburtsstätte des L'état c'est moi und der neuen dt. V. Die Kaiseridee ist dem Volksbewußtsein nichts Fremdes. Im Kaiser sieht es die richtende und ordnende Gewalt; es begreift unter des Reiches Macht und Herrlichkeit die Freiheit des Bürgers und den Frieden der heimatlichen Erde. Die Nation fühlt, daß sie Größeres geträumt hat. Im Kaiser ahnte sie nicht den absoluten Herrn, dessen Rechte vergrößert sind auf Kosten der Volksrechte.“ [1]) Dann fährt sie fort ein ander Mal: die Romantik eines dt. Kaisers ist „für unsere von ganz anderen Anschauungen getragene Zeit ganz sinnlos“ geworden. „Es ist nicht der Geist der Zeit, der am Webstuhl der V. gesessen“, sondern „der Herren eigener Geist.... Kein Jota fehlt vom alten pr. System.“ Die Wiederherstellung der Kaiserkrone, die allein „aus den Händen der dt. Fürsten“ [2]) stammte, „ohne das dt. Volk zu fragen“, bedeutete der Fr. Z., daß man dem „Volke Steine statt Brot“ gegeben. „Schlachtenruhm und Glanz einer Kaiserkrone können nimmer entschädigen für die preisgegebene innere Freiheit.“ Aus diesem Satz spricht ein vollständiger Mangel an Verständnis für den Wert des Bismarckischen Einigungswerkes.

Der Charakter des R. ist „trotz alles konstitutionellen Scheinwerks“ der eines absol. Militärstaates. Süd-D. verliert seine Preßfreiheit und „wird um 50 Jahre zurückgeworfen.“ Die Militärlasten werden nicht vermindert. Das Militärbudget, mit dem man „jeden Absolutismus durch treues Ausharren aus den Angeln heben“ kann, ist nicht wiederhergestellt. Die ganze R.gründung

[1]) 70. 302.
[2]) 71. 53, 2.

war für die Fr. Z. nichts als eine „Ausbeutung des dt. Nationalgefühls im pr. Interesse." „Die Mehrzahl des dt. Volkes sah wieder einmal einen Erfolg der Dynastie Hohenzollern für einen Sieg der dt. Sache an. Die pr. Regierung bekämpft stets die im dt. Volk vorhandenen nat. und freiheitlichen Strömungen so lange, als sie besorgt, dieselben könnten ihr und dem spezif. Preußentum gefährlich werden." Dann aber wird sie die „eifrige Verteidigerin der bisher bekämpften Ideen."[1])

Am Urteil des demokr. Blattes über das neue dt. R., das vernichtend und ungerecht ist, ist eigentlich trotz der kaum mehr überbietbaren Parteilichkeit nur eines auffallend: die große Antipathie, die in den probeweise aufgeführten Sätzen zum Ausdruck kommt. So kann nur blinde Leidenschaft fechten. Der Mangel an Verständnis für die staatliche und wirtschaftliche Bedeutung der dt. Einigung nimmt uns nicht mehr wunder; aber er mutet beinahe grotesk an. Dem rückschauenden Betrachter scheint es unbegreiflich, wie man in der Herstellung der pol. Einheit der Dt. nichts weiter als eine „Ausbeutung des dt. Nationalgefühls im preuß. Interesse" sehen konnte, oder wenn die glücklichen Ereignisse von 1870/71 „kein Sieg der dt. Sache, sondern ein Erfolg der Hohenzollern" gewesen sein sollen. Sehr wenig vermochte die Fr. Z. den Verdiensten ihrer pol. Gegner um Staat und Volk gerecht zu werden, die sich täglich fast über ungerechte Behandlung beklagen mochte.

### 3. Die demokratischen Forderungen an die Reichsverfassung.

Diesem Werk Bismarcks gegenüber sah die Fr. Z. das Ziel der dt. Demokratie in der „Umwandlung des absolut. Militärstaates in einen bürgerlichen Rechtsstaat."[2]) Sie verkündete: „Der spez. pr. Bürokratismus, das Junkertum, die Philisterei, die Engherzigkeit auf pol., kirchl. und sozialem Gebiet müssen gründlich ausgekehrt werden, wenn das dt. Volk sich wohl und frei fühlen soll im neuen Dt." Den Inbegriff des erstrebten bürgerl. Rechtsstaates sah die Fr. Z. darin, daß 1. die Volksvertretung über Krieg und Frieden entscheidet: „Weil nicht mehr Söldnerheere, sondern ganze Völker aufs Schlachtfeld geführt werden, darum muß auch das Volk selbst entscheiden, ob es eine Frage für wichtig genug hält, das Blut seiner Söhne dahin zu geben." 2. Statt der stehenden Heere muß das Volkswehrsystem eingerichtet werden, d. h. Verteidigungsmilizen, wobei alle Bürger von Jugend auf in Waffen geübt und in cadres eingeteilt sein sollen.[3])

Während der Wahlagitation zum ersten R.T., der die R.V. beraten sollte, faßte sie dessen Aufgabe in die Worte zusammen:

[1]) 71. 53, 2.
[2]) 71. 55, 2.
[3]) 71. 55, 2.

„Jetzt gilt es nicht nur bei der Umgestaltung des Nordd. Bundes zu einem Dt. Bund eine weitere Schmälerung der dt. Freiheiten zu verhüten, es setzt die ganze Staatseinrichtung auch eine Erweiterung der pol. Freiheiten voraus, sollen anders nicht die die Macht und Sicherheit des Staates nach außen uns mit Bedrückung, Unrecht und Unsicherheit nach innen bedrohen."[1]) Den neuerwählten Volksvertretern band sie aufs Gewissen, folgende Forderungen an die dt. R.V., die einen parlam.-föderalist. Bundesstaat bedeuteten, durchzusetzen: Ein verantwortliches Bundesministerium, eine wirklich parl. Regierungsweise zum Schutze der süddt. Staaten gegen absolut. Neigungen des Berliner Hofes; Kriegserklärung und Friedensschluß, sowie internationale Verträge sind gesetzliche Materien; D. solle Bundesstaat bleiben und kein zentralisierter Einheitsstaat werden; Selbstverwaltung der kleineren pol. Verbände, Sicherung der persönlichen Freiheit des einzelnen Bürgers, verfassungsmäßige Garantie der Grundrechte. Daß die Aussichten auf restlose Verwirklichung aller demokrat. Wünsche durch die leitenden Staatsmänner gering war, wußte die Zeitung sehr wohl. Bemerkenswert erscheint, daß die Z. mit diesen Forderungen die meisten Grundzüge des heutigen dt. Staates vorausgenommen hat.

### 4. Das System Bismarcks.

Die vom dt. RT. mit dem B.R. vereinbarte V. des R. wurde von der Fr. Z. sehr scharf kritisiert. „Die dt. V. ist ebenso vieldeutig und elastisch, ebenso einseitig und lückenhaft geblieben wie die norddt., aus der sie entstand -- ein Machwerk, dessen leitende Idee die Rücksicht ist, daß Graf Bismarck damit regieren kann."[2]) Ihren Hauptmangel sah sie darin, daß sie „dem Volke bekanntlich gar keine Rechte gewährt, und ein treues Festhalten an ihr kommt dem Widerstand gegen die Entwicklung im freiheitlichen Sinn ziemlich gleich."[3]) Dem „Machwerk" sprach sie auch jede Entwicklungsfähigkeit ab. Sie meinte, jeder müsse sich sagen, daß „die gegenwärtige Organisation des Reiches nicht den Keim der Lebensfähigkeit in sich trägt; daß sie sich nur wie eine Schlingpflanze an dem R.K. hinaufwindet und daß sie ohne ihn der Wurzel beraubt ist."[4]) Auch hier zeigt das Blatt wieder, wie weit es von sachlicher Beurteilung fern ist. Es kritisiert einseitig vom parteipol. Standpunkt aus und verunglimpft den R.K.

Ihre Ansicht über die Regierungsweise im neuen R. sprach die Fr. Z. in einem L.-A. vom 21. Juni 71, wo sie eingangs sagte: „Wir lassen es uns angelegen sein, das Publikum über die offizielle dt. Politik aufzuklären,"[5]) folgendermaßen aus:

[1]) 71. 68, 1.
[2]) 71. 91, 1.
[3]) 71. 21, 1.
[4]) 71. 343, 2.
[5]) 71. 172, 1.

„Ueber das Wesen des Regierungssystems bleibt ebensowenig ein Zweifel: Es war der alte bürokratische, militär. und absolutistische Zug, der sich über der Militärfrage u. a. in aller Schärfe offenbarte. Es ist die alte Anmaßung der Konfliktszeit, die in den Nimbus zäsarischer Erfolge gehüllt vor dem Parlament sich entfaltet." Als schwersten Vorwurf hielt die Z. dem R.K. vor, daß er den Parlamentarismus durch das Parlament töten wolle: „Wir meinen, seit 1866 muß das Streben der Regierung, den Parlamentarismus zu diskreditieren, jedermann, der sehen will, klar einleuchten."[1]) Nach Auffassung des Blattes ist die Anschauung der off. Organe und der Reg.Kommissare im R.T., daß die Volksvertretung „als eine beratende und begutachtende Versammlung" betrachtet wird, „die der Regierung folgt, deren Initiative treu und gehorsamst akzeptieren, deren System gutheißen muß, nicht aber ihre eigenen oder gar von denen der Regierung abweichende Bahnen einschlagen dürfte." „Die Tragweite des Konstitutionalismus und Parlamentarismus im neudt. Reich[2]) ist nach ihrer Meinung äußerst gering: „Bismarck stellt den R.T. unerbittlich vor die Alternative: Konflikt oder Devotion. Der dt. R.T. soll nicht mehr sein als sein Norddt. Vorgänger, — ein ergebener Diener und Handlanger der Regierung. Unter Anrufung des „Geistes der Eintracht" wird ihm der strengste Gouvernementalismus zur Pflicht gemacht. Die natürliche Position der Volksvertretung wird geradezu auf den Kopf gestellt. Ihr, welcher vom Volke das Mandat erteilt ist, die Regierung zu kontrollieren und darüber zu wachen, daß Zivilbeamte und Militär kein Unrecht tun und kein Unrecht leiden — ihr wird eine Lektion darüber erteilt, daß sie „das Ansehen der Regierung nicht schmälern, das Vertrauen der Beamten zu ihren Vorgesetzten nicht erschüttern oder gar die Zucht der Armee lockern" dürfe. Es ist der reine Absolutismus, der sich darin ausspricht."[3])

Mit der Haltung des RT. war die Fr. Z. gar nicht zufrieden. Es wäre ein „Unrecht, die Quelle der unerquicklichen Zustände bei der Regierung allein zu suchen."[4]) Die Fr. Z. mit ihrem ausgesprochenen Ziel einer Parlamentarisierung des R. konnte den Frieden zwischen Volksvertretung und Regierung nicht ertragen, so lange die ausschlaggebende Macht in den Händen der letzteren ruhte. Als die Thronrede[5]) des Kaisers zum Schluß der ersten Session den R.T. mit dem Ausdruck der Hoffnung auf einen dauernden Frieden schloß, schrieb das oppos. Blatt im L.-A. vom 17. Juni 71: „Wir wünschen aufrichtig, daß diese Hoffnung nach außen hin in Erfüllung geht. Was die inneren Verhältnisse

[1]) 71. 156.
[2]) 71. 153, 1.
[3]) 71. 153, 1.
[4]) 71. 343, 2.
[5]) R.T. 1871. Stenogr. Ber. II. S. 1221 f.

betrifft, so wünschen wir ebenso aufrichtig, daß der Friede und die Harmonie zwischen der R.leitung und dem R.T., wie sie in dieser Session bestand, möglichst rasch ein Ende finde. Und daß die Gelegenheit zu einem Danksagen für gute Dienste so bald in gleicher Weise nicht wiederkehrt."[1])

Von der Lage des R. im ganzen hatte die Fr. Z. den deutlichen Eindruck, daß sich D. in einem „Uebergangsstadium pol. Entwicklung befindet, welches uns alle Nachteile eines absolutistischen und eines parl. Regimentes zugleich bringt, ohne die Vorteile weder des einen noch des andern ganz und voll zur Wirkung kommen zu lassen," und daß diese Periode überwunden werden müsse, „je eher, desto besser."[2]) Das demokr. Blatt wußte gut, daß Bismarck nicht nur der Schöpfer des R., sondern auch die Seele des Organismus war, welche ihm Kraft und Leben gab: „Bismarcks mit der ganzen neuen Gestaltung engverflochtene Persönlichkeit, seine daraufberuhende, die Autorität aller Selbstherrscher übersteigende persönliche Autorität deckt oder neutralisiert manches, was unter anderen Umständen sofort verwirrend in das Räderwerk eingreifen würde. Kommt es seiner Zeit darauf an, das bisher in seiner V. nur nach Bismarck bestimmte R. überall auf Institutionen fest zu gründen, so muß die Einheit in der Zentralleitung unter allen Umständen gesichert werden." Dann bleibt nichts anderes übrig, „wie die folgerichtige Durchführung des Systems der parlamentar. Regierung nach dem Vorbilde Englands."[3])

Der R.K. war nach Ansicht der Fr. Z. das größte Hindernis für die freiheitliche Entwicklung des Reiches. Solange er am Ruder war, blieb der Kampf der Demokr. in D. aussichtslos. Die Hauptwaffe des Volkes in dem legalen Kampf um die R.V., das Parlament und die Presse, machte Bismarck nach den Beobachtungen der Fr. Z. stumpf: „Durch das Militärgesetz, speziell durch § 1 und das Preßgesetz sicherte er sich die Herrschaft seines Systems gegen die beiden einzigen legalen Faktoren, durch welche eine ernsthafte Opposition des Volkes sich geltend machen konnte, gegen die Presse und das Parlament."[4]) Die parl. Opposition wurde durch die dt. Regierung mit der höchst einfachen und wirksamen Methode bekämpft, daß man sie zu „Reichsfeinden" stempelte: „Sie kann keine Art von Opposition ertragen, auch nicht die besonnenste. Unbefangene Würdigung der oppos. Parteien von der Reg. zu verlangen, wäre zu viel. Für alle, die anders denken als die Reg., hat sie nur einen stereotypen Ruf: „Staatsfeinde, Reichsfeinde." Dabei begeht sie nach dem Ausdruck der

[1]) 71. 168, 1.
[2]) 72. 297, 2.
[3]) 72. 297, 2.
[4]) 74. 49, 2.

Fr. Z. nur den Kunstkniff, daß sie sich selbst an die Stelle des Reiches setzt. Dieser Anklage der Fr. Z. gegen die dt. Reg. bezüglich der Behandlung der parl. Opposition ist zweierlei entgegen zu halten: Den der Reg. vorgeworfenen „Kunstkniff" hat sie viele Male selbst angewandt, indem sie sich und das kleine Häuflein Demokraten mit dem „Volke" und ihre Gesinnung mit dem „Volksbewußtsein" identifizierte. Dann ist es auch zweifelhaft, ob die pol. Artikel der Fr. Z. zur besonnenen oder gar zur „besonnensten" Opposition zu zählen sind. Schärfere Opposition mit der Feder konnte im Rahmen „legaler Faktoren" wohl kaum gemacht werden.

Wir haben bisher die grundlegenden Urteile der Fr. Z. über den Charakter des dt.-frz. Krieges, über F., Napoleon III. und die Republik, über die A. von E.-L., über Bismarck und das neue Dt. R. kennen gelernt. Dabei haben wir als Mittel zur Lösung der Frage nach dem Verhältnis der Fr. Z. zur e.-l. V.frage den Charakter der Fr. Z. als einer pol. Tagesztg. eingehend zu ergründen gesucht durch eine Erörterung der umfassenden Fragen ihres Verhältnisses zu D. und F. Die Haltung, die die Fr. Z. gleichsam bei der Entstehung der e.-l. Frage eingenommen hat, haben wir nun erfahren. In den beiden Hauptkapiteln verfolgen wir die Teilnahme der Fr. Z. an der Diskussion und Entwicklung der e.-l. V.frage, ihre Kritik am Wirklichen nebst ihren Vorschlägen zur Lösung des Problems.

## Kapitel II.

### Die „Diktatur" des Reichslandes.

Das durch den Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 von F. abgetretene E.-L. wurde durch das „Gesetz betr. die Einverleibung von E. und L. in das Dt. Reich"[1] vom 9. Juni 1871 D. eingegliedert. Durch § 1 dieses Gesetzes wurden E. und L. „für immer mit dem dt. R. vereinigt." Nun galt es noch, das staatsrechtliche Verhältnis zwischen dem R. und dem neuen und letzten Gliede zu bestimmen, was die übrigen drei Paragraphen des Gesetzes erledigten, indem sie die Frage im Sinne eines R.L. lösten. Die Reg.-form für die nächsten Jahre war die sogen. „Diktatur", d. h. die Gesetzgebung und Verwaltung besorgte bis zur Einführung der R.V. allein der R.K. mit dem Bundesrat, ohne eine Mitwirkung des R.T. Die lokale Verwaltung wurde durch das Gesetz vom 30. Dez. 71 nach dem Muster einer pr. Provinz eingerichtet; ihre oberste Spitze in Straßburg war ein Oberpräsidium. Dieses Amt wurde Eduard v. Möller[2] übertragen, der sich seither in derselben Stellung in Kurhessen bewährt hatte.

[1] RGBl. 1871, S. 212.

[2] G. Wolfram, Oberpräsident Ed. v. Möller und die e.-l. V.frage, Berlin und Leipzig 1925.

Die R.V., deren Einführung durch ein Gesetz vom 20. Juni 72 auf den 1. Jan. 74, also genau um ein Jahr, hinausgeschoben worden war, trat dann am genannten Termin durch ein R.G. vom 25. Juni 73 in Kraft. Damit erhielten die E.-L.er das Recht, fünfzehn Abgeordnete in den R.T. zu wählen. Die erste R.T.wahl des R.L. fand am 1. Febr. 74 statt und fiel ganz radikal und franz. aus. Die erste parlam. Handlung der e.-l. Abgg. war die berüchtigte Protestrede von Teutsch am 18. Febr. 74.

Die Hauptfragen, auf die wir die Fr. Z. in diesem Kapitel untersuchen müssen, werden also die folgenden sein: Die Konstituierung von E.-L. als R.-L., die „Diktatur" und das Oberpräsidium, sowie die Einführung der R.V. und der Protest der E.-L.er im R.T.

## A. Die Konstituierung von Elsaß-Lothringen als ein Reichsland.

### 1. Der bundesstaatliche Aufbau des R. und die Möglichkeiten des staatlichen Anschlusses.

Die Aufnahme des im Frankfurter Frieden erworbenen Territoriums in den Verband des R. durch ein R.G. war eine formelle Sache, die an den bestehenden Tatsachen nichts mehr ändern konnte. Die prinzipielle Frage der A. trat darum mit Recht, wenn auch sehr zum Bedauern der Fr. Z., in den R.T.verhandlungen vom Mai 71 ganz in den Hintergrund. Die eine wichtige Frage, die zur Debatte stand, war die Art des staatl. Verhältnisses, in das E.L. zum R. treten sollte, das Problem seiner Konstituierung. Daß ein solches überhaupt entstehen konnte, war eine Folge des bundesstaatlichen Charakters[1]) von D. Bei einem Einheitsstaat, wie z. B. F. oder Italien, hätte es sich nur um die Aufgabe der Neuorganisation einer Provinz mit ihrem Verwaltungskörper und evtl. Selbstverwaltungsorganen handeln können. Da mußte jede territoriale Neuerwerbung als ein Teil im Ganzen untergehen; denn auf dem Staatsganzen lag alles Gewicht. Der Teil bedeutete ohne das Ganze politisch nichts. Anders lagen die Dinge bei einem Bundesstaat. Da waren die Teile vor dem Ganzen da und bedeuteten politisch für sich etwas; sie waren Staaten und blieben es auch noch nach dem bündischen Zusammenschluß. Im Krieg hatten die Heere aller dt. Bundesstaaten zum Siege beigetragen. Durch den Frieden war die Souveränität über E.-L. auf das Reich übergegangen, das aus einem „ewigen Bunde"[2]) bestand, den fünfundzwanzig selbständige dt. Staaten geschlossen hatten. E.-L. war also ihr gemeinsames Besitztum, es war Reichsbesitz, Reichsland. Während das Wesen des Einheitsstaates nur

[1]) A. Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, 1918. S. 324.
[2]) Vergl. die Präambel zur Dt. R.V. von 1871.

eine einzige Lösung zuließ, sollte sein Charakter nicht gestört werden, gab es in diesem Fall deren mehrere. Man konnte das Land in der Hoheit des R. belassen, oder das R. konnte auf die Souveränität verzichten und sie ganz auf einen einzigen Bundesstaat, oder auf mehrere durch Teilung, oder aber die durch die R.V. beschränkte Souveränität auf E.-L. selbst übertragen. Es boten sich also vier Lösungen an: a) Man konnte E.L. in Pr. einverleiben, dieses war der weitaus mächtigste Bundesstaat und konnte am besten die Grenzhut gegen F. übernehmen. b) Die Gebiete konnten an die angrenzenden Bundesstaaten, d. h. an Pr., Bayern und Baden verteilt werden. c) E.-L. konnte die Souv., soweit sie nicht dem R. vorbehalten war, in demselben Umfang wie den andern Gliedern übertragen werden, d. h. man konnte aus E.-L. einen neuen, 26. Bundesstaat schaffen. Damit fand schließlich das e.-l. V.problem, wie bekannt, seinen Abschluß durch das R.G. vom 31. Mai 1911. d) Zunächst behielt aber das Reich die staatl. Hoheit selbst. E.L. wurde als R.provinz, als R.L. eingerichtet. Das R.L. bedeutete also, daß die staatl. Hoheitsrechte das R. besaß; sie wurden ausgeübt vom Kaiser mit Gegenzeichnung des R.K.; die oberste Verwaltungsbehörde war das R.K.-Amt für E.-L. in Berlin; Kassationshof wurde das R.Oberhandelsgericht, und die Rechnungskontrolle besorgte der Rechnungshof des Dt. R. Nach dem Ende des Ausnahmezustandes hatten die E.-L.er mit Einführung der R.V. alle die Rechte und Pflichten, die jeder Dt. als Reichsbürger auch besaß; während aber in allen anderen Bundesstaaten neben und unter der R.V. noch eine Landesverfassung bestand, fiel das bei den E.-L.ern weg. Die sonst den Bundesstaaten vorbehaltenen Rechte der Reg. und Verwaltung übten die Organe des R. aus: Kaiser, B.R., R.T. und R.K. Das war der Inhalt des vielgeschmähten Wortes R.L. Die dynastischen Partikularisten, die demokratischen Föderalisten und frühen Freunde einer dt. Republik konnten im R.L. nur das Anfangsstadium eines weiteren Bundesstaates erblicken. Ein Grund für das große Interesse der Fr. Z. an dem R.L. ist darin zu sehen, daß sie im stillen hoffte, hier das Vorspiel für die Demokratisierung des R. geben zu können. Man gebe den E.-L.ern die Regierung des R.L. selbst in die Hand, d. h. man lasse einen Landtag dort regieren unter der scheinbaren Oberhoheit des Kaisers. Der zweite Grund, warum die Fr. Z. den E.-L.ern so warme Teilnahme entgegenbrachte, war ihre Vorliebe für den politischen Geist F.s. Sie hoffte, daß mit der A. der frz. gesinnten E.-L.er ein beträchtlicher Zuschuß an demokr.-republ. Geist dem dt. öffentlichen Leben zugeführt würde, was, wie sie glaubte, zur Verstärkung ihrer parteipol. Opposition beitragen könnte.

Für eine Einverleibung von E.-L. in Pr. war die Fr. Z. nicht zu begeistern. Das verboten ihr Widerstand und Abneigung

gegen jenen Staat. „Das weitere Anschwellen des mächtigsten Einheitsstaates ist eine weitere Gefahr für den bundesstaatlichen Charakter des dt. R.“ [1]) Pr., der gefährlichste Feind der dt. Demokratie, durfte nicht vergrößert werden.

Das Projekt, etwa ein Stück von E.-L. an Bayern abzutreten, lehnte die Z. vollkommen ab, weil es dem Hauptgrundsatz von der freien Selbstbestimmung des Volkes zuwider sei. Bei einer solchen Aufteilung des Landes würde auf die Wünsche seiner Bevölkerung gar keine Rücksicht genommen werden. Man betrachte sie in dem Fall „lediglich als ein willenloses Zubehör zu der Scholle Erde, auf der sie wohnen.“ [2])

Mit der Idee eines R.L. konnte sich das demokr. Blatt auch nicht befreunden. Diese Lösung war in seinen Augen fast so schlecht wie die offizielle pr. A.: „Der Anschluß des neuen Landes an Pr. hätte das Uebergewicht der großen dt. Macht kaum mehr gesteigert, als es die Bildung des unter kaiserlicher Verwaltung stehenden R.L. tun wird.“ Ferner war sehr zu bedenken: „Wird E.-L. ein R.L., so ist die Diktatur von selbst gegeben, ... weil das Land erst durchweg organisiert werden muß.“ [3])

## 2. Das Einverleibungsgesetz.

Ueber den Gesetzentwurf, den der B.R. am 26. April 71 angenommen hatte, sprach sich die Fr. Z. im L.A. vom 30. April folgendermaßen aus: „Nur der krasse Absolutismus kann davon befriedigt sein. Das Geschick der eroberten Provinzen und ihrer Bewohner wird darin auf unbegrenzte Zeit der Willkür preisgegeben. Bis 1874 entbehrt das sog. R.L. jeder V., vom Jahre 74 an wird die V. des dt. R. in ihm eingeführt, von der selbst der Ausschuß des B.R. nicht zu behaupten wagt, daß sie eine LandesV. zu ersetzen im Stande sei..... Es hat also weder die Stimme derer, die es zunächst angeht, noch die Stimme der dt. Volksvertretung einen maßgebenden Einfluß“ .... Auch nach 74 wird „der berechtigte Anspruch der E.er und L.er auf Mitwirkung beim Zustandekommen der für sie gültigen Landesgesetze auf die Vorstellungen und Bitten beschränkt sein, welche die spärliche Anzahl ihrer Vertreter im R.T. zu Gehör zu bringen versteht. Was E.-L. in der ersten vollständig verfassungslosen Epoche zu erwarten hat, läßt sich aus den bisherigen provisorischen Verwaltungsmaßregeln mit ziemlicher Sicherheit entnehmen: Das System Eulenburg-Mühler wird sein Möglichstes tun, sich daselbst festzusetzen und einzubürgern.“ In der zweiten Epoche „fehlen alle Handhaben, das System wieder zu delogieren, wenn die Bevölkerung desselben noch so satt sein sollte. Selbst der dt. R.T. wird zu helfen nicht

[1]) 71. 123, 1.
[2]) 71. 77, 1.
[3]) 71. 73, 1.

mehr imstande sein..... Darum wäre jetzt, wo die R.Reg. das Bedürfnis hat, einen Reichstagsbeschluß über die Vereinigung von E.-L. mit dem dt. R. zu erzielen, der einzige Zeitpunkt, der eroberten Provinz einen Rechtszustand zu sichern." „Die Bestimmungen des Gesetzentwurfes sind nichts weniger als geeignet, die Herzen der E.-L.er zu gewinnen."[1])

Die in den letzten Sätzen empfohlene Methode ist das alte und bewährte landständische Mittel, die Krone kurz zu halten: Man bereite der Reg. eine peinliche Verlegenheit und nütze dann ihre Notlage zu parteipolitischen Konzessionen aus. Die Fr. Z. kritisiert den Entwurf als ganz ungenügend. Hier offenbart sie schon ihre raffinierte Kampfesweise. Ihre ablehnende Kritik fällt sie nicht von ihrem Parteistandpunkt aus, indem sie sagen würde, die Vorlage sei unannehmbar für die Demokratie. Sie verbirgt sich hinter dem Rücken der bemitleidenswerten E.-L.er und läßt ihren Reichsgroll deren Sprecher machen. Der Entwurf ist schlecht; denn er befriedigt die E.-L.er nicht und kann das Werk ihrer Aussöhnung mit D. nicht fördern. Die Fr. Z. spielt ihre ganze Beurteilung auf zwei Dinge hinaus: die verletzte Würde der hochgebildeten E.-L.er und das protestierende moderne Rechtsbewußtsein, wobei sie gleichzeitig dort den E.-L.ern ein gewinnendes Kompliment macht und hier dem R. quasi die Verachtung eines Gebildeten gegenüber den Barbaren ins Gesicht schleudert. Den E.-L.ern hält sie ihr Unrecht vor, das sie von D. empfangen und erinnert sie an das, was sie der glorreichen Nation und ihrer größten Ruhmestat, der Revolution von 89 zu verdanken hätten, wie es nur je eine frz. Z. besorgen konnte. Zuerst hat man die E.-L.er annektiert, jetzt will man sie auch noch tyrannisieren. Aber sie haben eben dank den Franz. ein Recht auf ein „menschenwürdiges Dasein", auf eine freiheitliche Organisation ihres Heimatlandes: „E. hat seinen dt. Charakter bis 1789 ziemlich unversehrt erhalten, erst die große Revolution hat es frz. gemacht. Es scheint zwar heute Mode werden zu sollen, die Rev. von 89 zu schmähen, weil sie in F. keinen bleibenden freiheitlichen Zustand geschaffen. Sie hat uns aber die Menschenrechte aus Amerika, wohin sie im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts vor dem alles verschlingenden Absolutismus gerettet waren, zurückgebracht und damit unsere Anwartschaft auf die Freiheit besiegelt. Die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein dankt ihr E.; der Glaube an die Freiheit, den sie verkündete, hat es F. einverleibt. Wollen wir es zu D. zurückführen, müssen wir ihm denselben Glauben geben."[2]) Da sehen wir die beiden Wurzeln, aus denen die Stellungnahme der Fr. Z. zu E.-L. erwachsen ist, dicht beieinander liegen: ihre demokratische Gesinnung und ihre politische

[1]) 71. 120, 1.
[2]) 71. 138, 1.

Vorliebe für F., die unlöslich miteinander verschmolzen waren. Es ist weitgehend vom frz. Standpunkt aus gedacht, wenn sie den E.-L.ern die Güter, die ihnen F. schenkte, vorhält und ihnen gleichzeitig zeigt, daß sie dieselben in D. vergeblich erwarten. Fast meint man, die Z. beneide die E.-L.er um das Glück ihrer früheren frz. Staatszugehörigkeit.

Auf alle Fälle weiß sie, daß die Aussichten der E.-L.er trostlos sind. Ihre letzte Rettung ist der dt. R.T. Doch besteht wenig Hoffnung, daß er sich der Sachlage gewachsen zeigt. „Er wird eine schwere — und wir fürchten über seine Kräfte gehende Aufgabe haben, wenn er das neue R.L. vor der mehr als zweideutigen Wohltat einer absoluten und permanenten Diktatur schützen will." [1]) Denn die weitaus größte Mehrheit wird sich fügen, wenn Graf Bismarck, „der eiserne Mann", das R.L. verlangt. Mit großem Interesse verfolgte das Blatt die drei Lesungen im R.T. In langen Leitartikeln kämpfte es gegen die Einrichtung eines Ausnahmezustandes, setzte sich mit den Reichstagsreden Bismarcks vom 2. und 25. Mai eingehend auseinander und unterstützte den „Antrag Dunckers" von der Fortschrittspartei zum § 2 [2]). Schließlich erlebte sie die Bestätigung ihrer Ansicht, daß der R.T. nach dem Willen des R.K. verfahren werde: „Gegen zwei verlorene „Nein" wird E.-L. „für immer vereinigt" erklärt." [3]) Man meint, nicht nur die Entrüstung über die Verletzung der Selbstbestimmung, sondern auch noch den Schmerz über die Losreißung der E.-L.er von F. herauszuhören.

Bismarck betonte in seiner Rede vom 2. Mai, daß man die Organisation des R.L. unter den leitenden politischen Gedanken stellen müsse, seine Bewohner innerlich an den dt. Staat zu fesseln. Dabei betrachtete er die kommunale Freiheit — „das Ziel jeder vernünftigen Staatskunst" — als das beste Mittel. Als Bismarck nun ausführte, daß wir Dt. aus unserer Tradition heraus den E.-L.ern viel mehr bieten könnten, als die Franzosen ihnen je gegeben hätten, schüttete die Fr. Z. die volle Schale ihres Spottes über den Redner aus. Der L.A. vom 4. Mai 71 sagte: „Der Mann der Realpolitik verirrt sich in der Ausführung dieses Gedankens jedoch in ganz und gar idealistische und ideologische Sphären, wenn er das heimatliche Kommunalwesen preist und als Muster hinstellt. Die königlich pr. Freiheit, welche die V. der Provinzialstände und -Kreise, sowie die Städteordnung gewähren ..... wird für das els. Freiheitsbedürfnis gewiß nicht

[1]) 71. 113, 1.

[2]) Schultheß, Eur. Gesch.-Kal. 1871, S. 142. Vgl. auch S. 49 Anm. 3). 71. 138, 1.

[3]) 71. 144, 1.

ausreichen."[1]) Weil die E. natürlich von den Frz. etwas Besseres gewöhnt sind. Es ist immer dasselbe Lied, das ihnen die Fr. Z. singt: Weh, was habt ihr mit F. verloren, weh, was wird euch im finsteren D. erwarten! An einer großen Vorliebe der Fr. Z. für F. kann kein Zweifel mehr sein. In den weiteren Ausführungen des R.K. erkannte die Fr. Z. eine Unsicherheit des „großen Staatsmannes" gegenüber der e.-l. Frage: „Es ist eben ein kolossaler Widerspruch, der gelöst werden soll. Man hat eine Provinz erobert, wider ihren Willen annektiert, aus militärischen Gründen dem Reich einverleibt, und nun drängt sich die Verpflichtung auf, der wie eine Sache behandelten Bevölkerung ein gewisses Maß von eigenem Willen, von Rechtszustand, von Selbstverwaltung zu gewähren, in ihr Gefühle zu wahren, daß sie nicht bloß als militärisches ... Objekt, sondern nach zivilisierten Begriffen von Freiheit und Menschenwürde behandelt werden. Die Vorlage des B.R. hat diesen Widerspruch nicht aufgehoben."[2]) Wieder haben wir die Methode der Verleumdung der dt. Politik, sie wird moralisch schlecht gemacht und die E.-L.er als entrechtet und geknechtet geschildert.

Den „Antrag Dunckers"[3]) nannte die Fr. Z. eine bescheidene Forderung. Ueber seine Bedeutung sagte sie am 18. Mai: „Er will der Diktatur die Spitze abbrechen, indem er für die Gesetzgebung für E.-L. die Zustimmung des R.T. vorschreibt."[4]) Sie fährt fort: „Freilich befriedigt der Duncker'sche Antrag unsere Wünsche nicht vollständig; er zeigt aber den richtigen Weg, auf dem den eroberten Provinzen wenigstens das, was sie noch besitzen, die Gleichheit der Bürger, der wir in unserem mit feudalen Resten gesegneten Pr. noch fern sind, erhalten und allmählich die ihnen gebührenden Rechte eingeräumt werden können."[5]) Da haben wir wieder die Idee: die E.-L.er lebten im frz. Staatsverband glücklicher, freiheitlicher als unter dem feudalen pr. Regime. Wieder genau das, was die Frz. und die Französlinge im E. auch sagen konnten. Mit dem ganzen Problem der A. und der Konstituierung von E.-L. beschäftigte sich ein langer L.A. vom 23. Mai mit der Ueberschrift: „Die A.-vorlage."[6]) Darin führte die Z. aus, daß in den R.T.-Verhandlungen die Frage, „ob E.-L. annektiert werden solle und nach welchem Recht" nur eine untergeordnete Rolle spiele. In seinem „herzinnigen Einverständnis" mit der Reg. hatte der R.T. nicht mehr nötig, zu fragen, „ob die Gebiete auf eine gerechte und pol. anständige Weise

[1]) 71. 124, 1.
[2]) 71. 124, 1.
[3]) 71. 138, 1.
[4]) S. Anm. 3.
[5]) 71. 138, 1.
[6]) 71. 144, 1.

erworben, oder ob sie zu behalten seien." Die Fr. Z. hätte gewünscht, daß der R.T. noch einmal grundsätzlich über den von den Diplomaten zu Frankfurt geschlossenen Frieden zu Gericht gesessen wäre. Hier dringt ihre parlamentarische Einstellung durch. „Die eigentlichen Verhandlungsgegenstände sind die Bestimmungen, wie das annektierte Land behandelt werden soll.... Aber Ursache und Wirkung lassen sich nicht trennen... Das Erobern[1]) hat seine Konsequenzen, die aus dem Krieg in den Frieden hineinragen. Der leitende Gedanke der Regierungsvorlage ist: Der Kaiser regiert und E.-L. gehorcht.... Der Absolutismus, den die Reg.-Vorlage konstituiert, in etwa zu beschränken, war im wesentlichen ohne Erfolg."[2]) Die Reden der Abgeordneten bewiesen der Fr. Z., daß die Mehrheit „den Standpunkt der Regierung völlig teilt, ja ihn noch überflügelt." Den klassischen Ausdruck dafür lieferte ihr die Rede[3]) v. Treitschkes: „Er gibt uns Aufschlüsse über den Sinn und die Tragweite des Gesetzentwurfes, die über dasjenige, was von Seiten der Regierung verlautbarte, weit hinausgehen, und er hüllt um die absolutistische Schablone ..... das Schaumgold einer Art von sittlich-pol. Verklärung. Von ihm erfahren wir, was ein R.L. bedeutet. Weil es als annektierte Provinz im Genuß der verfassungsmäßigen Garantien eines bestehenden Staates dem freien Ermessen und den absol. Experimenten der Regierung Hindernisse in den Weg legen könnte, weil es als selbständ. Staat Anspruch auf eine V. hätte, darum soll man ein Zwitterding schaffen, ein R.L., in welchem das Gouvernement zu allem berechtigt und zu nichts verpflichtet ist.... Von ihm hören wir außerdem, was sogar die Regierung nur im Hinweis auf die leidige pol. Notwendigkeit begehrt, eine sittliche Pflicht, ein pol. Prinzip machen. Von ihm wird als erste.... Eigentümlichkeit, die man den E.ern bringen müsse, die absol. monarchische Tradition hingestellt.... Dem Sophisten Treitschke sind die Begriffe vom dt. Wesen dermaßen verwirrt oder er wirrt dieselben so willkürlich durcheinander, daß er jene frz. widerstandslose Ergebung in den Willen des Monarchen und seine Präfektenwirtschaft... als urdeutsche Eigentümlichkeiten preist." „Der Professor-Sophist hat sofort eine neue, systemisierte Anschauung für den neuesten Bedarf fertig. Er liefert der Reg. mehr als sie verlangt, zu dem simplen Recht der Praxis... die mit sittlichem Pathos zugestutzte Doktrin... Wenn nach Treitschke'schem Rezept

[1]) Man hatte den Eindruck, als ob die Fr. Z. sich nur deshalb so über alle Maßen gegen die A. von E.-L. gesträubt habe, weil es aus dem fortschrittlichsten, sympathischen Staat der Frz. herausgerissen wurde. Wen t Pr. in einem siegreichen Kriege gegen den autokratischen Zaren von Rußland Eroberungen gemacht hätte, dann hätte die Fr. Z. wohl weniger Aufhebens davon gemacht.

[2]) 71. 144, 1.

[3]) R.T., Stenogr. Berichte 1871. 1. Sess. S. 814 ff.

gewirtschaftet würde, so kann es höchstens gelingen, das E. gründlich zu demoralisieren, aber nimmer dasselbe dem echten und rechten dt. Wesen zurückzugewinnen." [1]) Wieder der gemeine Gedanke der moralischen Herabminderung der so hochkultivierten E. im Dt. R. Das ist also der „besonnene" Stil, in dem sie über pol. Gegner herfiel. Auf Treitschke hatte sie es besonders abgesehen. Wir erinnern uns des Zwischenfalles. [2])

Die letzte Quelle der außerordentlichen Schwierigkeiten, welche die e.-l. V.-Frage dem R.T. stelte, sah die Fr. Z. in der Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der „Völker", in der Tatsache, daß man die E.-L.er „wider ihren Willen" annektiert hatte. Welche gefühlsmäßigen Imponderabilien neben ihrer demokratischen Gesinnung etwa mitspielten, sei es ihre notorische Antipathie gegen Pr., sei es die Vorliebe für F. oder die Schmeichelei und berechnete Umwerbung der E.-L., haben wir im Laufe der Untersuchung hervorgehoben. Ihre Meinungen, Sympathien und Antipathien schob sie auch den E.-L.ern als letzten Grund für deren dt.-feindliche Gesinnung unter. Von der tiefen Berechtigung der letzteren ist sie ganz überzeugt. Auf der einen Seite das gehaßte, rückständige Pr.-D. mit seiner barbarischen, rechtlosen und unwürdigen Politik gegenüber den E.-L.ern. Auf der andern Seite das verehrte, demokratische, fortschrittlichste und verdienstvollste europ. Volk, die Franz. Die Fr. Z. findet es nur allzuverständlich, wenn die E.-L.er bis zur Unversöhnlichkeit verbittert seien, weil man sie gewaltsam zu D. zurückgezwungen, sie von F. getrennt hat, und daß sie mit aller Macht dorthin zurückmöchten. Und nun ist F. gar eine Republik geworden! Welcher überzeugte Demokrat möchte nicht Bürger dieses oder doch eines ähnlichen Staates sein und bleiben!

### 3. Das Urteil der Fr. Z. über das Reichsland.

Fassen wir die Ansicht der Fr. Z. über die Lösung der V.-Frage in der Form des R.L. kurz zusammen: Das R.L. ist ein unbrauchbares „Zwittergebilde". Als solches ist es eine Folge einerseits der Mißachtung des demokr. Prinzips vom freien Selbstbestimmungsrecht und andererseits der verwerflichen pr. Eroberungspolitik, die im Widerspruch steht zu den „modernen" Begriffen vom Staatsleben und der Würde des Menschen. Das R.L. ist eine vollkommen verfehlte Lösung, insofern, als es die Nächstbeteiligten, die E.-L.er nicht befriedigt. Zum Standpunkt des R. kann sich die Z. nie erheben, das macht ihr ihr demokr.-individualistisches Denken unmöglich. Die in ihrem Groll beiseite stehende Z. kann sich nur mit den unzufriedenen E.-L.ern identifizieren. Jede dt. Herrschaft im R.L. ist ein abscheulicher Absolutismus,

[1]) 71. 144, 1.
[2]) Siehe oben S. 26 f.

solange die E.-L.er keine eigene Landes-V. haben, die ihnen das Recht der Mitwirkung am staatl. Leben ihrer Heimat in Form eines Landtages gewährt. Was man jetzt eingerichtet hat, ist das Schlimmste vom Schlimmen, denn es ist nicht nur die einseitige Diktatur des Reiches, sondern die der pr.-dt. Regierung allein. Die Fr. Z. hatte gehofft, daß mit der freiheitlichen Organisation von E.-L. das demokr. Element im dt. R. verstärkt werde. Nun hatte man mit der neuen Provinz aber nur weiteren Raum geschaffen, damit sich der absol.-militarist. Geist Bismarcks in schrankenloser Machtfülle in einem neuen Land verheerend austoben konnte, und noch dazu auf dem geheiligten Boden des E., das schon einmal, wenn auch nur für Jahre, in der beglückenden Staatsform einer Republik gelebt hatte!

### B. Die Einführung der Reichsverfassung. Ihre staatsrechtliche Bedeutung für E.-L.

Mit der Einführung der R.V. auf 1. Jan. 1874 hörte der Ausnahmezustand auf. Natürlich blieb das Verhältnis zum R. auch weiterhin ein anderes als das der übrigen Glieder. Aber über dem lauten Ruf nach Autonomie durfte man nicht vergessen — was allzu leicht geschah —, daß das R.L. auch auf ganz andere Weise, ob freiwillig oder unfreiwillig, zum Reich gekommen war als die übrigen Länder. Diese traten als souv. Staaten in den Bund ein. E.-L. aber war erobertes Gebiet. Da war es nicht ungerecht, wenn man ihm nicht sofort, sondern erst ganz allmählich die bundesstaatlichen Rechte gab. Seit 74 trat also an Stelle der Herrschaft der dt. Regierung die des R. Zwar durften sich die E.-L.er noch nicht selbst beherrschen — hatten sie das je in F. dürfen? —, aber sie waren nicht mehr politisch mundtot, sie hatten nun eine Vertretung im R.T., wie sie eine solche vorher im frz. Parlament gehabt hatten. Die Ansicht der Fr. Z. über diese Neuerung erkennen wir am besten aus den Ausführungen über die betr. R.T.-Verhandlungen vom Juni 73 und aus den Klagen über die „Fortdauer der Diktatur", die in den nächsten Monaten und Jahren immer wieder in ihren Spalten laut wurden.

Bei der dritten Lesung stimmte die Fr. Z. ganz den klerikalen Rednern zu, die mit Recht darauf hinwiesen, „daß die E.-L.er mit der Einführung der R.V. nicht viel gewonnen haben, weil die R.V. fast gar keine freiheitlichen Rechte garantiert, die Diktatur in den inneren Angelegenheiten fortdauert und die Ungewißheit über die künftige pol. Stellung und V. des R.L. nicht befriedigt werde."[1])

Hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse, wie sie nach Ansicht der Fr. Z. seit dem 1. Jan. 1874 in „Wirklichkeit" waren und wie sie eigentlich sein sollten, führte sie aus: „Die RV. ist

[1]) 73. 171, 1.

samt einer Anzahl R.G. in Kraft, dazwischen hinein wuchert die Gesetzgebung des nap. Empire sowie eine Serie von Verordnungen des B.R., und diesem Ragout ist die Strammheit der altpr. Bürokratie zum Koch gesetzt. — Was dem Reichsland nottut, liegt klar vor Augen: Eine Landesverfassung und Landesgesetzgebung, welche der Aut. innerhalb der durch die R.V. gezogenen Schranken den freiesten Spielraum gewährt." Der R.T. sollte den B.R. „auffordern, eine Landes-V. für E.-L. auszuarbeiten und dieselbe einer zu berufenden Landesvertretung zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten". Das ist auch vom praktischen Standpunkt aus notwendig: Was hat man mit der „Diktatur und dem Zwitterzustand seit Neujahr" erreicht? Die Stimmung der Bevölkerung ist augenblicklich eine schlechtere als unmittelbar nach dem Fr. Frieden."[1]) Wie von Anfang an, läßt die Fr. Z. an den Zuständen im R.L. kaum einen guten Faden.

Von jetzt an verbindet sich mit den Angriffen auf die bestehende „Diktatur" immer mehr die positive Forderung der Weiterbildung des e.-l. Staatsrechts im Sinne des Föderalismus und der Gewährung der Aut. Im Mai 1874 schrieb die Z.: „Schon vier Jahre dauerte die Diktatur und das Präsidium mit diktatorischen Befugnissen. Man hört von keinem illegalen Schritt, den die besonnene Bevölkerung von E.-L. **gegen** die dt. Herrschaft unternommen hätte, und doch will sich D. nicht entschließen, dem Volk der Reichslande seine Selbstverwaltung ... zu geben, wie alle dt. Staaten sie besitzen. Wir wollen nicht daran erinnern, mit welcher Flut süßer Worte man z. Zt. des Krieges E.-L. überschwemmte, welche Fata morgana täuschender Hoffnungen man vor den Besiegten heraufzauberte. Die Welt weiß längst, wie falsch diese Sentimentalität war. Aber wir fragen, ob es billig handeln heiße, wenn ein gebildetes Volk, das in der Kunst, seine Wohlfahrt zu pflegen, keinem nachsteht, fortwährend in den natürlichsten Rechten verkümmert wird, mit gebeugtem Nacken statt aufrecht einhergehen muß? – Bismarck hat einmal gesagt, man solle die E. zuerst wieder E. werden lassen; dann werden sie auch wieder Dt. werden. Was ist bis jetzt geschehen? So gut wie nichts. Die e. Individualität hat keinen Ausdruck gefunden: eine e. Landesvertretung, etwa mit dem Sitze in Straßburg, würde dem R.L. die willkommenste Gabe sein; sie entspricht einem Bedürfnis, einem lebhaft gehegten Wunsch und wäre zudem kein Gnadengeschenk, sondern die Erfüllung des „fürstlichen" Versprechens ... und eines Gebotes der Billigkeit."[2]) Dieser Passus eignet sich gut, die journalist. Methode der Fr. Z. zu veranschaulichen. Wir kennen sie schon ziemlich: Zuerst wird D. vor aller Welt moralisch

[1]) 74. 63.
[2]) W.Bl. v. 10. Mai 1874.

schlecht gemacht — es ist quasi wortbrüchig — und ins Unrecht gesetzt. Dann werden die E.-L.er systematisch umworben, indem man ihren Widerwillen gegen D. nicht bloß versteht und verzeiht, sondern ihn entschuldigt und rechtfertigt. Man steift ihnen den Rücken, indem man sie lobt und reizt. Wo bleibt da der dt. Patriotismus, den die Zeitung für sich in Anspruch nahm? Wenn dann D. unleugbare Zugeständnisse macht, werden sie durch nörgelnde Kritik verkleinert oder mit der Formel von der allermindesten „Billigkeit" erledigt: Die Dt. geben ja den E.-L.ern nur, was diese recht und billig fordern können. Darum haben sie in solchen Fällen mit Recht keinen Anspruch auf Dank. Die E.-L.er brauchen sich dafür nicht erkenntlich zeigen, sie wären töricht, wenn sie es täten und würden ihrer Würde noch etwas vergeben.

## C. Die Parteien des R.L. und die erste Reichstagswahl.

### 1. Die Anfänge der Autonomistenpartei.

Um die Haltung der Fr. Z. zum parteipolitischen Leben und Treiben in den R.L. beurteilen zu können, müssen wir uns etwas eingehender mit Wesen und Entwicklung der beiden e.-l. Hauptparteien, der Protestler und Autonomisten vertraut machen. Ueber die Parteiverhältnisse im E., speziell im Unter-E. und in Straßburg, berichtete ein ausführlicher Straßburger Artikel vom 4. Dez. 1873.[1]) Er stammte vermutlich aus der Feder des Str. Journalisten Schneegans, der, wie wir aus seinen Memoiren[2]) wissen, 1873 aus Lyon in seine Vaterstadt zurückgekehrt war und dort für eine Klärung der pol. Lage im Sinne der späteren Aut.-P. wirkte, wobei er anfangs auch in die Fr. Z. schrieb. Dem Artikel ist als Anmerkung der Redaktion beigesetzt: „Wir geben dieser Stimme aus dem E., welche jedenfalls die Ansicht eines bedeutenden Teiles der Bevölkerung vertritt, gerne Raum, wenn wir auch nicht mit dem ganzen Inhalt des Art. einverstanden sind". Dies ist ein Fall, der die Regsamkeit und das redliche Bemühen der Fr. Z. zeigt, die Dinge im R.L. dem dt. Publikum in objektiver Weise vorzuführen. Sie läßt die E. selbst zu Wort kommen. Der Verfasser steht auf dem Standpunkt, daß sich die e. Parteiverhältnisse nun zugunsten der aut. Richtung Klein umbilden werden, infolge des nahe bevorstehenden Endes der Diktatur, der traurigen Zustände in F. und der Rückkehr einer ziemlichen Anzahl ausgewanderter E.er Dann schildert er, gleich nach dem Kriege hätten sich die einflußreichsten Männer um das „Banner der e. Interessen" geschart mit dem Gedanken: „Frankreich ist für uns verloren, arbeiten wir weiter auf der neuen Bahn, auf welche uns der Fr. Frieden geworfen hat; seien wir Elsäßer!"

[1]) 73. 338, 2.

[2]) Aug. Schneegans, Memoiren S. 210 ff.

Bald aber seien diese Männer durch die verleumderische Agitation der Flugschriften der Ligue d'Alsace und die mißliche dt. Verwaltung um jeden öffentlichen Einfluß gebracht worden. „Von Paris ging natürlich die Parole aus, sie zu Verrätern zu stempeln." Diese Parole ging „wie ein Laufffeuer durch das Land." „Hätte die dt. Regierung auch nur die geringste pol. Fühlung gehabt mit dem e. Geiste, so wäre sie sofort den Wünschen dieser Partei zuvorgekommen; sie hätte den Machthabern im E. die Weisung erlassen,.... alle möglichen Zugeständnisse zu machen, sich in allen kommunalen und provinziellen Angelegenheiten möglichst freiheitlich zu zeigen; sie hätte ferner die franz. Sprache in den Landesteilen nicht verpönt; sie hätte endlich gar nicht daran gedacht, pol. Eide zu verlangen; und so hätte diese e. Partei festen Fuß fassen können."... „Wie ganz anders die Reg. zu Werke ging, das brauche ich nicht noch zu erzählen. Es geschah alles, um diese Männer zu entmutigen, alles, um die Bevölkerung auf die entgegengesetzte Seite zu treiben."[1]) Um das Wesen dieser els. Partei zu kennzeichnen, führen wir noch folgende Sätze an: „Im Els. Journal, dem Organ dieser El. Partei, wurde zum ersten Mal das Losungswort gesprochen: Wir sind weder frz. E.er noch dt. E.er, sondern els. E.er." Also eine scharf partikularistisch eingestellte Partei, nicht dt.freundlich, aber mit innerlicher Absage an Frankreich. Ferner: „Daß die Partei republ. gesinnt ist, das bezweifeln Sie keinen Augenblick; ist es doch die ehemalige republ. Partei. In ihr werden die verschiedenen Gruppen der parl. Linken einen starken Verbündeten finden, die Nat.-Lib. aber und Ultramontanen einen entschiedenen Gegner." „Von einer herzlichen Freude an der neuen Sachlage kann damit natürlich nicht die Rede sein; das wird aber D. auch nicht von uns verlangen. Aber es kommt sozusagen ein „Sich-fügen" und ein Zusammenarbeiten mit denjenigen dt. Elementen, welche am nächsten stehen zu unseren früheren frz. lib. und demokr. Verbündeten. Oder noch besser: es entwickelt sich im E. ein Kosmopolitismus, welcher von den verschiedenen Nationalitätsansichten absieht, in pol. Hinsicht sich nur noch zu den großen und weltgeschichtlichen Freiheits- und Fortschrittsprinzipien bekennt und sodann, was das E. anlangt, sich der Pflege eines lokalen Partikularismus widmet. Ob dt. oder frz., das wird nicht mehr die Frage sein; aber ob e. und demokr., oder ob pr. und nat.-lib. oder auch ultramontan."[1]) Die Absicht, die dem Verfasser die Feder zu diesem Artikel in die Hand drückte, war natürlich eine parteipolitische: der gegnerischen Protestpartei Lauth sollten die Leute abspenstig gemacht werden. Dann war der Artikel vermutlich auch etwas auf die Fr. Z. berechnet, um ihm die Aufnahme zu sichern. Aber was da verfochten wurde, mußte doch die Fr. Z.

[1]) 73. 338, 2.

so wie wir sie kennen lernten, hoch erfreut haben. Wir vermuten zunächst, daß sie sofort einen Freundschaftsbund mit der el. Partei geschlossen habe. Sie war partikularistisch wie sie selbst, ganz republ., preußenfeindlich und ein abgesagter Gegner der Nat.-Lib. wie auch Ultramontanen. Dazu erkannte sie den Fr. Frieden an, so daß ein dt. Blatt mit dieser Partei wohl arbeiten konnte. Weiter nahm diese auch kein Blatt vor den Mund und kritisierte die dt. Verwaltung schonungslos. Oder sollten wir die Fr. Z. schon so gut kennen, daß wir nicht mehr an einen Anschluß an die els. oder Auton.-Partei glauben mögen? Wir wissen, sie war nicht nur demokr.-republ. und antipr., sie war auch frz.-freundlich. Wenn wir den Charakter der Protestpartei vollends erfahren haben, so werden wir erkennen, daß in der Stellungnahme der Fr. Z. zu den beiden e. Parteien die Probe auf unser Exempel gemacht wird. Hier sind wir auf den Prüfstein gestoßen, der uns belehrt, ob die Fr. Z. franzosenfreundlich war und ermessen läßt, in welchem Maße sie frz. Sympathien besaß.

Zur Vervollständigung der Skizze von der Aut.P. führen wir noch ihr Parteiprogramm an, wie es die Fr. Z. schon am 10. September 1873 aus dem „Elsäß. Journal" abdruckte: „Sie will unseren Bevölkerungen ihren besonderen Charakter zurückgeben und ihn von der dt. Reg. anerkennen lassen. Ihr Ideal wäre die Gründung einer autonomen Republik E." Da das nicht zu machen ist, „so verfolgt sie auf der Grundlage des Fr. Vertrags, die Konstituierung des E. zu einem so viel wie möglich selbständigen Staat unter der Oberhoheit des .... dt. R. Sie verlangt für das E. das Recht wie alle übrigen Staaten D.s, sich Gesetze zu geben, die keine R.G. sind, einen Landtag und Minister zu haben. In einem Wort, die rein els. Partei erleidet und nimmt gezwungenerweise die durch den Krieg und den Friedensvertrag geschaffene Lage an und sucht daraus den bestmöglichen Vorteil für das E. zu ziehen."[2]) Bis auf den letzten Satz, wo die els. Partei bekennt, daß sie F. endgültig hinter sich geworfen habe und ganz neu anfangen wolle, drückt das Programm genau die Forderungen und Wünsche der Fr. Z. bezüglich E.-L. aus, wie wir noch sehen werden. Was hält die Fr. Z. zurück, sich der Aut.-P. anzuschließen, sie im R.L. und im R. zu unterstützen? Ihr Demokratismus sicherlich nicht. Haben etwa die Autonomisten ihre Zuneigung verscherzt, weil sie mit F. so energisch brachen?

[1]) 73. 338, 2.
[2]) 73. 253, 1.

## 2. Die Protestpartei und die Haltung der Fr. Z.

Wenige Tage vor der Reichstagswahl vom 1. Febr. 1874 setzte sich ein dt. Demokrat während eines Aufenthaltes in Kolmar in zwei langen Artikeln mit dem e.-l. Parteiwesen grundsätzlich auseinander. Dabei kennzeichnete er den Charakter der drei r.l. Parteirichtungen, der „prinzipiellen" unter Lauth, der Partei der Opportunitätspolitiker unter Klein und der Ultramontanen unter dem Bischof Räß von Straßburg erschöpfend: „Die radikale Partei, welche Lauth, Teutsch usw. als Kandidaten aufstellte, betont in erster Linie eine reine Prinzipienfrage, die Berechtigung oder Nichtberechtigung der A. Sie beschäftigt sich mit einem Fundamentalsatz des Völkerrechts; sie streitet um ein ideales Gut. Erst in zweiter Linie will sie den Angelegenheiten des täglichen Lebens, den materiellen Interessen, ihre Aufmerksamkeit zugewendet wissen."[1]) Die ganze Charakterisierung der Protestpartei ist bezeichnend für das doktrinäre und prinzipielle Denken des Demokraten. Den tiefsten Beweggrund zur Diskussion vom „Fundamentalsatz des Völkerrechts" nennt der Demokrat nicht: Die nationale Vorliebe für F., das Widerstreben gegen die Losreißung von F. und die Einverleibung ins dt. R. und der Wunsch, in den frz. Staatsverband zurückzukehren. Das Wesentliche an der Protestpartei ist, daß sie innerlich an F. festhält aus Vorliebe für F. und aus Abneigung gegen D. Wir hören den Verfasser weiter über die Auton.: „Die speziell els. Partei dagegen kehrt gerade die materielle Seite hervor und nennt es nutzlos, angesichts der vollbrachten Tatsachen für verletzte Prinzipien zu remonstrieren. Die gegenwärtige Situation ist von uns nicht gewollt, sagt sie, aber schicken wir uns darein und suchen wir sie so gut auszunützen als es möglich ist."[2]) Der in Sachen nationaler Gefühle vermutlich flau empfindende Politiker übersieht wieder das für unsere Untersuchung entscheidende Moment: die Auton. haben den inneren Widerstand gegen die dt. A. aufgegeben. Sie haben sich von F.s Staat und Nation losgerissen. Endlich zur klerikalen Partei: „Die Ultramontanen betrachten die Elsaßfrage im Lichte ihres Kirchenglaubens. Ob sie ernstlich für den status quo eintreten werden, ich weiß es nicht und möchte es bezweifeln. Versatiler als die liberalen Parteien schert sich der Ultramontanismus wenig um Fragen, wie die vorhandenen; er sucht sich zurechtzubetten und wird leicht heimisch auf jedem Territorium. Frz. gesinnt sind die Ultram., solange F. der Kirche bessere Dienste leistet als D.; dt. werden sie sein, sobald sie in D. für die Kirche einen größeren Gewinn glauben erhoffen zu dürfen."[2]) Wenn diese Bemerkung richtig ist, war es um so bedauerlicher, daß der Kulturkampf damals im R. tobte; denn

[1]) 74. 28, 2.
[2]) 74. 28, 2.

dann schadete er auch der Eingewöhnung und Aussöhnung der E.-L.er mit dem dt. R. Die Sympathie des Demokraten gehört den Protestlern. Vielleicht, daß er deshalb bei der Charakterisierung oben das nat. Moment unausgesprochen ließ. Seine vom nationalen Standpunkt aus unnatürliche, seine undeutsche Parteinahme begründete der Demokrat folgendermaßen: Es ist natürlich, daß eine wider ihren Willen annektierte Bevölkerung protestiert. In jenen Zeiten, die „von demokr. Grundsätzen wenig erleuchtet" waren, war die A. ein leichtes Spiel, nicht mehr aber seit aus Untertanen Bürger geworden sind. Die Protestation der der E.-L.er hielt der Mann in großer Verblendung für den Beweis ihres hohen moralischen Wertes: „Ich möchte die Versuche, welche ein Volk macht, um seine Aut. und Selbstbestimmung zu behaupten oder zu erringen, geradezu den Probierstein für dessen Persönlichkeit, für seine Moralität, seinen inneren Wert nennen."[1]) Ein größeres Kompliment konnte man den Protestlern für ihre frz. Sympathien nicht mehr machen.

Die Fr. Z. entwickelte ihren offiziellen Standpunkt gegenüber der Wahlbewegung in E.-L. in einem L.A. vom 27. Jan. 1874: „Wir sympathisieren mit den radikalen Kandidaten, aber wir meinen, daß es mit dem Protest gegen die A. allein nicht getan ist, daß die Abgg., wenn sie sich dessen entledigt, für die Aut. des E. kräftig eintreten und die Klagen und Beschwerden des Landes offen zur Sprache bringen sollen. Gegnerischerseits kämpft man gegen die Protestkandidaten um des Protestes willen und begünstigt die Bewerber der sogen. els. Partei, die das Vergangene vergangen sein lassen wollen. Sie sind Kandidaten nach dem Herzen der Reg.... Die Reg. handelt dabei nach ihrer Politik ganz richtig, ebenso natürlich ist es aber, wenn die Demokr. Partei, die für sich selbst im Jahre 1870 trotz des Belagerungszustandes im Reich in Anspruch nahm, gegen die A. sich auszusprechen, es den E.-L.ern selbst, da sie zum ersten Mal frei zu Wort kommen, nicht verargen darf, wenn ihr erstes Wort ein entschiedener und feierlicher Protest ist."[2]) Aus dem Artikel geht hervor, daß die els. Partei oder die Auton. der Fr. Z. unbehaglich sind. Sie lehnt sie ab aus Widerspruchsgeist gegen die dt. Reg. Dann findet es das demokr. Blatt doch für nötig, sich wegen seiner radikalen Parteinahme zu entschuldigen und sagt, es tue dies um der Konsequenz seiner demokratischen Haltung willen. Daß dabei auch noch gefühlsmäßige Momente, die Vorliebe für franz. Wesen im allgemeinen mitwirkten, können wir nach allem, was wir bisher über die Z. erfahren haben, mit Recht vermuten.

Hinsichtlich des Protestes selber lesen wir in einer Kolmarer Korresp.: „Gegen die rechtliche Natur des Protestes ist also nichts

[1]) 74. 29, 2.
[2]) 74. 27, 1.

zu sagen, und daß derselbe auch eine moralische Bedeutung hat, wird ebensowenig zu bestreiten sein."[1]) Auf die Frage, welche „pol. Konsequenzen" der Protest habe und ob er eine Enthaltung von den Debatten des R.T. und den Angelegenheiten des R. notwendig mache, antwortete sie: „Mit nichten. Selbst wenn man eine durch Gewalt geschaffene Lage nicht anerkennen will, ist man deshalb noch keineswegs gezwungen, zum „passiven Widerstand" überzugehen. Wenn die Prinzipien selbst durch die pol. Betätigung verletzt würden, dann wäre die letztere entschieden zu verwerfen; aber das geschieht nicht im entferntesten. Wenn ich nicht mehr das Feld beherrsche, das mein war, so verfechte ich meine Rechte von dem letzten Zipfel aus, der mir geblieben ist." Diese Sätze sind merkwürdig gewunden und unklar. Was die Z. an politischen und mat. Sachverhalten hinter dem nichtssagenden formalen Begriff „Prinzipien" verdeckt, ist schwer zu vermuten. Wahrscheinlich tut der Verfasser des Artikels schwer daran, die Prinzipien der Protestpartei, das sind doch zweifellos ihre französischen Sympathien und ein unversöhnlicher Haß gegen D., zu verhüllen, um der dt. Zeitung selbst keine handgreifliche Blöße zu geben. Den Protest selbst aber vermag das Oppositionsblatt nicht nur den E.ern nicht „verargen", sondern ist erfreut darüber, daß er, wenn auch keine pol. Bedeutung, so doch mindestens eine „moralische Bedeutung" haben wird. Das kann natürlich nur meinen: Die Sache der Frz. bei der A.frage wird gestärkt und D. dafür nochmals gründlich vor aller Welt an den Pranger gestellt. Daß so etwas die Fr. Z. mächtig freuen mußte, nimmt uns allem nach nicht mehr wunder. Nochmals versichert diese den els. Demokraten, sie brauche das Bedenken nicht zu quälen, als sei „die Ausübung des Wahlrechts ... eine Preisgabe ihrer Prinzipien." Und sie gibt noch einmal deutlich zu verstehen, daß der Protest ihres Erachtens „eine wichtige tatsächliche Folge" nicht haben wird; aber „er wird eine moralische Sentenz sein, die als solche Wert hat und deren Wert noch erhöht wird durch den Umstand, daß sie nicht ein Einzelner, nicht eine Schule oder Akademie ausspricht, sondern eine ganze Bevölkerung. Wenn aber durch den Protest dem Gewissen Genüge getan ist, so hindert nichts, auch nach materiellen, greifbaren Vorteilen zu trachten."[2]) Daß die Abgabe eines Protestes D. ziemlich peinlich und unbequem war, weil er gleichsam den Stab über die dt. Politik von 1870/71 brach, das war der Fr. Z. wohl bewußt. Eben darum wünschte sie ihn herbei. Ein zweiter Grund, die Protestpartei zu unterstützen. Warum die Fr. Z. den Gesichtspunkt der materiellen Vorteile, wenn auch erst an zweiter Stelle nach dem Protest, doch sehr unterstrich und alle hemmenden Bedenken zerstreute, werden wir weiter unten erkennen.

[1]) 74. 29, 2.
[2]) 74. 29, 2.

Die Z. hatte nämlich an der franz. Protestpartei einen beträchtlichen Punkt auszusetzen: ihre Parteitaktik, wobei sie sich von zwei Gründen bewegen ließ. Sie befürchtete, daß die Protestler auch im Falle der R.T.Wahlen die wirksamste Form der Protestation in der völligen Wahlenthaltung sehen könnten. Dann würde zwar am Ende eine ganz minimale Wahlbeteiligung herauskommen; aber es würden auch keine Protestkandidaten in den R.T. gelangen, sondern gemäßigte Elemente und dann war es aus mit einer feierlichen Protestkundgebung. Darum bekämpfte die Fr. Z. die Abstention als politische Torheit mit der größten Zähigkeit: „Das Fernbleiben von der Wahlurne", so bedeutete das Blatt den E.-L.ern, „hat in den meisten Fällen verhängnisvolle Folgen. Man räumt der Gegenpartei das Feld ein, versäumt es, die eigene Partei zu organisieren und beisammen zu halten und verzichtet auf die parlam. Tribüne, von welcher aus eine nachdrucksvolle Propaganda der Ideen vor aller Welt geführt werden könnte."[1]) Von der Abstention befürchtete einmal die Fr. Z. den möglichen Zerfall der Protestpartei, was sie also gar nicht gewünscht und begrüßt hätte. Darin befand sie sich gewiß im Gegensatz zu allen anderen Parteirichtungen D.s; aber ihr besonderer demokr. Patriotismus und ihre frz. Sympathien machten ihr solch eine im Grunde undeutsche Haltung leicht möglich. Dann hätte die Z. es auch bedauert, wenn mit dem „passiven Widerstand" bei den R.T.Wahlen, der Abstention, für die dt. Regierung die angenehmere Lösung der Protestation zustandegekommen wäre, sofern stillschweigendes Trotzen weniger Aufsehen in der Oeffentlichkeit machte als die Befreiung des verletzten els. Gewissens in von frz. Sympathien triefenden und ebenso lächerlichen wie nichtswürdigen Schmähreden der Protestler im R.T. Es war doch ein Prinzip der Fr. Z., der damaligen dt. Reg. das Leben möglichst sauer zu machen. Dann hoffte die Z. schließlich auch noch auf einen persönlichen Nutzen, die Verstärkung der kleinen demokr. Opposition im R.T.

Schon aus parteilichen und parlam. Interessen konnte also die Fr. Z. die els. Partei nicht unterstützen. Wiewohl aus der ehemaligen frz. republik. Partei hervorgegangen, traute sie ihr doch nicht recht, daß sie die gewünschte zuverlässige und genügend rücksichtslose Verstärkungspartei werden könnte, weil sie Miene machte, mit der Reg. zu paktieren. Und die Fr. Z. sah auch richtig voraus, daß die els. Partei ins nat.-lib. Fahrwasser geraten müsse, weil sie anders in den siebziger Jahren im R.T. nichts ausrichten konnte. Den Nat.-Liberalen war aber das demokratische Organ am unfreundlichsten gesinnt als den treuen Dienern des herrschenden Regimes, den unerschütterlichen Träger des abscheulichen Gouvernementalismus im R.T. Dagegen rechnete

[1]) 73. 208, 1.

die Fr. Z. damit, daß die Protestler, Lauth und Konsorten, ihr dt.feindliches „Prinzip" vor zu großer Nachgiebigkeit und allzu leichter Versöhnlichkeit bewahren würde. Ihnen galt denn auch folgende Mahnung der dt. Demokratie: „Mögen die demokr. Protestkandidaten die Hoffnung, welche viele in sie setzen, nicht zu schanden werden lassen! Was sie im Bund mit den dt. Oppositionellen im R.T. für die Freiheit der Presse, der Versammlungen, für die Herabsetzung der Dienstzeit und zum Schutze des allgemeinen Stimmrechts, was sie für den konfessionellen Frieden, für das materielle Wohl der niederen Bevölkerungsschichten tun, das haben sie dem E. zuliebe getan. Das ist wenigstens eine tröstliche Seite der Situation, daß, was im R. die Freiheit gewinnt, auch immer dem E. zugute kommen muß." [1])

### 3. Die Bedeutung der Wahlergebnisse.

Wie bekannt, fanden die Wahlen [2]) am 1. Februar 1874 statt. Ihr Ergebnis war — die Fr. Z. hatte es zutreffend geweissagt —, daß die Aut.-P. überall unterlag. Von den fünfzehn Abgeordneten waren zehn Ultramontane, darunter die Bischöfe von Straßburg und Metz; die übrigen waren frz. gesinnte Protestler. Die Wahlbeteiligung war gut gewesen, und die Fr. Z. hatte die Genugtuung, daß ihr Rat hinsichtlich des Verzichtes auf die schädliche Abstention befolgt worden war. Als die große, orakelhafte Entscheidung im R.L. gefallen war und die Fr. Demokratie endlich einen ihrer Wünsche erfüllt sah, da war der Jubel groß, noch größer der Triumph über die enttäuschte nat.-lib. Presse. Am größten jedoch war die Sündenpredigt, die die Z. an eine bekannte Berliner Adresse richtete.

Ein L.A. vom 6. Febr. enthüllte dem Publikum die weltgeschichtliche Bedeutung dieses e. Wahlergebnisses: „Die Stimme eines ganzen Volkes zwingt auch denen Achtung ab, die sich sonst gern über die Volkssouveränität hinwegsetzen .... Eine Bevölkerung von anderthalb Millionen Seelen, eine Bevölkerung, deren Intelligenz und moralische Vorzüge niemand in Zweifel ziehen kann, hat ihr Verdikt gegen das Eroberungsrecht gefällt und es laut ausgesprochen, daß sie von anderen Anschauungen erfüllt ist, als die Praktiker einer mit dem Bildungszustand der heutigen Menschheit unverträglichen Staatskunst." [3]) Wir weisen wieder auf die schmeichelhafte Belobung der E.er hin und beachten die alte Methode der moralischen Verdächtigung der Bismarck'schen Politik. Wenn man der Oeffentlichkeit nicht plausibel machen kann, daß sie falsch war, so muß man sie eben für moralisch bedenklich und unkultiviert ausgeben. Vielleicht wirkt das besser.

[1]) 74. 29, 2.
[2]) Schultheß, Europ. Geschichtskal. 1874, S. 59.
[3]) 74. 37, 1.

Abermals unterscheidet die Haltung der Fr. Z. sich wenig von dem genauen frz. Standpunkt in dieser Sache.

Das vernichtende Urteil über die dt. Herrschaft während der „Diktatur"periode im R.L., womit die Fr. Z. im Leitartikel zum 15. Febr. zu einem gewaltigen Hieb gegen den R.K. ausholte, lautet im Auszug wie folgt: „Das also ist die Frucht der dreijährigen Diktatur, daß von 315 000 eingeschriebenen Wählern nicht ein Zehntel.... mit der neuen Lage der Dinge, und auch dieses Zehntel nur sehr bedingt, einverstanden ist! Was mußten wir nicht alles hören von dem Glück der überrheinischen Brüder, wie schrieben sich nicht begeisterte und bezahlte Skribenten die Finger wund, um unserm Publikum vorzuspiegeln, daß das „schöne E." nun wirklich ein hortus deliciarum..... sei. Sie behaupteten keck, die Vorteilhaftigkeit des neuen Regimes müsse die härtesten Herzen erweichen, und wenn jemand dagegen Vorstellungen zu machen wagte, wenn wir im Interesse der annektierten Bevölkerung und um D.s Ehre zu wahren, die Wahrheit sagten, die Mißbräuche der Gewalt tadelten, zu verständigem Vorgehen und tüchtigen Reformen rieten, wie schrie da nicht jener groteske Haufe, der meint, des Patriotismus charakteristisches Merkmal sei ein lautes Geschrei, über Reichsfeindschaft und Landesverrat. Tu l'as voulu... Welche Rücksicht hat der Eroberer dem Unterworfenen gegenüber geübt, von der man sagen könnte, sie sei wirklich lobenswert? Was hat man im Grund getan, um den Schmerz zu lindern, den die traurigen Ereignisse des Kriegsjahrs verursacht haben? Man besaß nicht Achtung genug vor den Gefühlen der Familien, um ihre Söhne nicht sofort in die Armee zu stecken; statt einige Jahre zu warten, führte man die Konskripte mit Hast und unnachsichtlich durch. Die Optionsfrage wurde eine Quelle vieler Klagen, weil die Reg. unnötigerweise mit Strenge gegen die Zurückkehrenden vorging. Was von dem dt. R.T.Abgeordneten nicht gefordert wird, daß er einen Treueid schwöre, das wurde von dem e. Kreis- und Bezirkstagsmitgliede verlangt. So brachte man die Gewissen in Konflikt, die Bürger in Aufregung und lieber, als daß man diese Repräsentationen sogleich und ungehindert ihre Pflicht ausüben ließe, verlor man Wochen und Monate, nur damit die Marotte, Administrativbehörden aus lauter, den Eid leistenden Personen zu bestellen, nicht aufgegeben werden müsse. Uebereifrig wurde die Germanisierung betrieben. Die Willkür legte es darauf an, den E.ern auch die dt. Sprache zu verleiden, indem sie.... den Sprachzwang früher als ratsam einführte. Wieviel der Presse erlaubt wurde, davon legen verschiedene Verbote des Zeitungsverkaufs Zeugnis ab; wie wohl sich Gesellschaften und Vereine befunden haben, darüber wissen wir ein mehreres aus den Akten des Leipziger Oberhandelsgerichtes in betr. eines Vorganges in Mühlhausen... Daß aber nicht nur die Germanisierung über die Maßen pressierte,

daß man borussifizieren wollte, das möchte .... am besten die Absetzung des Maires[1]) von Straßburg (E. Lauth)[2]) beweisen, eine Handlung, zu der gar keine Nötigung vorlag ... Zu guter Letzt wurde auf die Wahl gedrückt, die Kreisdirektoren spielten die Rolle der frz. Präfekten und als triftigstes Argument gegen die Protestkandidaten verwertete man die Drohung, eine Protestation würde die Einverleibung in Pr., die Zurückforderung der Kriegsentschädigungen usw. nach sich ziehen. — Wer so schaltet und waltet, darf sich nicht wundern, wenn er nun wahrnimmt, daß er keine Sympathien erworben hat. Er darf auch nicht die Schuld auf die Verstocktheit der anderen schieben, sondern tut besser, mit dem Sprüchlein „mea culpa, mea maxima culpa" sich an seine eigene Adresse zu wenden."[3]) Also D. ist ganz allein selber schuldig an der feindseligen Stimmung der E.-L.er. Daß das aber eine falsche Behauptung ist, wissen wir schon längst. Es sei nur auf die Hetzereien und Wühlereien der Ligue d'Alsace mit ihren schändlichen Flugblättern hingewiesen.[4]) Nachdem der Leitartikler kaum einen guten Faden an der Verwaltung und Politik im R.L. gelassen, meint er zum Schluß, es sei jetzt der geeignete Anlaß, zu überlegen, „was D. der Bevölkerung des R.L. und der Gerechtigkeit schuldig" sei.[5]) Der Kampfstil der Fr. Z. ist semper idem: D. wird ins Unrecht gesetzt, d. h. die E.-L.er sind entrechtet und D. handelt ungerecht an ihnen. Was für das R. notwendig und zweckmäßig ist, darnach wird nie gefragt.

Diesem trostlosen Kommentar zum e. Wahlausfall bezüglich der heillosen dt. Wirtschaft im R.L. halte man nun folgende Notizen und Urteile aus den Spalten der Fr. Z. selbst gegenüber, um die Größe ihrer Aufbauschungen und halbwahren Verallgemeinerungen zu ermessen. Im Sept. 1871 schrieb eine Straßb. Korrespondenz über den dt. Generalgouverneur: „An guten Absichten hat es dem Grafen von Bismarck-Bohlen keineswegs gefehlt."[6]) Ueber den Oberpräsidenten Eduard v. Möller brachte die Fr. Z. im Februar 1872 eine Notiz, wo es hieß: „Man hat auch Ursache, im allgemeinen mit beiden (gemeint sind die Militär- und Zivilverwaltung des R.L., speziell Straßburgs) zufrieden zu sein. Das Regiment wird besonders von letzterer in humanster Weise ausgeübt, denn ein einsichtsvoller Beamter, der die Verhältnisse richtig zu beurteilen weiß, steht an der Spitze derselben. Immer natürlich vom Standpunkt, den er einnehmen muß, tut er redlich, was in seinen Kräften steht, auszugleichen, zu be-

[1]) Man beachte auch den frz. Fachausdruck Maire vom Bürgermeister von Straßburg.
[2]) Vgl. A. Wahl, Deutsche Geschichte 1871—1914 Band I, S. 309, Die „Affaire Lauth".
[3]) 74. 46, 7.
[4]) Vgl. die Studie von G. Wolfram über Eduard v. Möller.
[5]) Vgl. Anm. 3).
[6]) 71. 251, 2.

schwichtigen, zu versöhnen. Ob ihm letzteres gelingt, muß freilich von jedem, der Land und Leute kennt, stark angezweifelt werden. Indessen wir sehen den guten Willen, der ist wenigstens vorhanden."[1]) Von dem nachfolgenden Urteil eines frz. Korresp. des „Journal de Déb." sagte die Fr. Z. 1872, daß der Verfasser zwar „die unwandelbare Anhänglichkeit der Elsäßer an F." betone, aber auch „der gegenwärtigen Regierung Gerechtigkeit widerfahren" lasse: „Man hat sich über die dt. Herrschaft gerade nicht zu beklagen. Soviel ich nach einigen Tagen urteilen kann, so scheint mir die pr. Administration im E. vernünftig und durchaus nicht vexatorisch. Sie ist selbst toleranter, als wir (die Franzosen) es sein würden, wären die Rollen umgekehrt. Die frz. Journale dürfen frei zirkulieren und unsere Nationalfarben sind überall zu sehen, obwohl sie offenbar ein Zeichen der Opposition sind. Auch hinsichtlich des Jahrestages von Wörth erkennen die Einwohner selbst an, daß derselbe mit großem Takt begangen und ihre Gefühle respektiert wurden."[2]) Wie diese Nachrichten mit obigem Register von lauter Mißgriffen zusammenstimmen sollen, können wir nicht ausmachen. Auf alle Fälle wird der dt. Regierung hier gerade das zugute gehalten und rühmend nachgesagt, was ihr die Fr. Z. dort durchgehends vorwirft: guter Wille, Zurückhaltung, Nachsicht und Langmut. Doch dürfen wir den Widerspruch nicht zu schwer nehmen. Wir kennen die Fr. Z. einigermaßen: Die dt. Regierung in E.-L. und sonstwo mochte tun, was sie wollte, wenn es nicht nach dem Kopf der Demokratie ging, und das war erklärlicherweise selten genug der Fall, so mußte diese alles in übler Weise tadeln.

### 4. Demokratische und deutsche Politik.

Wir geben im folgenden eine zusammenhängende Charakterisierung des Verhältnisses der Fr. Z. zum Parteiwesen in E.-L. Zunächst fällt einem auf, daß die Zeitung sich über den Sieg der dt.-feindlichen Partei freute und gleichzeitig der dt. Regierung schwerste Vorwürfe darüber machte, daß sie diesen ihr so sehr genehmen Wahlausfall verschuldet hätte. Um die Fr. Z. zu rechtfertigen oder mindestens zu erklären, könnte man, wie folgt, argumentieren: Das Blatt freute sich über das Ergebnis vom 1. Februar, weil es seine Ansichten über E.-L. bestätigte. Es tadelte die Regierung, weil es diese an dem Triumph des antidt. Elementes schuldig glaubte. Eine unbedingte Freude an den Wahlen konnte die Fr. Z. als dt. Blatt nicht empfinden, weil ihr dies durch ihren Patriotismus selbstverständlich verboten wurde. Diesen Gedankengang aufstellen, heißt schon ihn verwerfen. Wie uns die Fr. Z. bisher entgegentrat, nimmt einen dies nicht mehr

[1]) 72. 59, 3.
[2]) 72. 227, 1.

wunder. Nur noch einen Augenblick kann man stutzen bei ihrer scharf ablehnenden Haltung gegenüber der Aut.-Partei. Wie die Fr. Z. den Fr. Frieden nolens volens nicht mehr in Frage stellte, — weil sie sonst mit den dt. Strafgesetzen in Konflikt geraten wäre — so auch die Aut.-P. Diese bekannte sich unverhohlen zu republikan. Idealen und verkündete laut, daß sie die oppos demokr. Linke im R.T. verstärken werde. Mit rückhaltloser Schärfe kritisierte sie die dt. Verwaltung des R.-L., sodaß sie letzterer recht unbequem wurde. Sie erstrebte die Verwirklichung der Autonomie in Form eines Bundesstaates mit Landesreg., Vertretung im B.R. und repräs. Landesvertretung. Genau das, was die Fr. Z. für E.-L. auch forderte. Dazu fielen, sollte man denken, bei den Auton. die für eine dt. Z., und wäre sie noch so opposs. Natur, unangenehmen Züge der Protestpartei, ihr kaum verhüllter Dt.haß und ihre Frz.freundlichkeit weg. Man sollte meinen, die Fr. Z. hätte sich der Auton.-P. anschließen müssen. Warum hat sie sich auf die Seite der Protestler geschlagen? Konnte sie die e. Partikularisten ablehnen, weil sie nicht die Mehrheit der r.l. Bevölkerung hinter sich hatten? Nein. Denn die Fr. Z. konnte von sich selbst nicht behaupten, daß sie für ihre demokr. Ansichten eine solche in D. besaß. Weil sich die Auton. am öffentlichen Leben beteiligten, statt die Wahlenthaltung zu proklamieren? Nein; denn die Z. plädierte selbst für Aktionspolitik und hielt die Abstention für eine Torheit. Etwa weil sie Autonomie erstrebten? Auch nicht; denn das war das eigene Ziel der Fr. Z. Dann lehnte die Z. die Auton. Partei also ab, weil sie auf den Protest verzichtete, weil sie nimmer länger Franzosen, sondern zunächst einmal nichts als E.er sein wollten; dann noch, weil die Autonomisten mit der Berliner Reg. paktierten und sich für die Dt. zugänglich zeigten, um dadurch möglichst viele Vorteile für das E. herauszuschlagen. Die Fr. Z. fürchtete bei den Auton., sie möchten von der demokr. Opposition zu den Nat.-Lib. überlaufen, sie könnten aus ehrlichen E.ern einmal zu ehrlichen Dt. werden. Was ganz D. wünschte, gerade das war also der Fr. Z. im Grunde unerwünscht. Da sie die E.er alle als gute Frz. im Kopfe hatte, so mißtraute die Z. der sog. „rein els. Partei", wie sie höhnisch bemerkte. Sie legte ihre Politik, wie wir noch sehen werden, werden, darauf an, die Aut.-Partei im E. schlecht zu machen, sie als charakterlos, prinzipienlos und materialistisch hinzustellen. Sie neigte dazu, sie als Renegaten und Verräter zu sehen, als was sie im E. auf Pariser Wink hin gebrandmarkt wurden. Es überrascht uns nicht, daß sich die Fr. Z. so leicht und vollkommen mit der frz. Betrachtungsweise gleichsetzen konnte. Die Aut.-Partei war der Fr. Z. von Anfang und von Grund auf zuwider und unsympathisch. Sie lehnte sie ab, aber nicht aus Gründen der Gegensätzlichkeit der beiderseitigen sachlichen Ziele in Dingen der praktischen Politik des R.L.; da stimmten ja beide weitgehend

überein. Dazu wurde die Zeitung vielmehr durch ihren Demokratismus und ihre ausgeprägte pol. Vorliebe für die Frz., ihre Geschichte und ihren Staat getrieben. Wenn ihre dt. Gesinnung wacher und verantwortungsbewußter gewesen wäre, hätte sie einen feierlichen Protest nicht so lebhaft wünschen können. Denn dieser nützte niemals D., auch nicht dem R.L., da es nun einmal dt. war und es vielleicht lange oder gar immer bleiben mußte. Aber er schade der dt. Regierung; das war entscheidend wichtig für die Fr. Z., und wir begreifen leicht, daß sie bei ihrem freundschaftlichen Verhältnis zu F. leicht über die Tatsache hinweg kam, daß sie wohl oder übel zu Gunsten Frankreichs wirkte. Dt. Politik kann man das schwerlich nennen. In der e.l. Politik wollte sie genau das verwirklicht sehen, was Bismarck unter allen Umständen zu verhindern suchte: einer Mehrheit von frz. Protestlern in der Landesvertretung die deutschen bundesstaatlichen Rechte in die Hand geben. Alles das kann immer nur das gleiche beweisen, daß demokratischer Oppositionsgeist, Frankfurter Preußenfeindlichkeit und starke französische Sympathien die Fr. Z. im Elsaßproblem zu einer pol. Stellungnahme veranlaßten, die der dt. Politik im R.L. weitgehend ungünstig war.

### D. Der Protest der Elsaß-Lothringer im Reichstag.

Ueber die Vorgänge bei den R.T.Sitzungen vom 16. und 18. Febr. 1874 sind wir gut unterrichtet. Abgesehen von den R.T.Protokollen hat Aug. Schneegans in seinen Memoiren[1]) eine anschauliche Schilderung davon gegeben. Nach seiner Darstellung machten sich die e.-l. Abgg. im höchsten Grade lächerlich. Der „Europ. Geschichtskalender" berichtet zu diesen Daten: „Die öff. Meinung ist sich allseitig darüber einig, daß dieses erste Auftreten der E.-L.er im R.T. ein überaus unglückliches gewesen sei.'[2]) Wir skizzieren im folgenden kurz ein Bild von der Protestkundgebung, wie sie die Fr. Z. sah und beurteilte, das wesentlich anders ausfallen wird. Die Z. nahm sehr lebhaften Anteil an der Sache; denn durch sie sollte den demokr. Manifestationen gegen die A. durch die e.-l. Abgg. in feierlichem Protest die Krone aufgesetzt werden. So die offizielle Parole des Blattes. Der tiefste Grund bei ihr aber war: Hier gab es eine erstklassige Gelegenheit, das Reich gründlich zu blamieren und die Politik Bismarcks gleichsam vor der ganzen pol. Welt, im In- und Ausland in peinliche Verlegenheit zu bringen.

In einer Unmenge von tagtäglichen, spaltenlangen Artikeln und kurzen Notizen berichtete sie über die Ereignisse im R.T.

[1]) A. Schneegans, a. a. O. S. 230 ff.; s. auch A. Wahl, a. a. O. I. Bd. S. 311 ff.

[2]) Schultheß, Eur. Geschichtskal. 1874, S. 75.

ihren Widerhall in der dt. Presse, ihre Beurteilung im R.L. und setzte sich mit all dem kritisch auseinander.

### 1. Der Antrag Teutsch und Genossen.

Die r.-l. Deputierten wählten ihre Reiseroute nach Berlin über Frankfurt a. Main. Hier nahmen sie zwei Tage Station und warteten aufeinander, bis alle beisammen waren. Die Zeit benützten sie zu Vorbereitungen auf die Protestkundgebung im R.T. Am 12. Febr. 74 fand eine Zusammenkunft im Zimmer des Bischofs von Metz statt, an der sich die vier Lothringer, dazu Lauth, Reutsch und Häffely beteiligten. „Teutsch verlas den Entwurf seiner Rede und dieselbe wurde mit einigen Modifikationen einstimmig gebilligt. Tags darauf, nachdem die übrigen Abgg. eingetroffen, hielten sie eine Zusammenkunft im Zimmer des Bischofs Räß. Hier las Winterer eine sehr energische Protestation vor, die er dem Büro des R.T. zu übergeben beabsichtigte. Es wurde ihm bemerkt, das Reglement erlaube keine solche Protestation und die Annahme würde wahrscheinlich verweigert werden. Indessen kam man überein, die Protestation zu unterzeichnen, und beschloß, wenn sie nicht vorgenommen werde, einen ebenfalls von allen unterzeichneten Antrag einzureichen. Teutsch las nun den Entwurf vom Abend zuvor noch einmal ... Der Bischof von Straßburg billigte die Ausdrücke der Protestation, sowie die Erklärungen von Teutsch und „erhob nicht den leisesten Widerspruch." Nur behielt man sich vor, daß jeder auf dem Boden der patriot. Manifestation diejenigen Betrachtungen beizufügen berechtigt sei, die er für die geeignetsten halte."[1]) Während dieser beiden Tage besuchten mehrere Abgg. die Redaktion der Fr. Z.[2]) In Berlin hielten dann die E.-L.er am 15. Febr. eine weitere Zusammenkunft ab, „in der man die Protestation, weil nach dem Reglement unzulässig, fallen ließ; dagegen formulierte man den Antrag, welchen alle unterschrieben, Bischof Räß zuerst. Ueber das Vorgehen im R.T. wurde bestimmt, es solle zuerst Teutsch seine Erklärungen vorbringen, dann Winterer als Repräsentant des Oberrheins sprechen, und hernach einer der l. Deputierten, wenn es gestattet werde, in französischer Sprache sprechen. Von Räß war nie die Rede; er selbst gab niemals zu verstehen, daß er sich an der Diskussion zu beteiligen wünsche."[1])

Am 16. Febr. begaben sich die fünfzehn Abgg. in feierlichem Aufzug vom Hôtel de Rome, Unter den Linden, zum R.T. Bei ihrem Eintritt „war der Zudrang auf die Tribüne enorm. Bis weit in die Leipzigerstraße standen dichte Menschenmassen."[3])

[1]) W.Bl. v. 8. 3. 74, Metzer Korresp. v. 4. 3. über ein Schreiben von Germain, dem Abg. für Saarburg an den Moniteur universel.

[2]) Geschichte der Fr. Z. S. 234.

[3]) 74. 49, 2.

Kurz vor der Sitzung traten die E.-L.er ein, die Bischöfe in Tracht; „der Bischof von Straßburg trug das Band der Ehrenlegion im Knopfloch." „Der Protest, auf den alle Welt gewartet hatte, kam nicht." Dafür stellten die E.-L.er „einen Antrag auf ein Plebiszit[1]) im R.L."

Zu diesem Antrag äußerte sich die Fr. Z. in einem L.A. vom 19. Febr.: „Die Form .... ist an sich parlam. zulässig und man wird den Antrag diskutieren müssen."[2]) Mit einer heimlichen Schadenfreude bemerkte dies die Z. Ganz sollte es dem dt. R.T. doch nicht gelingen, sich um diese peinliche Sache zu drücken. Den ausgefallenen Protest entschuldigte die Fr. Z. gleich, das mache gar nichts aus. Denn „praktisch ist dasjenige, was die Deputierten verlangen, bereits erfolgt. Die Abstimmung vom 1. Febr. 74 hat unzweideutig erwiesen, daß das Land der Zugehörigkeit zum Reiche widerstrebt und daß die drei Jahre der dt. Diktatur an den Gesinnungen der Bevölkerung nichts geändert haben. Eine erneute Abstimmung würde nur abermals kundtun, was alle Welt schon weiß."[3])

Die denkwürdige Sitzung vom 18. Febr. 74 war ein großes Ereignis für Berlin und fand das größte Interesse in der dt. Oeffentlichkeit. Ein Berliner Korrespondent der Fr. Z., der natürlich möglichst bestrebt war, aus dem Protest eine große Sache zu machen, schrieb am gleichen Tag darüber: „Noch hat keine Sitzung des dt. R.T. seit seinem Bestehen auch nur annähernd ein so stürmisches Interesse erregt wie die heutige. Wie Mauern, Kopf an Kopf gedrängt, saß und stand die Menschenmasse auf den Tribünen; sie wogte in den Gängen des Hauses auf und ab und weit über das Trottoir hinaus bis auf den Fahrdamm der Leipzigerstraße. Auch die Sessel im Saal waren sehr vollzählig besetzt. Noch vor Eröffnung der Sitzung kam es zu einem heftigen Disput zwischen dem Präsidenten und dem Abg. Teutsch. Herr Teutsch verlangte für einen L.er .... die Erlaubnis, frz. sprechen zu dürfen. Herr v. Forckenbeck bedauerte achselzuckend auf Grund der Geschäftsordnung .... Um den Präsid. versammelte sich sofort ein großes Knäuel, die drohende Gefahr zu beschwören, Herr Löwe, Lasker, v. Bennigsen u. a. m., zeitweise auch der R.K. Nach langer Beratung trennte man sich zufrieden und der Präsident eröffnete die Sitzung. Die ersten Gegenstände der Tagesordnung wurden unter großer Unaufmerksamkeit erledigt. Dann kam der große Augenblick des Tages. Der Präsident rief den Antrag Teutsch auf; er erwähnte zugleich den Antrag bezüglich der Anwendung der frz. Sprache durch einen L.er. Das Konzil (!) hatte

[1]) R.T. 1874, Drucksachen, Bd. I Nr. 30.

[2]) 74. 50, 1.

[3]) 74. 50, 1.

in dem Art. 21 der Geschäftsordnung den Blitzableiter gefunden".[1]) — Die Fr. Z. macht sich über den dt. R.T. lustig, der seine nationale Pflicht erfüllt. Wo bleibt da der deutsche demokratische Patriotismus, wenn sie wünschen konnte, daß im dt. R.T. ein frz. gesinnter L.er der dt. Politik von 1870/71 eine Brandrede auf frz. halte? — Der Art. 21 „bestimmt, daß Anträge von Abgg. noch in derselben Sitzung, wo sie eingebracht seien, diskutiert werden können, falls kein Mitglied widerspreche. Unser Braun und Freiherr Nordeck zur Rabenau bewarben sich gleichzeitig um die Ehre, das widersprechende Mitglied zu sein. Der erstere siegte um eine Nasenlänge; auf den hess. Freiherrn übte dieser kleine Echec in dem patriot. Wettrennen eine sehr traurige Wirkung aus. Sobald Herr Teutsch begonnen hatte, lärmte und schrie er. .... Er war der Schlimmste, aber nicht der einzige. Mehr als einmal wurde die Stimme des Redners durch Lärmen und Toben erstickt ... es war eine verworrene, wilde Sitzung; hier eine Heftigkeit, die jedes Maß überschritt und jeder Rücksicht spottete, dort ein Aufbrausen nationaler Leidenschaft, wie es sonst mit pharisäischer Selbstzufriedenheit unsere lib. Blätter nur der Nationalversammlung nachzusagen pflegen. Nach dem Republ. Teutsch sprach der ultramontane Bischof von Straßburg; er erklärte, daß er und seine Glaubensgenossen in E.-L. nicht gewillt seien, den Fr. Frieden in Frage zu stellen. Im Hause erklang ein schwaches Bravo; man wußte nicht recht, was der Redner wollte ... Demnächst wurde ein Schlußantrag angenommen, obgleich noch einige Abgg. aus dem R.L. sprechen wollten; für den Antrag Teutsch stimmten die Polen, die Sozialdemokraten und die Abgg. Sonnemann, Kryger und Ewald. Die E.er selbst, unkundig der Geschäftsordnung und zum Teil der dt. Sprache ... blieben sitzen. ein Mißverständnis, welches dem hohen Hause wiederum Stoff zu großem Gelächter gab .... Nach der Abstimmung verließen sie insgesamt den Saal."[1]) Eine Kollektivnote von sieben ultramontanen Abgg. an das „Els. Journal" meldete über den Protest: „Von den Abgg. von E.-L. sollte eine Gesamtprotestation eingelegt werden, sie wurde durch das R.T.Reglement beseitigt. Hierauf beeilten sich alle Deput., H. Teutschs Motion zu unterzeichnen .... Er las seine Rede, welche wohl zwanzig Mal durch Lachen und Ausrufen unterbrochen wurde. Der Bischof von Straßburg war nicht zum Wort eingeschrieben. Wider das Wissen seiner Kollegen, angesichts der Aufregung des R.T. glaubte er erklären zu sollen, daß er den Fr. Vertrag nicht in Frage zu stellen gedenke. Es entschlüpfte Sr. Hochwürden zu sagen, er spreche im Namen der Katholiken. Man benützte sogleich diese Erklärung, um die Diskussion zu schließen."[2])

[1]) 74. 51, 1.
[2]) 74. 56, 1.

Ueber die Haltung von Sonnemann bemerkte die Zeitung: „Wir haben gestern betont, die Haltung der Demokratie, die prinzipiell keinem Zweifel unterliege, werde gegenüber dem Antrag selbst von dem Laufe der Verhandlungen abhängig sein. Nach der Rede des Abg. Teutsch und dem Schweigen der Majorität war es klar, daß hier nur die abermalige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes „der Völker" (!) gefordert werde, und dieser Forderung konnte und durfte sich die Demokratie ... nicht entziehen, ohne mindestens den Anschein zu erwecken, als sei sie sich selbst untreu geworden. So stimmte denn, und wir freuen uns dessen, der Abgeordnete Sonnemann mit der Minorität und seine Wähler werden es verstehen und würdigen, daß der Abg. der Stadt Frankf., die sich auch, der Selbstbestimmung beraubt, der Eroberungspolitik beugen mußte, gestern nicht zögerte, den Protest gegen diese Politik, den schon seine Wiederwahl kundgegeben, durch sein Votum zu erneuern."[1]) Hier zeigt sich wieder die persönliche Wurzel der Preußenfeindschaft der Fr. Z. und ihr veralteter reichsstädtischer Partikularismus.

Den Charakter der ganzen Sitzung beschrieb die Fr. Z. im gleichen Artikel wie folgt: „Eine Debatte kann man die gestrige Sitzung des R.T. wohl nicht nennen .... Niemand nahm das Wort gegen den Protest ...., den die E.-L.er gegen die Eroberungspolitik erhoben; kein Nat.-Lib. fand sich als Verteidiger dieser Politik, die das moderne Bewußtsein und der aufgeklärte Rechtssinn gleichermaßen verdammen."[2]) Das Verhalten der Mehrheit der R.T.Mitglieder gegenüber den e.-l. Deputierten verurteilte die Z. aufs schärfste: „Das Schweigen der Majorität erstreckte sich aber nicht auch, wie man hätte erwarten dürfen, auf die Rede des Protestierenden. Lärm und was noch schlimmer ist, Hohngelächter, Hohngelächter gegen einen Volksstamm, der offen und männlich für sein höchstes Recht eintritt, begleitete dieselbe. Das war nicht national, das war nicht mannhaft und nicht anständig ... Die E.-L.er sind die Opfer der schmählichen Politik ihres letzten frz. Kaisers geworden. Solchen Opfern gegenüber, wenn sie ihr Los beklagen und an den Rechtssinn der Eroberer appellieren, mit wüstem Lärm und Hohnlachen antworten, verrät weder besondere Stärke noch Hochherzigkeit."[2]) Die Erklärung für dieses „würdelose" Verhalten des R.T. fand die Fr. Z. in der Ohnmacht gegenüber dem berechtigten Prinzip und dem Aerger und Verdruß, dem man Luft machen mußte: „Warum, fragen wir uns, hat man im R.T. den Redner der els. Deputierten mit Heiterkeit überschüttet, mit Hohngelächter, mit unpassenden Ausdrücken, mit Gebrüll heimgesucht? Man fühlte die Wichtigkeit dessen, was er sagte, und bei manchen waren es die Be-

[1]) 74. 51, 1.
[2]) 74. 51, 1.

klemmungen des Gewissens..., die sich in einem so unerhörten Gebahren Luft machten.... Hätte man sich besser zu helfen gewußt, so hätte man auch wahrscheinlich nicht sofort die Debatte geschlossen, ein Verfahren, das gegenüber den Neulingen im Parlament, den „wiedergewonnenen dt. Brüdern" dem guten Takte zuwiderlief."[1] Im Heruntermachen war die Fr. Z. Meister wie kein anderes Blatt. Wo aber bleibt die Liebe zum eigenen Vaterland, wenn man sein eigenes Nest so beschmutzen kann? Dazu gibt die Fr. Z. den wirklichen Grund für das Gelächter des R.T., die rednerische Schwäche des Vortrags von Teutsch, mit keiner Silbe an.[2])

2. Stimmen aus der deutschen Presse in der Fr. Zeitung.

In der Presse versuchten die nat.lib. und offiz. Blätter, die Kundgebung von Teutsch zu einem „unbedeutenden parlam. Zwischenfall" zu stempeln und dafür der Erklärung des Bischofs Räß ein großes Gewicht beizulegen. Dem gegenüber bemühte sich die Fr. Z., das gerade Gegenteil zu beweisen, so z. B. in einem Artikel vom 21. Febr.: „So große Kraftanstrengungen die nat.-lib. Partei auch machen mag, um die Bedeutung des Antrags der E.-L.er im R.T. herabzudrücken, die Wirkung jenes Antrags, die Berechtigung des Prinzips, welches er vertrat, endlich die Wichtigkeit der Frage, welche Haltung das R.L. zum Reich einnehme — das alles ist mächtig genug, die Bemühungen derer zu vereiteln, welche durch einen gewaltigen Lärm den Mangel ihrer Gründe, ihren Aerger und Verdruß zu verheimlichen suchen."[3]) „Alle Deutungen, als sei das Auftreten der e.-l. Deputierten nur als ein parlam. Zwischenfall von geringem Belang aufzufassen, werden nicht verfangen. Das große Interesse, das dieses Auftreten in D. selbst erweckte, widerstreitet dem. Und... auch die bedeutsame Erscheinung, daß 23 Abgg. des R.T., die E.-L.er nicht gerechnet, für den Antrag votierten... Der Antrag hat annähernd eine Million Bürger des R. hinter sich."[4])

Mit der Protestkundgebung trat nach Ansicht der Fr. Z. ein plötzlicher Umschlag in der Haltung der dt. Zeitungen gegenüber den e.-l. Abgg. ein. „Die Straßburger Zeitung kündete mit einer ungewöhnlich feierlichen Miene an, es werden die Deputierten des R.L. in der rücksichtsvollsten Weise behandelt werden. Heute ist die Situation eine veränderte. Mit einem Schlag sind Anstand und Rücksicht in Vergessenheit geraten und die, welche das Geringste versprochen hatten, was man den in schwierigsten Verhältnissen mit den schmerzlichsten Gefühlen vor den R.T. tretenden Abgg. entgegenbringen konnte und mußte, sie leisten

[1]) Siehe Anm. 1. S. 70.
[2]) Vergl. unten S. 66 Anm. 1. A. Schneegans.
[3]) 74. 52, 1.
[4]) 74. 52, 1.

heute Außerordentliches in „Ungeniertheit" und „Wahnwitz". „Die Straßburger Zeitung macht sich förmlich lustig über den „Protest", der eigentlich schon kein Protest mehr gewesen sei." Die Fr. Z. fährt fort: „Beinahe komisch würde uns berühren, was der „Niederrh. Kurier" schreibt, wenn wir nicht ernst bleiben müßten in einer Frage, die das sittliche Bewußtsein des dt. Volkes sehr stark berühren sollte: Der Ausgang der Demonstration, sagt er nämlich, ist ein so über alles Erwarten kläglicher, daß wir in der Anwandlung einer Art von Großmut darauf verzichten wollen, die Größe der Niederlage unserer pol. Gegner auszumalen." — Ueberboten wurden solche Auslassungen, wie die Fr. Z. meldet, nur von der Norddt. Allg. Zeitung. Während Braun-Spener den Vorgang im R.T. als eine Komödie „Viel Lärm um Nichts" bezeichnet,.... und die Nationalzeitung das Wort „Posse" wählt, spricht die Norddt. A. Z. sogar von der „Würdelosigkeit des Abg. von Zabern", nennt denselben einen „Marktschreier" und „Kulissenreißer". In solchen Artikeln machte die Fr. Z. den Zuträger der wütenden Protestler, um das R.L. dadurch ja nicht zur Ruhe kommen zu lassen, sondern die Erregung fortzusetzen und die Abneigung zu vertiefen.

Gleichzeitig bemühte sich die Fr. Z., den Verteidiger der Protestler im R. zu machen und ließ zu diesem Zweck neben ihren eigenen Auslassungen auch andere günstige Stimmen aus Zeitungen zu Wort kommen, um „die E.-L.er vor Enttäuschungen zu bewahren, in welche sie die ihren Interessen feindliche Presse zu stürzen" suchte, d. h. ihnen zu zeigen, daß nicht das ganze D. den Stab über sie gebrochen habe, wie es etwa die N. A. Z. getan hatte. Wir bemerken: es ist die alte Methode der Fr. Z.; sie sucht den frz. Elementen des R.L. den Rücken zu steifen, und wirbt ununterbrochen um ihre Freundschaft. Aus dem fortschrittlich gesinnten „Fränkischen Kurier" druckte die Z. folgenden Passus ab, der uns wieder zum Beweis für die oft unsachliche und parteiische Berichterstattung der demokr. Z. dient. Denn durch diese Stelle erfahren wir den wirklichen Grund für das Gelächter des R.T., nämlich die komisch wirkende, rednerische Schwäche und Blöße des Vortrags von Teutsch,[1]) wovon die Fr. Z. unehrlicher Weise keine Silbe verlauten ließ. Dem R.T. durfte man keinen mildernden Umstand zugestehen, sonst konnte man ihn nicht mehr so ungeniert kritisieren. Außerdem hätte man die besessene oder doch gewünschte Freundschaft der Protestler aufs Spiel setzen kön-

[1]) Vgl. A. Schneegans, a. a. O. S. 230: „Teutsch begann seine Protesterklärung zu lesen, indem er französ. Akzent affektierte, und tat so, als ob er das Deutsche nur mit Mühe spräche. Plötzlich aber vergaß er nach den ersten Unterbrechungen seine Rolle und antwortete im reinsten Dt., ja sogar mit größter Zungenfertigkeit. Die Folge war, daß auf allen Seiten des R.T.saales ein ungeheures Lachen ausbrach. Er hatte sich verraten und wurde lächerlich."

nen. Der Passus lautete: „Es war der Würde des R.T. nicht entsprechend, die Schwäche des Vortrags des Abg. Teutsch mit „Gelächter" und „allgemeiner Heiterkeit" zu begleiten; immerhin war es die Stimme des Volkes des R.L., die durch den Mund des Abg. Teutsch ertönte und die man nicht verlachen durfte, weil es die Stimme eines Opfers unserer eigenen Fehler und Verirrungen ist. Der R.T. hat den Abg. Teutsch und in diesem die große Mehrheit der Bevölkerung der R.L. einfach verhöhnt." [1])

Zur Beurteilung des parlam. Vorfalles in E.-L. selbst führte die Fr. Z. aus: „Das Els. Journal bemerkt immerhin, daß im E. große Aufregung herrsche. Wer will es einer Bevölkerung verargen, wenn sie in Erbitterung gerät über den Schimpf, welcher von den Schreiern im R.T. und ihren Nachtretern in der Presse der Abordnung angetan wurde, welche sie ohne Hoffnung auf Erfolg, aber nicht ohne Vertrauen auf einen würdigen Empfang nach Berlin gesandt hat." [2]) Wir übersehen nicht, wie die Fr. Z. sich wieder bemüht, D. vor den E.-L.ern und den Frz. zu blamieren. Es ist eben ein ungebildetes, barbarisches und rohes Land! Eine im L.A. vom 24. Febr. gebrachte Stelle aus dem Els. Journal sollte zeigen, wie scharf doch auch die gemäßigte Partei die von manchen dt. Zeitungen angeschlagenen Töne kritisierte. „Wir gestehen, schrieb die e. Ztg., daß die Haltung gewisser Journale gegenüber dem Vertreter des E.... einen peinlichen Eindruck auf uns gemacht hat... Was wir, die Gegner der Kandidatur und der Politik des H. Teutsch, .... nicht begreifen, ist, daß man ihn heute beschimpfte, seine Protestation als eine „Komödie" eine „lächerliche Kundgebung", eine „Posse" darstellte. Wir wiederholen es, die Form der Rede des H. Teutsch konnte diskutiert werden, aber dabei mußte man auf den Grundgedanken des Redners eingehen, seine Gefühle in Betracht ziehen; die muß man achten, welcher Meinung und welcher Nationalität man auch angehöre und nicht in solchem Grade alle Regeln der Billigkeit, der Höflichkeit und des Taktes außer acht setzen... Es wäre, unseres Bedünkens ein leichtes gewesen, die Ausbrüche von Heiterkeit, die wenig parl. Ausdrücke,... zurückzuhalten... Wir können umso freier gegen den H. T. gewordenen Empfang protestieren, als er und seine Partei uns hart bekämpft haben; aber es gibt Fragen die Würde betr., worüber, besonders unter E., nicht zweierlei Meinungen bestehen." [3])

### 3. Die Erklärung des Bischofs Räß von Straßburg.

Von Anfang an wußte die Fr. Z. zu melden, daß der Sinn der Worte des Str. Bischofs vielfach gedeutet wurde. Zunächst rang sie selbst um ein Verständnis der Sache, ohne doch sogleich

[1]) 74. 55, 1.
[2]) Siehe Anm. 1.
[3]) 74. 55, 1.

eine befriedigende Lösung zu finden: Sollte die Erklärung „den Antrag dahin erläutern, daß derselbe nicht eigentlich gegen den bestehenden Zustand gerichtet, vielmehr nur ein Protest des Gewissens und des Rechtsbewußtseins sei? Dafür spricht der Umstand, daß der Redner zu den Antragstellern gehörte, aber in diesem Fall wäre wohl eine präzisere Erklärung nötig gewesen, um gegen andere Deutungen zu schützen. Man kann in den Worten des Bischofs auch eine Art Rückzug sehen, und wir selbst sind geneigt dazu. Der Schlüssel zu der Erklärung wäre dann wohl ... bei der Exzellenz Windthorst und der Durchlaucht Radzivill zu suchen und der Schluß erlaubt, daß die Sühneversuche .... eifrig fortgesetzt wurden." [1]) Immer mehr glaubte die Fr. Z. einen Zusammenhang zwischen der Erklärung von Räß und der Parteitaktik des Zentrums zu finden, eine Verständigung mit Bismarck herbeizuführen. „Bei uns festigt sich immer mehr die Ansicht, es sei die Episode Räß in engem Zusammenhang mit einem neu und geschickt angelegten Versuch der Ultramontanen, zum Frieden mit der Reg. und über diese hinweg mit dem Kaiser zu gelangen ... Je mehr man bietet, desto leichter macht sich das Geschäft. Und so mag es gelegen erschienen sein, zu dem Militärischen auch noch die Aussöhnung der kath. Bevölkerung von E.-L. mit ihrer neuen Lage hinzuzufügen." [2])

In der auf den 18. Februar folgenden R.T.Sitzung gab Pougnet, [3]) der ultramont. Abg. für Forbach, eine Gegenerklärung gegen Räß ab, die besagte, daß Räß nicht im Namen der kathol. Deputierten L.s gesprochen habe. Damit war nach Meinung der Fr. Z. der Bischof unter seinen parlam. Kollegen isoliert und bloßgestellt. Doch nun griffen, wie die Fr. Z. meldete, die Nat.Lib. zu der anderen Interpretation, Räß habe nicht als Deputierter, sondern als Bischof im Namen der 1¼ Million kathol. Einwohner des R.L. gesprochen. Um die Unhaltbarkeit dieser Auffassung einzusehen, brauchte man der Fr. Z. zufolge nur auf die Beurteilung zu hören, die die Worte des Bischofs von Seiten der Geistlichen und Laien seiner Diözese erfuhren. „Man scheint nichts weniger als gewillt zu sein, jene Erklärung auf sich beruhen zu lassen, im Gegenteil ist im ganzen Lande eine Agitation im Gange, die sich unzweideutig und scharf gegen den obersten Prälaten des E. richtet." [4])

In der letzten Februarwoche konnte die Z. von einer wachsenden Aufregung im E. berichten. Landauf, landab wurden Zustimmungsadressen für Teutsch verfaßt und öffentliche Gegenerklärungen gegen den Bischof abgegeben. Da ist die Rede von einem Protest des Wahlkreiskomitees von Schlettstadt. Es werden

[1]) 74. 51, 1.
[2]) 74. 52, 1.
[3]) R.T., Sten. Ber. 1874, I, S. 113.
[4]) 74. 55, 1.

Adressen aus Kolmar, Mühlhausen, Wasselsheim und aus dem Kanton Markolsheim gemeldet. Fünfzig Straßburger Kleriker gaben Teutsch schriftlich ihre Zustimmung. Das eigene Domkapitel protestierte gegen den Bischof und ein Abbé aus Straßburg machte Räß im „Industriel alsacien" den Vorwurf, er habe mit der Erklärung seine Kompetenzen überschritten. Die Aufgabe dieser ihr genehmen Agitation sah die Fr. Z. darin, ein einheitliches Urteil der Bevölkerung in der Protestsache klar und eindeutig darzulegen. Es war dieser Agitation auch, meinte die Z., durchaus gelungen, zu zeigen, „daß die E.er die Gemeinschaft mit den Ansichten des Bischofs ablehnen."

Verdächtigungen persönlicher Art blieben dem alten Straßburger Bischof[1]) nicht erspart. Die Tatsache, daß er ohne Mitwissen seiner els. Kollegen die Erklärung abgegeben hatte, diente dazu, ihm in feindseligen Kreisen den Vorwurf der „Doppelzüngigkeit" zu machen. Er hätte „seinen Kollegen von dem Vorhaben, eine Erklärung abzugeben, Mitteilung machen sollen." Diese Ansicht griff die Fr. Z. bereitwilligst auf; sie stellte fest: Sein Vorgehen im R.T. trägt „den Stempel der Zweideutigkeit an der Stirn und verrät jene pfiffige Klugheit, welche die Jünger Christi nur in einer Mischung mit der Taubeneinfalt haben sollten, die aber unvermischt ganz und gar das Charakterzeichen der Kinder der Welt und nicht der Kinder Gottes ist."[2]) Räß handelte persönlich unehrlich, unkollegial und unpriesterlich, das war das letzte Wort der Fr. Z. über ihn. Von diesem sittlichen Makel konnten ihn weder die nat.lib. Blätter noch er selber durch einen Brief an den „Univers" reinwaschen. So suchte die Z. den Eindruck der Erklärung von Räß in ihrem Teil zu brechen durch eine persönliche moralische Verdächtigung des Mannes, der sich durch sein Wort im peinlichen Augenblick den Dank von ganz D. verdient hatte. Diese Methode paßt ganz zu der Gesamthaltung der Z. in der e.-l. Frage, wie wir sie bereits kennen.

Den letzten Grund für den großen Aerger der Protestler demokr. und klerikaler Richtung wie auch der Fr. Z. über den Bischof enthüllt ein Leitartikel vom 28. Febr. 74: „Im Grunde fällt es niemand ein, am faktischen Bestand des Fr. Vertrags zu rütteln; daß derselbe eben besteht, daß keine Aussicht vorhanden ist, ihn zu annullieren, darüber ist man wohl im klaren. Was man am Bischof eigentlich tadelt, ist die frappante Weise, wie er durch eine ungemein deutungsfähige Sentenz der Rede von Teutsch die Spitze abzubrechen suchte und eine peinliche Disharmonie in die einträchtige Deputation der e.-l.'schen Abgg. brachte."[3])

[1]) Vgl. Wahl a. a. O. I, S. 312.
[2]) W.Bl. vom 24. Mai 1874.
[3]) 74. 59, 1.

## 4. Der Abzug der Protestler aus Berlin. Die Fr. Z. und der Diktaturparagraph.

Am 26. Febr. 74 verließ der größte Teil der r.l. Deputierten Berlin und kehrte nach Hause zurück; nur eine kleine ultramont. Minorität blieb in der Reichshauptstadt und beteiligte sich als Annex zum Zentrum noch an weiteren Sitzungen des R.T. Gerade die Radikalen, Lauth und Konsorten, auf deren Mithilfe bei einer entschiedenen demokr. Opposition die Fr. Z. gerechnet hatte, kehrten dem R.T. für immer den Rücken. Diese Enttäuschung eines gänzlichen Rückfalls in die falsche passive Taktik, wofür die Fr. Z. das Verhalten der R.T.Mehrheit und der rechtsgerichteten dt. Presse verantwortlich machte, trug nicht dazu bei, ihr Urteil über den Protest dem des dt. Volkes im ganzen näher zu bringen. Dem Scheiden des Abgeordneten für Zabern und seiner Gesinnungsgenossen widmete die Z. folgende ernste und bewegte Worte: „Es wird uns schwer, von der Person der beleidigten Abgeordneten soviel Aufopferung zu verlangen; aber in Uebereinstimmung mit dem Els. Journal sind wir der Meinung, die Interessen von E.-L. erheischen in mehr als einer Hinsicht die Anwesenheit der Deputierten des R.L., insbesondere ihres freisinnigen Teils. So wenig wir uns darüber gewundert haben würden, wenn sämtliche fünfzehn Abgg. erklärt hätten, es wäre ihnen nicht weiter möglich, im R.T. zu verbleiben ...., die pol. Klugheit, der Vorteil des Landes, das die Abgg. repräsentieren, gebietet das Ausharren. Uebrigens mußten sich die Abgg. von E.-L. zum voraus darüber klar sein, daß sie im R.T. weniger vor diesem selbst, als vor dem dt. Volk und dem Areopag der zivilisierten Welt plädieren.“ [1]) Wieder die unerfreuliche Geste der Fr. Z. eines Appells an das zivilisierte Ausland. Diese Stelle zeigt deutlich, daß die Z. den Protestlern freundlich gesinnt war und so sehr in ihren Bahnen dachte, daß sie sich gleichsam vollkommen mit ihnen identifizieren konnte.

Die zweite parlamentarische Handlung der e.-l. Abgg. war ein Antrag „Guerber-Winterer“, [2]) der die Abschaffung des Diktaturparagraphen betraf und am 3. März verhandelt wurde. Ueber die Bedeutung des Paragraphen äußerte sich die Fr. Z. damals: „Die Diktatur ist zwar aufgehoben, besteht aber tatsächlich fort, da der § 10 des Verwaltungsgesetzes [3]) dem O.Pr. eine diskretionäre Machtbefugnis beilegt, wie sie sonst nur Generäle nach proklamiertem Belagerungszustand besitzen. Gegen diesen Artikel, der jeden Augenblick alle verfassungsmäßigen Garantien in Frage stellen kann, richtet sich der vom Zentrum unterstützte Antrag der E.-L.er“. Nach den dreijährigen Erfahrungen über

[1]) 74. 56, 1.
[2]) Schultheß, Eur. Geschichtskalender 1874, S. 90.
[3]) R.G. v. 30. 12. 71.

die Wirkung der Diktatur sollte man doch wohl „einen festen, gesetzlichen Boden schaffen, der den Ausnahmezustand abschließt und ausschließt.“[1]) Da das Zentrum für den Antrag stimmte, so konnte die Diktatur nur mit 196 : 138 Stimmen „gerettet werden.“ „Nicht einmal ein anständiges Begräbnis erhielt der Antrag in einer Kommission.“ Bismarck stellte die „Vertrauensfrage“. An des R.K.s Rede, aus der man seine Enttäuschung über das Verhalten der E.-L.er heraushören konnte, rühmte die Fr. Z. wieder, wie schon öfters, die Offenheit, mit der er zugab, daß E.-L. aus militärischen Gründen erobert wurde. Darauf legte die Fr. Z. den allergrößten Wert, die E.-L.er, von F. seit der A. ebenso verhätschelt wie von der Fr. Z., sollten nie vergessen, daß D. nicht sie, sondern ihr Land gewollt hatte, damit sie sich ewig in ihrer Würde und Ehre gekränkt fühlten. Wie die Frz. so fleißig die bittere Wahrheit der berühmten, geharnischten „Glacis-Rede“[2]) vom 30. Nov. 1874, wo Bismarck den E.-L.ern klipp und klar sagte, daß sie um des Reiches willen da seien und nicht umgekehrt, in einem dt.-feindlichen Sinn agitatorisch ausnützte, so machte sie es auch mit dem Diktaturparagraphen. Die Absicht des obigen Artikels liegt klar auf der Hand: Die Fr. Z. will den E.-L.ern weismachen, daß sie „tatsächlich“ wie eine eroberte Provinz behandelt würden. Denn immer noch schwebe mit dem § 10 der Belagerungszustand wie ein Damoklesschwert über ihnen. Mit solchen Eröffnungen wollte die Z. noch für die Versöhnung gewirkt haben!

### 5. Die Haltung der Frankfurter Zeitung bei der Protestkundgebung.

Im allgemeinen wissen wir über die Haltung der Fr. Z. aus dem bisherigen Gang unserer Untersuchung schon Bescheid. Doch mögen wir sie in diesem Einzelfall noch einmal überprüfen, indem wir auf Grund der obigen Detailschilderungen mit großen Strichen das Bild zeichnen, das sich die Fr. Z. damals von der Protestkundgebung machte: Sie sah mit einer Art moralischer Ergriffenheit und ehrfürchtiger Scheu in den e.-l. Abgg. die Verkörperung des e. Volkswillens. Derselbe zürnt D., so meinte die Z., weil er *in* seinem heiligsten Rechte, in seiner subjektiven Freiheit nationaler Selbstbestimmung verletzt wurde. Es beschwert sein Gewissen, daß das E., wenn auch nur durch kriegerische Gewalten gezwungen, dt. sein muß. So stehen die r.l. Deputierten schmerzerfüllt vor dem R.T. und erleichtern ihr beschwertes Gewissen durch einen gemeinsamen feierlichen Protest. Der ganzen zivilisierten Welt verkünden sie laut, daß ihnen ihr innerstes Wesen verbietet, dt. zu sein. Und diejenigen, die dastehen als die

[1]) 74. 59, 1.
[2]) R.T. 1874/75; Sten. Ber. I, S. 393.

beklagenswertesten Märtyrer der nap. Tyrannis und dt.-pr. Eroberungsgeistes: sie werden von den Repräsentanten des dt. Volkes verhöhnt und verlacht. Ihre geschlossene Front wird zerstört, zur Freude der grollenden, aber ohnmächtigen R.T.Mehrheit, durch einen Abtrünnigen — keinen Demokraten, sondern einen kathol. Bischof —, indem er erklärt, daß er und die Katholiken im R.L. den Fr. Frieden nicht in Frage stellen wollen. Diese mehr als zweideutige Haltung benützt der R.T., um die Debatte zu schließen. Und zuguterletzt nennt die dt. Presse die ganze Kundgebung eine „lächerliche Komödie" und schickt den Redner der e.-l. Abordnung als einen „Marktschreier" nach Hause. So sah die Fr. Z. die Dinge. Wenn das erste Auftreten der E.-L.er im R.T. unglücklich verlief, dann war die reg.-freundliche Majorität mit ihrem „würdelosen" Verhalten daran schuld. Die Fr. Z. war zu tiefst darüber erbost, daß die drohende, peinliche Situation, auf die sie sich heimlich freute, so leicht behoben, daß das offizielle D. diesmal so glimpflich davongekommen war.

Nun stelle man sich auf den Standpunkt des R. und sehe mit den Augen seiner Lenker und Leiter. In diesen Kreisen war alles von der strategischen Notwendigkeit[1]) einer A. durchdrungen, mochten die pol. Schwierigkeiten noch so groß sein. Zudem hatte der dt. Volkswille, aus dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht hervorgegangen, dafür gestimmt. Welche Gründe er auch hatte, er war mindestens ebenso heilig wie der e. und mußte respektiert werden. Wenn er von irgendwelchen Imponderabilien obrigkeitlicher Herkunft beeinflußt sein sollte, wer wollte schwören, daß bei der Bildung des e. Volkswillens keine fremden Kräfte vielleicht entscheidend mitgewirkt hatten? Auf jeden Fall hatte man sich deutscherseits Mühe gegeben, die E.-L.er zu befrieden und ihnen entgegenzukommen, soweit man es an maßgebender Stelle mit den Interessen des R. für vereinbarlich hielt. Die Abneigung der Bevölkerung war geblieben, eher größer geworden, nicht zufolge einer Mißregierung der dt. Behörden, sondern dank einer sehr wirksamen Agitation des frz. Elementes im R.L. selbst wie auch jenseits der dt. Westgrenze, die alle Umstände, Ereignisse und Reg.Maßnahmen geschickt für ihre Zwecke ausnützte. Da es ohne R.V. nicht besser geworden war, so hatte man sie eingeführt, wiewohl man darüber nicht im Zweifel sein konnte, daß die ersten R.T.Wahlen zu einem großen Coup gegen D. ausgenützt werden und meistens dt.-feindlich ausfallen würden. Nun brachten fünfzehn Abgg. in pompösem Aufzug einen feierlichen Protest im R.T. gegen den Friedensvertrag vor. Was sollte man zu dem Inhalt der Rede von Teutsch sagen, über die man von

[1]) Vgl. Fr. Z. 1873. 140, 2, wo sie als bemerkenswertes Geständnis Bismarcks im R.T. mitteilt: „Wenn nicht milit. Gründe es nötig gemacht hätten,.... so würde ich mich aus pol. Gründen der Erwerbung der zwei Provinzen widersetzt haben."

seinem dt. und antidemokr. Standpunkt aus einfach nicht diskutieren konnte? Es ist selbstverständlich, daß man über die ganze Szene verärgert war. Daß manches Mitglied des hohen Hauses seinem Unmut durch geräuschvolle und störende Zurufe Luft machte, manch anderer den Vorfall, entsprechend seinem anders gearteten Temperament, mehr von der humoristischen Seite nahm und laut auflachte, ist natürlich und leicht begreiflich, wenn es auch nicht sachlich und vornehm genannt werden kann. Wir in unseren Tagen sind, was parlam. Form anlangt, wohl auch nicht mehr so verwöhnt und empfindlich. Man stelle sich nur vor: Zuerst verlangt Teutsch den Gebrauch der frz. Sprache im dt. Parlament für ein l. Abg., weil er nicht dt. verstehe, während so und so viele dt. Abgg. dasaßen, die nicht frz. konnten. Dann kommt sein Vortrag, voll Phrasen à la Gambetta, anfangs mit frz. Akzent, nachher in fließendem Dt. Nun folgt zur allgemeinen Ueberraschung die Erklärung von Räß. Schließlich votiert die ganze r.l. Deputation aus Versehen gegen ihren eigenen Antrag. Wem sollte das nicht lächerlich vorkommen?

Wir können von diesen Einzelheiten ganz absehen, die nur das „unmännliche" und „unnationale" Verhalten der R.T.Mehrheit etwas erklären sollten und wollen uns in die Lage von Bismarck hineindenken. Am 18. Febr. hatte er diesen Skandal im R.T. gehabt, und am 3. März kam der Antrag Guerber-Winterer, wo er sich genötigt sah, die Vertrauensfrage zu stellen, um die unbequeme Last loszuwerden. Wir verstehen, daß der R.K. tief verstimmt war. Wenn man sich noch daran erinnert, daß trotz alledem ein starkes halbes Jahr später der Landesausschuß für E.-L. eingeführt wurde, so kann man an dem ehrlichen Bemühen nicht mehr zweifeln, die E.-L.er mit Güte zu gewinnen. Da läßt sich die Redensart nicht mehr halten, D. sei mit seinen Zugeständnissen immer „zu spät" gekommen, vorausgesetzt, daß man sich klar macht, daß es neben dem Straßburger und Frankf. noch einen sehr berechtigten Berliner Standpunkt gegenüber der Frage gab und daß für viele E.-L.er eben alles zu spät kam, mochte es kommen, wann es wollte. Die Fr. Z. mußte sich oft gegen den Vorwurf wehren, daß sie unpatriotisch und reichsfeindlich sei. Wenn man bedenkt, daß sie, das gewandteste Organ der dt. Demokratie, die unermüdliche Vorkämpferin der Protestpartei in der dt. Presse war, so wird man die Vorwürfe der nat.lib. und offiz. Zeitungen verstehen und die Gefühle begreifen, die in Bismarck gegen Sonnemann und die Fr. Z. groß wurden.

In Sachen des Protestes war der Standpunkt der Fr. Z. kaum noch ein e.-l. zu nennen. Diesen nahm die Aut.P. ein, die bei der Wahl unterlegen war. Sie war weder dt. noch frz., sie wollte vorerst nichts weiter als els. sein. An sie müsse man anknüpfen, hatte Bismarck gemeint. Bei den Protestlern, die die Fr. Z. unterstützte, lagen die Dinge, wir erinnern uns, ganz anders. Sie

waren nicht in erster Linie els. Partikularisten, sondern scharfe Gegner des dt. R. Sie waren überall gegen D. und immer für F. Was die Fr. Z. mit demokr. Augen ansah und, ohne für sich selbst die leisesten „patriotischen" Skrupel zu haben, energisch unterstützen konnte, das bedeutete für die ganze nicht linkslib. dt. pol. Welt, für das ganze Ausland, allen voran die Frz., eine öffentliche Absage des R.L. an D. und ein lautes Bekenntnis zu F. Wenn die demokr. Ansicht der Fr. Z. sich von der protestlerischen darin unterscheiden mochte, daß sie als Hauptimpuls zur Protestkundgebung das mißachtete Selbstbestimmungsrecht erkannte, wenigstens ihren Artikeln nach, so sahen die maßgebenden pol. Kreise in ganz Europa, für die nicht innerpol., demokr.-monarchische Gegensätze im Vordergrund standen, sondern staatliche und nat. Existenzfragen, darin ein Zeugnis für das ungeschwächte frz. Nationalgefühl der E.-L.er. Wem kam also der Protest zugute? Sicherlich nicht D., in ganz geringem Maße nur dem e. Partikularismus; denn mit solchen Aktionen gewann man keine Autonomie, wenig auch der dt. Demokratie; sondern vor allen Dingen Frankreich, wie so häufig in Sachen des Verhältnisses der Fr. Z. zu E.-L.

## Kapitel III.

### Die Autonomie.

Die staatsrechtliche Entwicklung des R.L. ist von zwei Aut.-Bewegungen getragen worden, deren erste dem Land eine selbständige Reg. und deren zweite ihm eine eigene Landesgesetzgebung brachte. Beide waren getrennt durch eine Jahrzehnte lange Ruhepause, wo die Entwicklung stillstand. Die erste Aut.-Bewegung gehört zum Anfang der Geschichte des R.-L. und fällt etwa in die Jahre von 1874—79. Die zweite umfaßt ungefähr das letzte Dezennium dt. Herrschaft im E.; ihr „Höhepunkt fällt in die Jahre 1905 bis zum Fall von Zabern."[1]) Sie trug einen ganz anderen Charakter als die Aut.P. des A. Schneegans. Hier wurde „ein Stoßtrupp ausgebildet, der für die Zeit, da das E. dem Reich noch angehöre, einen Modus vivendi schaffen sollte, ohne den internat. Austrag der e.-l. Frage irgendwie vorzugreifen. Das aut. Programm von 1875... wurde von den E.-L.ern zurückgewiesen, weil es antifrz. war; das von 1905 hatte im Gegenteil nichts frankreichfeindliches an sich; es war antidt. und ging von den Freunden F.s aus."[2])

Wir haben es im folgenden nur mit der alten Autonomiebewegung zu tun. Die beiden Fragen, um die es sich bei der Ausgestaltung des e.-l. Staatsrechts handelte, waren die Or-

[1]) Paul Wentzcke, Der dt. Einheit Schicksalsland, München 1921, S. 149.

[2]) Paul Wentzcke, a. a. O. S. 149 f.

ganisation der Landesverwaltung und ihr Verhältnis zum R.K.-Amt und dann die Mitreg. der E.-L.er durch Schaffung eines Parlamentes. Einer der frühesten und wichtigsten Verfechter der Aut. war der O.Pr. selbst. Er trat als einer der ersten dt. Beamten für die Verlegung der Landesregierung von Berlin nach Straßburg ein und befürwortete bei allerhöchsten Stellen die Weiterentwicklung des R.L. zu einem gleichberechtigten Bundesstaat in Personalunion mit dem Kaiser.[1]) Doch tritt seine Leistung in den Spalten der Fr. Z. naturgemäß ganz zurück hinter den Nachrichten über die aut. Wünsche des Landes und der Kritik an den Gesetzen. Es war natürlich, daß diejenigen E.-L.er, die sich ehrlich auf den dt. Standpunkt stellten, sich sehr für die staatsrechtliche Zukunft des Landes interessierten und für Gleichberechtigung mit den übrigen Territorien des Reiches kämpften. Von den ersten Anfängen der Aut.Bewegung haben wir oben schon gehört.[2]) Die Führer der e. Partei waren Klein, Schlumberger, Köchlin, Zorn-Bulach u. a. Als 1873 A. Schneegans nach Straßburg zurückgekehrt war und die dt. Reg. 1874 sein Naturalisationsgesuch genehmigte, fand die Aut.P. an ihm einen gewandten Publizisten, der durch Korresp. in rechtsrheinischen Blättern, zuerst oppos., bald auch nat.-lib. Richtung in Alt-D. Freunde für die aut. Sache warb. Die e. Partei hatte die Eide geleistet und war in die Bezirksräte eingetreten. Bei den R.T. Wahlen am 1. Febr. 74 unterlagen sie überall gegenüber den Ultramontanern und Protestlern. Doch erklären es ihr Dasein und ihre Regsamkeit, wenn auch noch nicht ihr positiver Einfluß, daß schon im Oktober desselben Jahres der Landes-A. eingeführt wurde, allen schlechten Erfahrungen zum Trotz, die man mit den e.-l. Abgg. gemacht hatte. Es mögen bei der Reg. gewiß noch andere Motive mitgewirkt haben, aber sicherlich wollte sie der e. Partei damit entgegenkommen, sie ermutigen und stärken. In den Zusammenhang ihrer Bestrebungen muß daher die Geschichte des Ld.A. eingegliedert werden. In der Session von 1874 hatte man alle drei Bezirkstage beschlußfähig eröffnen können.[3]) Am Schluß ihrer Beratungen sprachen alle den Wunsch nach Aut. aus. Die Wahlen zum ersten Ld.A. vom 5. April 75 fielen in der Hauptsache gemäßigt aus. Während seiner ersten Session, die vom 17. Juni bis zum 17. Juli d. J. dauerte, kam ein V.Entwurf noch nicht zur Vorlage. In der Presse wurde die Bedeutung der neuen Institution lebhaft debattiert; man stritt sich um die Frage: Ld.A. oder Ld.Vertretung. Gleich im folgenden Jahr fing die Reg. an, auf Betreiben Möllers den Ld.A. auszubauen. Durch einen Gesetzentwurf vom 10. Mai 1876 sollte dem Ld.A.

[1]) G. Wolfram, Oberpräsident Ed. v. Möller und die e.-l. V.-frage, 1925, S. 47 f. und S. 59.

[2]) Vgl. oben S. 54 ff.

[3]) Schultheß a. a. O. 1873 S. 171.

Anteil an der e.-l. Gesetzgebung zugestanden werden. Am 1. Juni d. J. erteilte der Ld.A. der Vorlage seine volle Zustimmung. Das neue Gesetz trat am 2. Mai 1877 in Kraft; der Ld.A. war damit ein gesetzgebender Faktor geworden. Während der Entstehung dieses Gesetzes hatte sich in der r.l. Verwaltung anläßlich eines Wunsches des R.K. nach Geschäftserleichterung eine Tendenz bemerkbar gemacht, das Straßburger O.Pr. als ein e.-l. Ministerium nach Berlin zu verlegen. Dagegen hatte schon der Ld.A. zu Gunsten des O.Pr. Stellung genommen, der in hohem Grade das Vertrauen des Ld.A. genoß und zugleich eine Ausdehnung seiner Befugnis befürwortete. Damals diskutierte man in der dt. Presse die Frage eines e.-l. Ministeriums in Berlin.

Anläßlich der Kaiserreise vom Mai 1877 stritten sich die dt. Zeitungen wieder einmal um den Zustand der e.-l. „Stimmung". Wie bekannt, entsandte die Fr. Z. zur Klärung der Sachlage ihren Redakteur Th. Curti als Sonderberichterstatter ins R.L. Am 10. Jan. dess. Jahres hatten auch die neuen R.T.Wahlen stattgefunden, die den Aut. fünf Mandate einbrachten. Am 24. Dez. 1877 stellte A. Schneegans im Ld.A. einen Antrag betr. die Konstituierung von E.-L. als eines Kaiserlandes mit bundesstaatl. Befugnissen, der von der Versammlung genehmigt wurde. In der Presse schloß sich daran eine lebhafte Erörterung des Kaiserprojektes und seine Modifikationen. Das Gesetz vom 4. Juli 1879 verwirklichte dann die Kaiserl. Statthalterschaft und ein e.-l. Ministerium in Straßburg. Diese Neuordnung, die mit der Beseitigung des O.Pr. die Befreiung vom R.K.-Amt in Berlin brachte und eine selbständige Ld.Verwaltung bedeutete, war ein Erfolg der Aut.P. Leider sollte sie sich an ihrem Siege verbluten. Der O.Pr. wurde von Bismarck abberufen; er überlebte sein Amt nur um kurze Zeit, am 2. Nov. 1880 rief ihn der Tod ab. Der erste Statthalter wurde der pr. Generalfeldmarschall Edwin v. Manteuffel, der seinen neuen Posten am 1. Okt. 1879 antrat. Damit begann für E.-L. eine neue Aera seiner dt. Geschichte. Die erste Periode seiner staatsrechtlichen Entwicklung lag hinter ihm. Erst ein Menschenalter später erfolgte die Neuordnung der gesetzgebenden Gewalt mit dem V.G. vom 31. Mai 1911,[1]) wodurch E.-L. aus der Vormundschaft des R. entlassen und als 26. Bundesstaat in den Bundesrat einzog.

### A. Landesausschuß und Landesvertretung.

Der Ld.A. vollzog seine Entwicklung in drei Stufen. 1874 wurde zunächst eine beratende Körperschaft aus 30 Mitgliedern geschaffen. Letztere wurden nicht direkt vom Volke gewählt, sondern von den drei Bezirksräten aus ihrer Mitte ernannt. Das

[1]) RGBl. 1911; S. 885.

R.G. vom 2. 5. 77 änderte an der Zusammensetzung des Ld.A. nichts. Es bezog sich lediglich auf dessen Kompetenz, die von der bloßen Begutachtung von Vorlagen der Regierung zur Beschlußfassung anstelle des R.T. in Dingen der e.-l. Landesgesetzgebung erweitert wurde. Da der alte Modus neben der neuen Regelung bestehen blieb, so gab es von jetzt an theoretisch zwei Wege, um e.-l. L.G. zu erlassen. Zusammen mit der Autonomisierung der r.l. Verwaltung 1879 wurde der Ld.A. wieder verändert. Die Zuständigkeit blieb die alte, aber seine Mitgliederzahl wurde auf 58 erhöht[1]) und die Zusammensetzung kompliziert. Es gab jetzt drei Kategorien von Mitgliedern: a) 34 von den drei Bezirkstagen gewählte; b) 20 Mitglieder aus den 20 Landkreisen, in die das R.L. geteilt worden war; c) die vier Mandate, die die vier größten Städte, Straßburg, Metz, Mühlhausen und Kolmar zu vergeben hatten.

Den Ld.A. von 74 verwarf die Fr. Z. völlig. Er ist ein „dürftiges Geschenk",[2]) aus der späten Einsicht geboren, daß man endlich doch mit einem Zugeständnis herausrücken muß, „damit nicht aller gute Wille zu fehlen scheint." Man sieht ihm so recht an, daß er „nur ein Gnadengeschenk" ist. Die neue Institution hat nach Ansicht der Fr. Z. zwei große Mängel. Einmal besitzt der Ld.A. „nur eine beratende Stimme"[3]): „Dreißig Männer haben die Erlaubnis, die Bitten vorzutragen, welche die Reg., wenn sie will, ebensogut aus den Zeitungen erfahren kann, und wenn die Bittgesuche aufgesetzt sind, so mögen die dreißig nach Hause gehen und auf den Bescheid warten. Die Sitzungen sind nicht einmal öffentlich. Das Land soll den Debatten nicht folgen, die Auseinandersetzung des H. O.Pr. und der Ausschußmitglieder nicht der Kritik unterziehen können. Nicht zur Erweckung des öffentlichen Interesses setzt demnächst diese oberste Ld.Vertretung ein. Dahlmann hat recht, „lieber keine Versammlung als eine bloß beratende." Eine bloß beratende Versammlung wird nur das Gefühl der Ohnmacht, der Loyalität und Unterwürfigkeit wacherhalten, nie aber die Sympathien des Volkes gewinnen und eine segensreiche Wirksamkeit entfalten."

Immerhin könnte die Einrichtung auch so noch etwas nützen: „Energievolle Männer könnten alle Mißstände schildern und alle Bedürfnisse des Landes klar darlegen, wenn die Ratgeber der Reg. Männer sein dürften, die das Volk in neuen Wahlen als ihre Vertrauensmänner bezeichnet hätte."[4]) Aber das wird ja nicht der Fall sein; denn die Mitglieder sollen aus den jetzigen Bezirksräten hervorgehen, den Vertretern einer kleinen Minorität, „denen die große Masse des Volkes ihre Stimme vorenthalten hat." Der

[1]) Schultheß a. a. O. 1879, S. 284.
[2]) W.Bl. vom 25. 10. 74.
[3]) Siehe Anm. 2.
[4]) Siehe Anm. 2.

andere Mangel ist also: „Der Ld.A. repräsentiert nicht das Land, sondern nur eine Partei." „Von der Opposition wird also niemand im Ld.A. Platz nehmen. Die e. Partei hat auf den Protest gegen die A. verzichtet, in der Hoffnung, durch nicht schroffes Verhalten die Aut. umso bälder zu erlangen. Sie bat um Gold, man hat ihr eine Kupfermünze in die Hand gedrückt. Wir werden nicht enttäuscht, weil wir nie viel erwarteten. Daß man aber diesen Ld.A. etwa für eine größere Institution, einen Beweis der größeren Liebe zum E. hinstelle .., dagegen wollten wir unsere ablehnende Ansicht ohne Zögern ... bekunden. Den Aut. wird Vertrauensseligkeit vorgeworfen. Die Fr. Z. sucht ihnen zu beweisen, wie falsch eine Politik des Verzichtes auf den Protest gewesen sei. Sie will das gute Einvernehmen zwischen den Aut. und der dt. Reg. stören und die Zugeständnisse an sie wie auch ihre Erfolge verkleinern.

Auf die Frage, wie die E.-L. selbst den Ld.A. beurteilen würden, antwortete die Z.: „Nun wird niemand behaupten, daß die e. Bevölkerung über das Geschenk von oben entzückt sein werde; denn es wäre auch gar zu demütig, wollten Bürger, welche längst in den vollen Besitz ihrer Rechte wieder hätten eingesetzt werden müssen, dafür danken, daß man endlich einige Abgg. der Minorität zu Ratgebern der Reg. macht. In der sogen. e. Partei wird man nicht übel enttäuscht sein." [1]) Den E.-L.ern wird weisgemacht, daß sie keinen Grund zur Dankbarkeit haben. Sie sollen nicht bescheiden im Fordern sein. Die Fr. Z. befürchtet eine Annäherung zwischen D. und E.-L. und arbeitet dagegen, damit ja die Aussöhnung nicht so schnell gelänge. Wir sehen, die Fr. Z. wünscht nicht nur keine Aussöhnung; sie stört noch ein gutes Einvernehmen. Indem sie nicht müde wird, die Unzufriedenheit der E.-L.er wachzuhalten, besorgt sie die Geschäfte der frz. Nation.

Die erste Session des Landes-A. dauerte vom 17. Juni bis 17. Juli 1875. Die Fr. Z. verfolgte sie mit großem Interesse, denn aus ihrem Verlauf und Ergebnis sollte hervorgehen, ob das „Experiment" zu etwas nütze sei. Eine längere Str. Korresp. setzte sich mit den Aussichten des neuen Ausschusses auseinander: „Was die frz. Ztg. jüngst über unseren Ld.A. sagten, kann als der richtige Ausdruck der hiesigen Stimmung dieser Versammlung gegenüber gehalten werden. Eine wirkliche Volksvertretung ist dieser Ausschuß nicht, trotz aller Mühe der Offiziösen. Wenn der O.Pr. nichtsdestoweniger dieser notablen Versammlung gegenüber vor „einer Basis zur Heranbildung eines eigenen Rechtsstaatswesens" spricht, so sehen wir darin eine Art von Zugeständnis, daß unsere Lage eine ganz abnorme ist. Die Beratung des Budgets wird die Hauptarbeit des Ausschusses bilden, von dem Erfolg oder Mißerfolg in dieser Richtung wird es abhängen, welchen

[1]) W.Bl. 25. 10. 74.

Einfluß der Ausschuß auf die künftigen Geschicke E.-L.s ausüben wird. Darin liegt jedenfalls der Schwerpunkt des Experiments. Kann die Versammlung die Reg. dazu bringen, so wäre es möglich, etwas dem Lande Nützliches selbst mit diesem aus Minorität hervorgegangenen Körper zu erstreben, und jedenfalls würden die Wähler, welche sich in die Abstentionspolitik zurückgezogen, wieder zu den Urnen geführt werden, um Vertreter einer energischen und hoffentlich auch demonkratischen Opposition in diese oder eine andere Versammlung zu bringen. Das liegt teilweise in der Hand des Ausschusses. Denn die Reg. kann sich weigern, die von dem Ausschuß vielleicht befürworteten Reformen auszuführen. Dann aber ist morgen die Abstentionspolitik nicht nur die der größeren Majorität, sondern des ganzen Landes. Denn ist nichts zu erringen, selbst mit einer Versammlung, die durch ein so vielfach und sorglich angelegtes Sieb gesondert wurde, so ist auch im allgemeinen ganz und gar nichts zu erstreben." [1]) An dem Artikel ist bezeichnend, daß er schwarz auf weiß beweist, wie die Urteile und Ansichten der frz. Ztgn. genau mit dem Standpunkt der Fr. Z. übereinstimmen. Beide bemühen sich entgegen den Anstrengungen der Offiziösen und Nat.Lib. zu beweisen, daß der Ld.A. keine richtige Volksvertretung sei, infolgedessen auch nicht viel Wert habe. Der Prüfstein für die Tauglichkeit des Ld.A. wird die Frage sein: Kann die Versammlung die Reg. zur Besserung der Mißstände veranlassen? Für das Gelingen des Versuches sind verantwortlich in erster Linie der Ld.A., daß er den Mut hat, Reformen zu fordern und in zweiter und letzter Linie die dt. Reg., daß sie letztere auch bewilligt. Je nachdem wird der passive Widerstand fortgesetzt oder zu energischer demokr. Opposition übergegangen werden. Von einer Gesinnungsänderung im Sinne eines Verzichtes auf den Proteststandpunkt im Falle eines Erfolges ist bezeichnenderweise auch hier nicht die Rede. Als willkommenste Frucht des Ld.A. erhofft der demokr. Korresp. wieder die Bildung einer großen allgemeinen aktiven Protestpartei, die stark und einflußreich genug wäre, der Reg. die gewünschten Rechte und Freiheiten abzutrotzen. Gewiß alles keine Eröffnungen und Berechnungen, die dt. Regierung zu größeren Zugeständnissen geneigt zu machen.

Als der Ld.A. auseinandergegangen war, stellte die Fr. Z. die Frage: „Ist das Experiment gelungen?" [2]) Die endgültige Antwort könne erst erfolgen, teilte die Z. mit, wenn die Sitzungsprotokolle veröffentlicht seien. Daß das erst nach Schluß der Session geschehen dürfe, sei ein „Fehler" der Reg. „Man hört, daß die Mitglieder der Delegation gewisse Reformen begehrt haben; Sache der Reg. ist es jetzt, diese Reformen bei dem R.T. zu befürworten und auf ihre Annahme zu drängen. Von der

[1]) W.Bl. vom 27. 6. 1875.
[2]) W.Bl. vom 1. 8. 1875.

R.Reg. hängt es nun ab zu beweisen, daß sie im Ld.A. eine ernstliche Körperschaft, nicht eine Maschine hat schaffen wollen."[1] Wir sehen, noch ganz die alte Ansicht: wenn die Dinge im E. nicht besser werden, so ist das ganz auf das Schuldkonto des Reiches zu buchen. Eine irrige Ansicht, wie die Geschichtsschreibung längst dargetan hat.

Wie wir aus der Fr. Z. erfahren, gab eine Erklärung des unterels. Bezirkstages, in der dieser wünschte, daß E.-L. aus seiner „transitorischen, ausnahmsweisen Stellung" befreit würde, den pol. Zeitungen Anlaß zu einer eingehenden Diskussion der e.-l. V.-frage. Zur Klärung des ganzen Problems stellte die Fr. Z. damals der ganzen dt. Presse unter der Ueberschrift „Die Autonomie von E.-L."[2] zwei Fragen zur Erörterung: 1. „Ist es nicht an der Zeit, das eroberte Territorium nicht ferner als bloßes Glacis zu behandeln?" 2. „Welche Form soll in Zukunft die Reg. in E.-L. haben?"

Sie selbst gab folgende Antworten: 1. Der jetzige Zustand ist haltlos. Es müssen Anstrengungen gemacht werden, das „Interim einer Art von Diktatur mit geregelten Regierungsformen zu vertauschen, welche nicht den Stempel des Ausnahmsweisen tragen." Denn, spricht der Artikel weiter, „wir gewahren nirgends eine ruhige, kräftige Entwicklung. Die Mißstimmung, welche durch das Beamtenregiment erzeugt wird, macht ein gesundes Wirken der Bürger für Gemeinde und Staat unmöglich; das Interesse an den pol. Angelegenheiten ist ein äußerst geringes, solange den E.ern nicht ein wirklich bestimmender Anteil an der Leitung der Geschäfte gewährt wird. Und für alle Zeiten kann man doch eine fleißige und gebildete Bevölkerung nicht als bloße Bewohner von Festungsmauern betrachten, die sich alles gefallen lassen müssen, was milit. Rücksichten verlangen. Den milit. Zwecken wird Genüge geleistet, indem man Wälle und Gräben baut, die Kasernen mit Soldaten bevölkert und Steuern einzieht; so sehr jedoch diese Tätigkeit der Pflege friedlicher Unternehmungen hinderlich sein mag, so bleibt doch für letztere noch Raum, und dieses freie Feld, das Gott Mars der Politik und Verwaltung übrig läßt, sollte in die Hut der E.-L.er gegeben werden."[2] Die Forderung ist gerechtfertigt, durch die „zahlreichen Mißgriffe" der dt. Behörden und die „seltsame Wirtschaft", die „oft genug in D. selbst wie im Auslande kritisiert wurde."

Für uns interessanter, weil neuartiger, sind die Ausführungen zur zweiten Frage. Die Z. schreibt: „Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß die Absicht, über E.-L. einen Landesherrn zu setzen, von Anfang an bestand, sei es nun, daß an eine Einverleibung in das pr. Königreich, eine Verschmelzung mit Baden

[1] W.Bl. vom 1. 8. 1875.
[2] W.Bl. vom 10. 10. 1875.

oder an die Einsetzung eines besonderen Fürsten gedacht wurde. Wir bestreiten etwas anderes: die Behauptung, daß die monarchische Herrschaft in dem Sinne der Offiziösen der „Grund- und Eckstein" der dt. Regierung sei. Was ihr eigener Geist ist, pflegen diese Herren dreist den dt. Geist zu nennen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie erst die dt. Geschichte eskamotieren müssen, um zu ihren Behauptungen zu gelangen. Es ist eine bloße willkürliche Forderung, in keinem Fall aber ein Prinzip der dt. Politik, .... daß in jedem dt. Staat ein Landesherr sein müsse. Monarchisch ist der Einzelstaat auch ohne besonderen Landesherrn, weil er unter dem Kaiserstaat, weil er dem Reiche angehört, das eine Monarchie ist. (!) Gar zu naiv wäre es, in heutiger Zeit eine Stadt oder ein Land, das sich nicht selbst bestimmt, sondern einem Kaiser untertan ist, noch eine Republik zu nennen. Die Auffassung, daß die Republik nur noch eine demokratische sein kann, in welcher kein fürstlicher Wille die Volkssouveränität einschränkt, ist so allgemein, daß selbst unsere Offiziösen nicht ernstlich von einem Teil des Kaiserreiches, welcher keinen besonderen Fürsten hat, sagen werden, er sei eine Republik. Daß sie heute ein aut. R.L. mit einer Republik als identisch bezeichnen, ist nur ein Kniff, die Autonomie für unmöglich zu erklären."[1]) Die Irrtümer und Kniffe, die die Fr. Z. in diesen Artikeln ihren Gegnern vorhält, konnten wir schon mehrmals, so auch hier, ihr selbst zur Last legen. Sie hat oft ihre demokr. Anschauung von pol. Dingen für die des „Volkes" schlechthin ausgegeben. Was die Offiziösen aus Absicht zu behaupten suchen, das gleiche will sie zugunsten ihres gegenteiligen Zieles unter allen Umständen ad absurdum führen. Wir finden, daß die gegnerische Seite der Fr. Z. beidesmal näher der Wahrheit war als sie selbst. Ihr pol. Ziel ist bei der e.-l. V.frage, leicht begreiflich für eine demokr. Z., mit allen Mitteln zu verhindern, daß das R.L. eine besondere monarchische Spitze erhalte. Dabei operiert sie mit einem Scheingrund, da der dt. Bundesstaat ein Kaiserreich sei, habe jedes einzelne Land im Grunde schon eine monarchische V. und widerspricht sich selbst im gleichen Artikel, da sie den Grundsatz vom monarchischen Charakter der dt. Reg. widerlegen will. Tatsächlich konnte man im Jahre 1875 ebenso gut von einem republikanischen Gliedstaat reden wie von einem monarchischen. Was die Fr. Z. für das R.L. anstrebte, eine rein repräsentative Landesvertretung, ohne besonderen Landesfürsten, als Träger der Ld.Gesetzgebung Ld.-staatsgewalt, war doch gewiß nichts anderes als ein parlamentarisch-republik. Bundesstaat unter der nominellen Oberhoheit des dt. Kaisers, welche V. mit dem romantischen Begriff der R.unmittelbarkeit verdeckt wurde.

[1]) W.Bl. vom 10. 10. 75.

In einem weiteren Artikel „über Ld.A. und Ld.vertretung“[1]) führte die Z. einen neuen Grund für die Einführung einer Ld.vertretung an, bestimmte den Begriff der Autonomie und verteidige ihre Forderung, die nicht auf Schaffung eines souveränen Partikularstaates ausgehe und mit dem R.Recht ganz im Einklang stehe: „Der R.T. ist nicht die Behörde, die sich zur Behandlung aller Verwaltungsangelegenheiten des R.L. eignet; sehr viel könnte von den E.-L.ern rascher und besser getan werden. Das Begehren nach Einräumung eines größeren Einflusses der E.-L.er auf die Bestimmung ihrer eigenen Geschicke heißt man „Autonomie“. Mit der Forderung der Autonomie eines Ld. soll gemeint sein, es hat dieses Ld. im Rahmen des größeren Staates ganz seine Angelegenheiten selber zu regeln. Eine Verwechselung zwischen Souveränität und Autonomie ist nicht möglich, außer absichtlich. Ueber Souveränität läßt sich weitläufig diskutieren; indem man das Wort Aut. wählt, geht man allem Streite aus dem Wege und erklärt, es wolle E.-L. auf dem Boden der tatsächlichen Verhältnisse nicht mehr und nicht weniger, als jedem dt. Einzelstaate zukommt: innerhalb der allgemeinen, verfassungsmäßigen Vorschriften seine besondere Angelegenheiten selber bestimmen zu wollen. Das enthält nichts, was mit der Rechtsordnung des R. in Konflikt käme; ihre Ausführung würde im Gegenteil einen Ausnahmezustand beseitigen und eine normale Lage schaffen, wie diese in allen anderen der R.V. unterstellten Ländern der Fall ist“.... „Eine Landesvertretung, welche nur beraten, nicht auch beschließen kann, ist... nach der Auffassung eines Zeitalters, das das allgemeine Stimmrecht kennt, mit dem Fluche der Lächerlichkeit beladen. Sie verschleppt eigentlich die Geschäfte nur.“[1])

Wir fassen kurz zusammen, was sich bisher an Kritik und Forderungen aus der Debatte im Anschluß an den Ld.A. von 1874 ergeben hat: Das R.-L. befindet sich nach Ansicht der Fr. Z. noch immer in einem unhaltbaren polit. Ausnahmezustand, der die E.-L.er allen anderen R.dt. gegenüber in schreiendes Unrecht setzt. Die Sachlage wird durch den Ld.A. nicht gebessert, der ein ganz ungeeignetes Institut ist, da er nur Ratschläge erteilen, aber keine Beschlüsse fassen darf, in geheimen Sitzungen verhandeln muß, kein Initiativrecht hat, aus indirekter Wahl hervorgegangen und an Eidesleistung gebunden ist, so daß er nur eine winzige Minoritätspartei vertritt. Dem R.-L. kann nur durch Gewährung von Aut. geholfen werden. Das bedeutet nicht, daß die E.-L.er eine völlige Unabhängigkeit vom Reich erstreben sollen, sondern nur, daß ihnen vom R. die gleichgroße staatliche Machtfülle übertragen wird, wie sie alle Bundesstaaten besitzen. Die Auton. kann nur verwirklicht werden, indem die „halbe und matte Schöpfung des

[1]) W.Bl. vom 7. Nov. 1875.

Ld.A." durch eine aus direkten Wahlen hervorgegangene, wahrhaft repräsentative Ld.vertretung ersetzt wird. Die Bewilligung der Aut. steht nicht im Widerspruch zur R.V., vielmehr schafft sie erst den normalen Zustand, den sie ihrer Natur nach in allen Gliedern des R. voraussetzt. Der monarch. Charakter des Dt. R. verlangt nicht, daß die Reg. eines auton. R.L. eine monarchische Spitze haben müsse. Auch ohne besonderen Landesherrn kann E.-L. nie eine Republik im modernen Sinne sein, weil es immer Teil eines Kaiserreiches bleibt.

In dieser ersten Phase journalistischer Diskussion über die Frage der e.-l. Autonomie wurden nur die groben Umrisse herausgearbeitet. Einzelheiten zum Aufbau eines e.-l. Bundesstaates, wie z. B. sein Verhältnis zum Kaiser, zum R.K. und R.K.Amt und die Gestaltung einer neuen selbständigen Verwaltungszentrale oder die Frage der Vertretung im Bundesrat, wurden erst später erörtert, nachdem die reale Entwicklung schon weiter fortgeschritten war.

Die Haltung der Fr. Z. stimmt in diesem besonderen Falle mit ihrer allgemeinen Stellungnahme gegenüber der e.-l. Frage überein. Die Z. identifiziert sich ganz mit den E.-L.ern und kritisiert die dt. Politik als mangelhaft. Dabei arbeitet sie nicht zugunsten der D. freundlicher gesinnten Autonomistenpartei, obwohl die Z. selbst in ihren prakt. Zielen u. der von ihr vorgeschlagenen aktiven Parteipolitik der e. Partei näher stand als den von ihr geförderten Protestlern. Zu dieser Haltung wurde die Fr. Z. mindestens ebenso sehr durch Gefühlsmomente der Abneigung gegen das monarchische D. und stark entwickelter Sympathien für F. als um demokratischer Anschauungen willen veranlaßt.

## B. Die neue Landesgesetzgebung und die Frage eines elsäßischen Ministeriums.

### 1. Der beschließende Landesausschuß.

Die zweite Entwicklungsstufe des Ld.A. wurde durch das R.G. vom 2. Mai 1877 eingeleitet. Die Vorlage dazu schuf für die Auseinandersetzungen in der Presse über die e.-l. V.frage eine neue Grundlage. Die Fr. Z. konnte schon im Mai 1876 feststellen: „Die Diskussion hat Klarheit geschaffen und das ist ein Fortschritt." Sie hatte auch bald Ursache, zufrieden zu sein, da ihre Ansicht über die Organisation des e.-l. Staatswesens „von vielen Angehörigen anderer Parteien im wesentlichen geteilt" werde. Den Kern der neugefestigten und bereits weiter verbreiteten Ansicht sehen wir in folgenden Worten: „Die Ld.vertretung erscheint als der einzige Ausdruck der Autonomie. Diesseits und jenseits des Rheins wissen diejenigen, welche ehrlich die Aut. von E.-L. wünschen, was allein angestrebt werden kann und darf; sie be-

sitzen einen festen Maßstab für die Beurteilung dessen, was die Reg. gewährt."[1])

Von einer solchen Warte aus mußte die Vorlage betr. die Ld.gesetzgebung in E.-L. vom 10. Mai 1876 natürlich für unzulänglich befunden werden. Die Fr. Z. schrieb darüber: „Der R.T. wird der bisherigen Last ledig, das ist der scheinbare Vorteil, in Wahrheit bietet das Gesetz nur Nachteile. Der bloß beratende Ld.A. ist doch dadurch nicht zur Ld.vertretung umgeschaffen, daß er nun in Gemeinschaft mit der Reg. die Gesetze ins Leben ruft. Er hat wie zuvor, bloß beratende Stimme. Er kann eigentlich nur ja, nicht auch nein sagen; seine gesetzgebende Macht ist also eine äußerst geringe. So ruht denn fortan das Recht der Gesetzgebung sozusagen ausschließlich bei der Reg. Der R.T. mag sich bedanken, daß er weniger zu tun hat, daß er nicht über Angelegenheiten urteilen muß, die er nur sehr flüchtig kennen zu lernen im Stande war; er mag aber auch nicht vergessen, darüber nachzudenken, ob er gut tut, einen Teil seiner Befugnisse einfach der Reg. auszuliefern. Der Ld.A. hat bloß **eine** Minderheit der Bevölkerung hinter sich und über seine Schwelle durfte nur treten, wer den Huldigungseid schwören wollte .... Die Reg. hat also doppelten Profit, sich die Opposition im R.T. hinsichtlich aller Verhandlungsgegenstände, welche die Gesetzgebung des R.L. betreffen, vom Hals geschafft, und zum Mitarbeiter ihren eigenen Schatten erhalten zu haben. Dieser Entwurf, der statt von der Diktatur weiter wegzuführen, zu ihr hinführt, ist ganz unannehmbar."[1]) Die Kritik könnte man sich schärfer nicht vorstellen. Die Fertigkeit, der R.Reg. schlimme Absichten anzuhängen, ist erstaunlich.

Laut Meldung des Blattes teilte auch das Els. Journal grundsätzlich seine Ansicht, „daß eine Deputiertenkammer mit beschließender Stimme ohne Deput.-Eid zum Kristallisationspunkt für alle E.er werden könne, welche den Interessen des Landes durch Beteiligung an den Staatsgeschäften zu dienen gedächten."[2]) Trotzdem empfahl es die Annahme des Entwurfes. Darauf verteidigte die Fr. Z. ihre Ansicht nochmals. Am Schluß des Art. nennt sie als ihr letztes und schwerwiegendstes Argument die moralische und kulturelle Berechtigung der Forderung einer unverzüglichen, vollen Autonomie: „Wäre die Ld.vertretung etwas so Großes, so Ideales, daß sie erst von einer ferneren Zeit erhofft werden könnte, so würden wir dem E. Journal zustimmen. Die Forderung ist aber gerecht, bescheiden, maßvoll; nur wer die E.er für ein Volk von Wilden ansähe, könnte ihnen mehrere Jahre nach der A. aus dem Verlangen nach Selbstverwaltung einen Vorwurf machen." Am 1. Juli 76 nahm der Ld.A. die Vorlage an. An seiner Haltung rühmte die Zeitung „die Unzweideutigkeit,

[1]) W.Bl. vom 21. 5. 76.
[2]) W.Bl. vom 4. 12. 76.

mit welcher die aut. P. die Einrichtungen einer Dep.kammer überhaupt und die Einsetzung einer besonderen Ld.V. für E.-L. als das Ziel ihrer Bestrebungen bezeichnet hat." [1]) Doch handelte der Ld.A. mit der Annahme nicht klug. „Wie hätte er es machen sollen? Das Anerbieten der Reg. ablehnen und die unverzügliche Konstituierung des R.L. als mit den anderen gleichberechtigten dt. Bundesstaat fordern. Es wäre das eine Art Streik gewesen von vielleicht größerer Wirkung als jegliches Paktieren." Dieser Artikel ist ganz in dem uns schon vertrauten Stile der Fr. Z. gehalten: da wird wieder laut in die moralische Trompete gestoßen und die Gerechtigkeit und Billigkeit der e.-l. Forderungen kundgetan, um die politische Unmöglichkeit ihrer Erfüllung zu verdecken und die ärmliche Kargheit der dt. Reg. umso mehr verspotten und mit der Stimme des gerechten Zornes verdammen zu können. Den Auton. wird wieder ihre Bereitwilligkeit, mit der dt. Reg. das Problem in gemeinsamer Arbeit zu lösen, reichlich verdacht. Die Fr. Z. möchte wohl einen Streit zwischen dem Ld.A. und der Reg., eine Zuspitzung der politischen Lage wünschen. Der Friede im Lande störte sie. Es ist unbezweifelbar: Die Fr. Z. lehnt die Aut.P. nur ab wegen ihrer Versöhnlichkeit. Sei es bloß Zufall, sei es subjektiv bewußte Sympathie, ein unbefangeer Beobachter mußte die Haltung der Fr. Z. als franzosenfreundlich kennzeichnen. Mochte sie auch ihren demokratischen Patriotismus beteuern und so tun, als ob für sie in der e.-l. Frage die nationale und kulturelle Alternative: dt. oder frz. nicht existiere, als ob sich ihr alles um die Demokratie allein, um die Frage der bürgerlichen Freiheit drehte, um den demokr.-republ. oder monarchisch-konstitutionellen Aufbau des dt. Staates, und um den Machtgegensatz zwischen Krone und Volk, Reg. und Parlament. Sie mußte sich dessen bewußt sein, daß das e.-l. Problem nie ganz aus dem Widerstreit des dt. und frz. Nationalismus herausgehoben werden konnte, daß ihre entschiedene Stellungnahme für die Protestpartei letzten Endes nicht den E.-L.ern, sondern F. zugute kam. Wir begreifen aber, daß der Fr. Z. diese Tatsache von allen dt. Ztgn. am wenigsten des Gewissen beschwerte, wenn wir an ihre Gefühle für das dt. Kaiserreich und für die frz. Republik denken.

### 2. Ein e.-l. Ministerium in Berlin und die Vertretung des Reichslandes im Bundesrat.

Schon im Nov. 1875 hatte Bismarck um einer Geschäftserleichterung willen dem O.Pr. das Amt eines e. Ministers angeboten, allerdings mit dem Amtssitz in Berlin. Das hatte Möller abgelehnt, weil er schon immer der Meinung gewesen war, daß E.-L. nicht von Berlin aus regiert werden könne. [2]) Bismarck suchte

[1]) W.Bl. vom 18. 6. 1876.
[2]) Wolfram, a. a. O. S. 47 ff.

nun auf andere Weise sein Ziel zu erreichen, sich von einem Teil seiner fast übermenschlichen Amtslasten zu befreien. Infolge eines Personalwechsels zweigte er am 1. Juni 76 die Abteilung für E.-L. vom R.K.Amt ab, unterstellte sie sich direkt und gestattete dem Abteilungsdirektor Herzog „in Vertretung" zu unterzeichnen. Für weitere, tiefgreifende Veränderungen wurden im Etatentwurf über die R.behörden Mittel angefordert, „um .... eine unter der Verantwortlichkeit des R.K. stehende, selbständig organisierte, oberste Behörde für die e.-l. Ld.verwaltung mit dem Sitze in Berlin zu bilden." Dazu schrieb die „Norddt. A. Z." erläuternde Artikel und in der dt. Presse diskutierte man nun die Frage eines e. Ministeriums und die Vertretung des R.L. im B.R. Letzteres Problem war zunächst dadurch gelöst worden, daß Möller am 13. März 1875 eine pr. Bundesratsstimme erhalten hatte.[1])

Der Tendenz einer Zentralisierung der e.-l. Verwaltung und Regierung in Berlin trat die Fr. Z. scharf entgegen. Den Wert eines e.-l. Ministeriums für die Lösung der Frage der Autonomie schlug sie sehr gering an. Sie äußerte sich im Mai 1876 dazu: „In Regierungskreisen wird allmählich eingesehen, daß der heutige, unfertige Zustand nicht länger dauern kann, an die Stelle des Provisoriums soll ein Definitum treten, das R.L. soll einer ausgesprochenen, staatsrechtlichen Stellung im R. und gegenüber dem R. nicht länger entbehren. Die Einsetzung eines Ministeriums ist die simpelste Maßregel, welche man treffen könnte, und zugleich das geringste Zugeständnis der Reg. an die aut. Partei. Auf keinen Fall ist mit der Einsetzung eines eigenen Ministeriums etwas Bedeutendes erlangt. Wir können uns ein solches Ministerium nur vorstellen: es bestände aus mehreren E., welche der Kaiser ernennen würde, und die als E.-L. Abteilung der R.Kanzlei zu fungieren hätten, mit anderen Worten: aus einigen Männern e. Herkunft, die unter Fürst Bismarcks Leitung inskünftig diejenigen Geschäfte besorgen müßten, welche bisher von Nicht-E.ern besorgt worden sind."[2]) Da haben wir wieder ein Beispiel für die Methode der Verkleinerung der dt. Zugeständnisse. Mit ihren letzten Sätzen macht die Z. den Plan beinahe lächerlich.

Als am Ende der Session des Ld.A. vom gleichen Jahr die Protokolle erschienen waren, gab die Fr. Z. dem Ld.A. in seiner Beurteilung der schwebenden Fragen nachträglich recht: „Den Fragen gegenüber, ob ein e. Ministerium und ob E.-E. im B.R. vertreten sein soll, hat der Ld.A. in richtiger Weise Stellung genommen. Er empfahl Erweiterung der administrativen Gewalt des O.Pr. in Straßburg, welcher das Zutrauen der Bevölkerung in höherem Grade besitzt, als es irgend ein Beamtenbüro

[1]) Wolfram, a. a. O. S. 45.
[2]) W.Bl. vom 7. Mai 1876.

in Berlin erlangen könnte. — Das Votum Klein beleuchtete das Widerspruchsvolle einer solchen Vertretung. Die e. Delegierten würde der Kaiser ernennen; sie könnten somit bloß die Stimme Pr.s verstärken; denn es ist nicht einzusehen, wie der Kaiser den Vertretern E.-L.s andere Instruktionen zu erteilen vermöchte, als der König von Pr. sie den Vertretern Pr.s erteilt."[1] Bemerkenswert ist wieder die sachliche Uebereinstimmung der Fr. Z. mit der Aut.Partei. Die Fr. Z. hält aber nach wie vor zu den frz. gesinnten Protestlern.

Im Oktober 1876 war die Z. mit einem Pressestreit beschäftigt, der im Lager der Offiziösen, der „Straßb. Z." auf der einen und der „Provinzialkorrespondenz" und der „Norddt. A. Ztg." auf der anderen Seite ausgebrochen war. Die Fr. Z. ergriff dabei im Interesse der e.-l. Autonomie die Partei des O.Pr. und lehnte das Ministerium in Berlin noch einmal entschieden ab, da es einen Rückschritt in der Entwicklung bedeute: „Nicht einzig läuft die Person des O.Pr. Gefahr, sondern auch die annekt. Provinz; statt immer mehr zur Selbstverwaltung geführt zu werden, scheint sie von derselben weggeführt zu werden, durch Verlegung des Schwerpunktes der Administration von Straßburg nach Berlin. — Die E.er befürchten zweierlei: a) daß Herr von Möller in einer Beschränkung seiner Amtstätigkeit einen Fingerzeig sähe, der ihn zum Weggang bestimmen könnte, b) daß nach Möllers Demission die Oberpräsidentenstelle kassiert würde. — Der jetzige O.Pr. hat sich die Achtung der Bevölkerung erworben; das entnehmen wir den Stimmen der Presse, schließen es aber auch selbst aus dem Takte, mit welchem Möller wiederholt dem Uebereifer seiner Untergebenen gesteuert hat. Ist der oberste Beamte im R.L. ohnehin nicht auf Rosen gebettet, hat er mannigfache Rücksichten zu nehmen und mit vielerlei Schwierigkeiten zu kämpfen, so wird man schon darin ein Zeugnis der Anerkennung für seine Amtierung erkennen müssen, daß bei der Vermutung, es stehe ein Wechsel bevor, sich in der Bevölkerung Besorgnisse geltend machten. Wem wirklich daran gelegen ist, unfertige Zustände nicht in noch größere Verwirrung zu bringen, wird also nur wünschen können, daß wenigstens das relativ gute Verhältnis, in welchem sich der O.Pr. zu denen, mit welchen er verkehrt, befindet, nicht gestört wird. Wir müssen das verlangen nicht bloß aus Gerechtigkeitsgefühl, damit dem O.Pr. nicht gerade für das schlecht gelohnt wird, das ihm einiges Vertrauen erwarb, sondern noch weit mehr wegen der Bevölkerung selber, welche nicht einer anderen Hand preisgegeben werden soll, die .... wahrscheinlich minder geschickt sein würde."[2] Dieser Artikel fällt durch seinen ruhigen, sachlichen Ton in angenehmer Weise

[1] W.Bl. vom 18. Juni 1876.
[2] W.Bl. vom 15. 10. 1876.

aus der Reihe der übrigen heraus. Der O.Pr. besitzt also, wie die Fr. Z. ausdrücklich bestätigt, guten Takt und verdient ihr Lob für seine förderliche Amtsführung. Da fühlt man umso deutlicher das Unerfreuliche ihres gewöhnlichen Tons und ihres Abstandes von der wünschenswerten Haltung. Es scheint weniger eine mangelhafte dt. Verwaltung, wie die Z. ihre Leser glauben machen wollte, der Grund zu dem Mißverhältnis zwischen dem größeren Teil der Bevölkerung des R.L. und D. gewesen zu sein, als eine systematische Agitation und Verhetzung zur Wachhaltung einer gereizten Unzufriedenheit in E.-L. Die Fr. Z. kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, in diesem schlimmen Spiel dt.seits die Hauptrolle gespielt zu haben.

## C. Die Kaiserreise von 1877 und die „Stimmung" im R.L.

### 1. Die Straßburger Festlichkeiten.

Nachdem der dt. Kaiser seit dem Kriege zum ersten Mal wieder im Herbst 1876 im E. geweilt hatte, wo er einem Manöver um Weißenburg beiwohnte, besuchte er das R.L. auf einer längeren Reise im Mai 1877. Diese Kaiserreise hatte einen vorwiegend militärischen Zweck und galt der Besichtigung der Festungswerke von Straßburg und Metz. So wurden vor allem diese beiden Städte besucht und der Bezirk Oberelsaß gar nicht berührt. Ueber den Empfang des Kaisers und das Verhalten der Bevölkerung berichtete der Redakteur der Fr. Z., Theodor Curti, in einer Reihe von sechs Briefen. Sie beleuchten gut die Haltung der Fr. Z. zur e.-l. Frage, und wir müssen uns näher mit ihnen beschäftigen.

Eingangs des ersten Briefes, der von Straßburg datiert ist, erzählt der Verfasser, der sich offen als Republikaner bekennt und über schlechte Verse anläßlich des kaiserlichen Besuches den albernen Witz macht: „Aber es scheint eben auch in der Dichtkunst mit der Monarchie abwärts zu gehen,"[1] daß er schon zweimal als Berichterstatter seiner Zeitung im E. geweilt habe. Ueber die Absicht seines jetzigen, dritten Aufenthaltes sagt er folgendes: „Im Jahre 1873 war von einer Aenderung, die sich etwa seit der A. vollzogen hätte, wenig zu verspüren. Die Frist war zu kurz; wichtig wird es sein, zu untersuchen, welchen Weg die Geschichte des R.L. von dem zweiten Markstein an bis jetzt zurückgelegt hat, und zu erfahren, ob die Kaiserreise, die nicht ohne pol. Absicht unternommen sein kann, einen Wendepunkt bedeutet. Vielleicht gelingt es mir in der Folge, ein hinlänglich klares Bild der pol. Verhältnisse im R.L. zu entwerfen."[2]

[1] 77. 122, 1.
[2] 77. 122, 1.

Ueber den Einzug des Kaisers in Straßburg lesen wir: „Von den Balkonen und aus den Fenstern schauten fast nur Frauen, woraus ich schließe, daß die Männer feiernde dt. Beamte oder daß es Mitglieder von Behörden waren, welche auf dem Bezirkspräsidium den Kaiser erwarteten, oder um mich deutlicher auszudrücken, daß die e. Familien keinen Anteil an den Manifestationen nahmen. Viele Häuser zeigten geschlossene Fensterläden. Ich weiß nicht, ob sie bewohnt sind." Im Gruß des Kaisers lag „etwas Einfaches, dem es nicht an Bescheidenheit und einer gewissen Herzlichkeit fehlte. Ich muß aber beifügen, daß gar viele der Umstehenden weder den Hut zogen noch zujubelten. Die Frauenwelt, die nicht hoch oben stand, verhielt sich recht schweigsam... Nach Beschreibungen, welche ich von dem Einzug Napoleons III. gelesen, der **bald** nach dem Staatsstreich hierher kam und mit seinen Reiterkunststückchen das Volk ergötzte, war damals die Feststimmung ungleich lebendiger.... Man mag daraus die gehörigen Schlüsse ziehen. Drastischer als ich es getan hätte, bestimmte ein dt. Student in meiner Nähe das Verhältnis zwischen den festteilnehmenden Soldaten und Zivilpersonen. Das Militär, sagte er, bildet eigentlich das Publikum." [1])

Im zweiten Brief nimmt der Berichterstatter das Wort zu einer grundsätzlichen Stellungnahme zum dt. Universitätsleben, das ihm sehr reformbedürftig erscheint. Die Organisation der Universität nach dt. Muster ist ihm ein schweres Aergernis: „Die Universität spielt bei der Kaiserfeier eine besonders große Rolle... Ich bin aber immer besonders argwöhnisch, wenn unser Universitätsleben in Frage steht, denn die dt. Wissenschaft und die dt. Hochschule sind nicht gleichwertige Begriffe. Man kann fast zehn gegen eins wetten, daß jedesmal, so oft die Studentenschaft auf die Bühne tritt, ein Gebrechen unserer sozialen Zustände offenbar wird." „Auf diesem Boden erhält sich das Standesbewußtsein, welches im bürgerlichen Leben stark in die Brüche gegangen... Die Studenten wollen ein Fest im Feste feiern, wie sie einen Staat im Staate bilden wollen. Wäre dem nicht so, so würden sie sich unterschiedslos unter alle übrigen Staatsbürger mischen... Ich sehe nicht ein, weshalb im Leben der Gesellschaft die Hochschule etwas besonderes haben soll. Hier im E. machen derartige Demonstrationen... zudem einen fremden Eindruck. Dieses Sichhineinleben in eine abgetane Vergangenheit bewundert man nicht. Daß die E.er etwas gewonnen haben, indem ihnen dieses Stück Romantik zurückgegeben wurde, kann ich unmöglich glauben. Es ist und bleibt nach der frz. Revolution ein Anachronismus." [1]) Wieder ein Beleg für die unhistorische, aufklärerische Denkweise der Fr. Z. Ebenso für die Tatsache, in welch überragendem Maße die Ideen der frz. Revol.

[1]) 77. 125, 2.

von 1789 von der Gleichheit und Freiheit das Denken der Männer von der Fr. Z. geleitet haben.

Der Grundmangel der Straßburger Festlichkeiten aber ist, daß sie einen „ausgesprochen militärischen Charakter" tragen. „Der Gefeierte und sein Gefolge erschienen immer in Uniform und man hatte nicht vergessen, kundzutun, daß die Uniform des Kaisers eine preußische war."[1])

Anläßlich einer Rede Schlumbergers, der damals Präsident des Ld.A. war, und deren „schlichte Redeweise, welche sich nicht in einer Häufung untertänigster Redensarten" gefiel, ihm angenehm war, hielt der Verfasser den auton. R.T.Abgg. vor, daß sie sich „etwas strammer benehmen" sollten. „Im Ld.A. ist sehr oft die Autonomie in einer Weise betont worden, die den besten Eindruck machte. Da wir aber gesehen haben, daß, sobald es zum Entscheid kommt, auch das geringste Zugeständnis der Reg., welches vielleicht nur gerade den Zweck hat, sich ein größeres für lange Zeit zu ersparen, dankbarst anerkannt wird."[2]) Den Auton. wird wieder ihre Bereitwilligkeit, der dt. Reg. entgegenzukommen, zum Vorwurf gemacht. Die E.er sollten sich nicht dankbar zeigen. Das E. hat keine Ursache, D. zu danken. Es soll um sein Recht opponieren.

Ueber die Gesinnung der Straßburger urteilte der Berichterstatter wie folgt: „Als bemerkenswert verzeichne ich, daß die kath. Bevölkerung in den unteren Klassen mit der neuen Lage der Dinge sich nicht leicht versöhnt. Will man ein Bild davon gewinnen, welche Freunde und welche Gegner der heutige Zustand hat, so darf man die Religion nicht außer acht lassen. Ich spreche zunächst von Straßburg. Da zählt in den wohlhabenden Schichten die dt. Reg. offenbar wenig Anhänger; am wenigsten hat sie die Frauenwelt für sich, die irréconciliable ist. — Man hat dann auch von der Bourgeoisie niemand, der nicht gerade seiner Stellung wegen müßte, an dem Fest sich beteiligt sehen, und diejenigen, die es noch vielleicht hätten tun wollen, hüteten sich, um nicht die gesellschaftl. Verbitterung, von welcher jetzt das Straßburger Leben heimgesucht ist, noch zu vermehren. — In den unteren Klassen ist das Verhalten schon bedeutend anders als in den oberen. Unter den Protestanten sind viele, die sich mit der Aenderung abgefunden haben. Und auch unter den Katholiken soll es deren geben. Die Dt.gesinnten sind jedoch mit dem Bekenntnis ihrer Ansicht nicht so laut wie die Franzosenfreunde, die auch, wie man mir versichert, zur Stunde noch viel von der Revanche reden und mit einer fanatischen Zuversicht auf sie hoffen.... Wesentlich anders als in der Stadt ist das Resultat, zu dem ich bei der Prüfung der Verhältnisse auf dem Lande gelange."[3])

[1]) 77. 125, 2.
[2]) 77. 127, 2.
[3]) Siehe Anm. 2.

## 2. Das unterelsäßische Landvolk.

Die hier in Frage kommenden Ausführungen aus dem vierten Brief sind bemerkenswert, wenn man sie mit früheren Artikeln der Fr. Z. vergleicht. Wir lesen: „Die ländliche Bevölkerung hat sich unstreitig D. weit mehr genähert als die städtische. Auch da sind nicht alle Kundgebungen spontan, ungemacht, aber wir müssen unbedingt einen Unterschied feststellen zwischen der meist aufrichtigen Sympathie der Bauern und dem durch die Konvenienz diktierten Entgegenkommen in den Städten. Als Kaiser Wilhelm die Forts um Straßburg besuchte und auf dieser Rundreise durch die Dörfer kam, gestaltete sich seine Ankunft mehr als einmal zu einem enthusiastischen Feste... Der e. Bauer ist kein großer Politiker, an dasjenige, was freiere Geister als er unter den damaligen Verhältnissen leiden, denkt er nicht, und insbesondere hat der Militarismus hier, wo das Landsknechtstum heimisch ist, nicht eine so schreckhafte Gestalt. Zum ursprünglichen Konservatismus des Bauern kommt die Freude an einem solchen Fest überhaupt und die Ehrfurcht für den Mächtigen, der hoch über ihm steht. Zur nap. Zeit war die bäuerliche Bevölkerung vorübergehend imperialistisch; die Städte hatten republikanische Neigungen; es ist also auch geschichtlich leicht zu erklären, warum heute jene dem neuen monarchischen Staat, welcher an die Stelle des früheren getreten ist, sich williger einfügen als diese... Das e. Landvolk ist nie frz. gewesen, es dachte und sprach deutsch von Lothringen bis hinauf in die Umgegend von Belfort." [1])

„Mit einem Wort: Das Landvolk ist von der frz. Bildung so gut wie unberührt geblieben. Nun freut sich der gemeine Mann, daß ihm die Muttersprache wieder ein Schatz geworden, aus dem er für alle Lebensbedürfnisse schöpfen kann. An F. aber rächt sich auch diese Sünde des Empires, welches beabsichtigte, die frz. und die dt. Elemente langsam zu knechten. Unsere Freude über den vollen Klang, welchen der heimatliche Laut hier wieder annimmt, könnte eine größere sein, müßten wir nicht gerade denken, daß augenblicklich dieser Gewinn einer Staatsform zugute kommt, welche nicht die von uns gewünschte ist und einem Reg.-system, das nicht die Freiheit im Wappen führte." [2]) Wie passen nun diese der Wahrheit entsprechenden Berichte zu den Artikeln der Fr. Z. aus den Kriegsjahren 1870 und 71? Dort [3]) behauptete die Fr. Z.: Die .Ler sind unvermischte Keltoromanen und sprechen nur die frz. Sprache", ferner „die Revolution von 1789 hat die ehemaligen Dt. zu guten Frz. gemacht." Wir erkennen wieder, daß es bei der Fr. Z. mit der Wahrheit in ihren pol. Artikeln nicht

[1]) 1877. 128, 2.
[2]) 77. 128, 2.
[3]) Siehe oben Seite 19. Anm. 1 und 4.

immer aufs Beste bestellt war. Sie verschweigt, behauptet zu viel und operiert mit halben Wahrheiten wie sie es braucht zur Stützung von parteipolitischen Vorurteilen. Weil sie gegen die A. war, machte sie alle E.-L. zu vollkommenen Frz. Um die versöhnliche und verdienstvolle dt. Politik im R.L. in Abrede stellen zu können, behauptet sie vom gesamten Landvolk des R.L. „von Lothringen bis hinauf in die Umgegend von Belfort" ein paar Jahre später, daß es „nie frz. gewesen", sondern immer „deutsch dachte und sprach." Dazu sucht sie, getreu ihrer Methode der Verkleinerung der Erfolge deutscher Politik im E., die günstige Stimmung aus allen anderen Gründen und Ursachen zu erklären, um wenig Gutes von der dt. Rg. vermelden zu müssen.

### 3. Metz und das Lothringer Land.

Ueber die Stimmung in diesem am meisten mit frz. Elementen durchsetzten Landesteil gab der Spezialkorresp. folgende Auskunft: „Daß die eingeborene Bevölkerung sich in der l. Stadt passiv verhalten werde, war anzunehmen und deshalb hatte auch der heutige Tag nichts Ueberraschendes. Aeußerlich besehen, trug Metz ein sehr festliches Kleid ... Um den Anteil der Metzer Bürgerschaft zu erkennen, mußte man jedoch hinter die Flaggenmasten gucken. Da fanden sich denn allerdings viele Häuser, von denen weder ein Kränzlein, noch ein Fähnlein winkte. Die Aufschriften der Magazine mit den Namen frz. Besitzer gaben sofort Aufschluß."[1]) Später fährt er fort: „Manchmal überkommt uns das Gefühl, daß nicht das Volk, welchem diese Erde gehört, jetzt das begeisterte sei .... Die e. Bevölkerung ist mit den dt. Stämmen aus der gleichen Wurzel entsprossen und so hat die Hoffnung Raum, daß sie im Zeitenlaufe sich in D. wieder hineinfinden. Welches aber ist das Band, das in und um Metz, der von alters her franz. Stadt (?), jemals die Geschiedenen vereinen wird?" Es fällt auf, daß die Fr. Z. bei der Geringschätzung des Nationalismus im allgemeinen, sofort diese Haltung verläßt, wo nationale Minderheiten in D. selbst in Frage kommen.

### 4. Ergebnisse.

In den letzten Briefen vom 14. Mai faßte der Berichterstatter die Eindrücke seines Aufenthaltes im R.L. zusammen. Den Zweck der Kaiserreise sah er darin, „versöhnend zu wirken, größere Zufriedenheit mit dem heutigen Zustand und Sympathie des R.L. für das Reich zu erwerben."[2]) Er glaubt, daß der Erfolg „wenigstens für einen Teil der Provinz sehr wahrscheinlich ist." „Straßburg, noch mehr Metz", ferner die l. Dörfer, haben sich, wenn man genau sein will, kühl ablehnend verhalten, dagegen erwies sich das unterelsässische Land-

[1]) 77. 128, 2.
[2]) 1877. 134, 1.

gebiet (das Ober-E. wurde bekanntlich nicht berührt) dem Repräsentanten der neuen Staatsordnung geneigt. Arbeitete auch in den Dörfern um Straßburg der offiziöse Apparat nach Kräften, so arbeitete er doch nicht ausschließlich, sondern neben ihm gewahrte man in den Manifestationen das Volksgefühl. — Wir kommen zu der Ueberzeugung, daß im Unter-E. die dt.-freundliche Gesinnung rascher in der Zunahme begriffen ist ... Dennoch würde sich täuschen, wer den Sieg der dt. Sache für vollständig besiegelt halten wollte. Bestärkte das Erscheinen des Kaisers diejenigen in ihren Sympathien, welche solche schon hatten und zog es die Schwankenden ins andere Lager hinüber, so ist doch die Gegenpartei noch sehr mächtig ... In der Stadt Straßburg hat die dt. Partei nicht in der Weise die Oberhand, wie man es nach den letzten R.T.Wahlen glauben machen wollte. Bei scharfer Beobachtung finden wir im Gegenteil eine Stimmung, die bitterer ist, als sich nach den Wahlergebnissen erwarten ließ." [1]) „Die Niederlage Lauths scheint zum guten Teil nicht etwa durch Schwäche der Protestierenden, sondern durch Mängel in der Organisation verschuldet zu sein ... Auch hat die Aut.Partei, welche goldene Berge versprach und damit das Vertrauen der Bürger gewann, ihr Versprechen nicht eingelöst .... Zur Beschwichtigung der Gemüter fehlt noch viel, das beweist die stetige Fortdauer der Auswanderung, die als bemerkenswerte Erscheinung der Einwanderung solcher, welche für F. optiert hatten, gegenüber steht. — In die Lücken sind viele Dt. aus dem Reich eingetreten; der Ersatz war aber kein hinlänglicher. Leider bereiten manche Einwanderer dem Mutterland nicht einmal Ehre. [2]) — Die Auswanderung muß aufhören, von Seiten der dt. Behörden muß alles getan werden, die letzten Landeseinwohner vor jeder Kränkung zu bewahren. Ein Dorn in der letzteren Augen muß vor allem die Polizeiverwaltung mehrerer größerer Städte sein, auch selbst dann, wenn gegen die staatlichen Funktionäre selbst keine persönliche Antipathie besteht."

Für die dt. Beamten im R.L. sah der Verfasser die Folge in einem „erhöhten Eifer .... in der Ausführung ihrer Mission." „Es ist bloß zu wünschen, daß dieser Eifer kein Uebereifer sei ... Das Beamtentum fällt leicht in den Wahn, das Volk sei bloß seinetwegen da, nicht umgekehrt .... Dennoch sind, glaube ich, Klagen über die amtierenden Persönlichkeiten nicht häufig, vielleicht nicht häufiger als zur Zeit der frz. Bürokratie. Was gerügt wird, betrifft eher Mängel in der Gesamtorganisation, als Fehler der ausübenden Beamten." [3]) Es fehlt nicht an Beamten, [4])

[1]) 77. 134, 1.
[2]) Leider muß auf dem Gebiet der dt. Presse das Gleiche von der Fr. Z. selbst gesagt werden.
[3]) 77. 134, 1.
[4]) Vgl. ähnliche Urteile über das dt. Beamtentum oben S. 93.

deren Benehmen von der einheimischen Bevölkerung volle Anerkennung gezollt wird und auch überhaupt hat eine wohlmeinendere Beurteilung der Dt. bei vielen Platz gegriffen, vielleicht deshalb, weil sich der nationale Dünkel nicht mehr so breit macht." Mit diesen in ruhigem und sachlichem Ton gehaltenen Ausführungen richtet sich die Fr. Z. sozusagen selber. Nach diesen Schilderungen kann man nimmermehr glauben, daß es im R.L. so schlecht und trostlos ausgesehen habe, und den E.-L.ern ein so schlimmes und unwürdiges Los von D. bereitet worden sei, wie es die Fr. Z. in den früheren Jahren wahr haben wollte. Die Möglichkeit einer Besserung der Verhältnisse in der Zukunft erkannte die Fr. Z., wie schon Jahre lang, in der „förmlichen Konstituierung": „Wer sich vor der Verstimmung sichert, die zweierlei Chauvinisten bereiten können, der erblickt das Heil der e.-l. Lande in der förmlichen Konstituierung. Die Rechtsfrage bleibt für die Demokratie immer dieselbe, aber durch Proteste allein gestaltet sich das Schicksal der Völker, die auch vom täglichen Brot leben müssen, nicht besser. Die Tendenz der auton. Partei war das Richtige. Ich beklage es, daß die Aut. den Augenblick nicht gehörig nutzten — sie könnten mehr verlangen, wenn sie fest auftraten — daß sie ihre ultramontanen Landsleute, welche eben doch ihre Landsleute sind, was in solcher Lage nicht vergessen werden darf, unnötig provozieren und daß zwischen den Parteien ein heftiger Federstreit wütet.... Man tut gewiß im E. und noch mehr jenseits der Vogesen den Auton. manches Unrecht durch die Unterstellung schlimmer Motive; es wird nicht genug bedacht, daß diese Männer von Jugend auf, vermöge ihrer Herkunft und durch den Einfluß des dt. Geistes, mit dem sie in steter Berührung lebten, nicht franz. waren, wie die übrigen frz. Bürger, welche roman. Blut in ihren Adern führten und an ihrer Wiege nur das frz. Idiom vernahmen. Haben sie auch selbst, durch frz. Schulen hindurchgegangen, die Formen der südlichen Rhetorik sich zu eigen gemacht, so ist dieses noch lange nicht ihr Herz und ihre Seele. Es liegt im Geschick solcher Naturen etwas Tragisches. Mag sein, daß viele Selbstsüchtige bei der Reg. ihren Vorteil suchen! Das erklärt und beweist aber nicht alles. Sollen die herrschenden Uebel nicht einwurzeln, so muß E.-L. ernstlich trachten, Herr seiner selbst zu werden, und das kann es auf dem Boden der Tatsachen, in der Zwangslage, mit unbeschädigtem Gewissen tun. Es muß ohne Schwäche, mit Würde seine volle Autonomie begehen und bewerkstelligen."[1]) Wieder einer von den seltenen Artikeln, die angenehm aus der Reihe der großen Mehrzahl herausfallen. Man weiß nicht recht, was man mit dem Artikel anfangen soll. Er enthält eine Verteidigung der Auton. gegenüber den e.-l. Protestlern und dem frz. Chauvi-

[1]) 77. 134, 1.

nismus, zugleich wird dem eigenen Schoßkind der Fr. Z., der Protestpartei, ein Tadel gegeben wegen ihrer falschen, passiven Parteitaktik der reinen Protestation. Zu welchem Endzweck? Zufolge der Methode der Verkleinerung dt. politischer Erfolge im R.L. Dann sollte durch diese Deutung des zwiespaltigen Wesenskernes der Autonomisten erklärt werden, daß sie nicht erst von D. bekehrt worden seien, daß ihre weniger große und verwurzelte Vorliebe für F., die starke Betonung des e. Partikularismus und der Verzicht auf den Protest nicht aus dem Attraktionsvermögen des Dt. R. stamme, sondern aus dem historischen Schicksal ihrer Heimat und ihrem besonderen Charakter. Wahrscheinlicher war die Triebfeder der alte Wunsch der demokr. Z. im E. eine große, alle Bewohner umfassende, scharf oppositionelle Einheitsfront zu schaffen, wo die frz. Protestler die Gesinnung und die Aut. die aktivistische Taktik dazu geben sollten. Den Protestlern sollte die Abneigung gegen die Aut.Partei genommen werden, damit sie endlich sähen, was sie von letzteren zu lernen hätten. Eines aber ist ganz sicher: Mit diesen Ausführungen vertritt die Fr. Z. das Gegenteil ihrer früheren Behauptungen.[1]) Also nicht alle E. sind „im Herzen gute Franzosen"; nicht alle sind mit der großen Revol. im Innern echte Franzosen geworden, wie sie zur Zeit der akuten A.frage so laut und kategorisch behauptet hatte! Hier befindet sich die Fr. Z. in einem offenbaren Widerspruch zu früheren Ansichten. Ihre Objektivität der Berichterstattung und des Urteils findet ihre Grenze an den parteipolitischen Wünschen und Bestrebungen.

Zum Schluß stellte der Berichterstatter die Kernfrage des e.-l. Problems: „Wird die Kaiserreise die Konstitution beschleunigen?" „Nach ihrem äußerlichen Zuschnitt beurteilt, gewährt sie in dieser Hinsicht leider keine großen Hoffnungen ... Das Militärische spielt die Hauptrolle ... Aber wenn es wahr ist, und es ist wahr, daß die Bevölkerung sich besonnen zeigte, ihre Situation zu begreifen fähig zeigte, dann sollte man meinen, es könnte ihr billigerweise die Selbstverwaltung nicht vorenthalten werden. Und wäre er gar echt, der Jubel der Hofchronisten, so müßte man dem Land eine eigene Verfassung mit beiden Händen hinwerfen. — Gebe D. dem E. und L. ohne Verzug freie Institutionen, damit die moralische Schuld getilgt werde, welche es durch die Eroberung auf sich genommen." Da erklingt wieder der bekannte Ton der Fr. Z.: „Die moralische Schuld D.s."

### D. Das Kaiserland und das Kronprinzenprojekt.

Die Diskussion der dt. Presse über die e.-l. Aut. erhielt eine neue Wendung durch den Antrag Schneegans' im Ld.A. vom 24. Dez. 77, das R.L. in ein Kaiserland zu verwandeln. Die pol.

[1]) Vgl. oben S. 19.

Tageszeitungen stritten sich nun darum, auf welche Weise dem neuen Bundesstaat eine eigene, monarchische Reg. gegeben werden könne. Die Fr. Z. wehrte solche Bestrebungen ab und stellte, grundsätzlich wie immer, die Frage, ob ein besonderer Fürst für das R.L. nötig und was mit einem eigenen Landesherrn für die Autonomie gewonnen sei.

Die Z. bekannte wieder, unter E.-L. als einem Kaiserland nur die R.unmittelbarkeit verstehen zu können. Das bedeutete, wir wissen es schon, daß E.-L. ein republ. Bundesstaat werden sollte. Das Kaiserland im Sinne eines monarch. Staatswesens in Personalunion mit dem dt. Kaiser, bedeutete für sie nur, daß E.-L. ein „Untertanenland des pr. Staates würde." Sie schrieb im April 1878: „Die pr. Lösung widerstreitet dem Interesse der nicht-pr., besonders der süddt. Bundesstaaten."[1]) Dagegen ist ihre eigene Meinung: „E.-L. soll ein Ganzes bleiben und keinem einzelnen Bundesstaat überantwortet werden." Es wird sich schon bei gutem Willen eine passende Form finden lassen. Ihre Parole heißt: „Gleichberechtigung und Mitgliedschaft." „Diese erhält es nicht, wenn man den Kaiser oder Kronprinzen zu seinem Landesherrn macht. Es ist nicht Mitglied, weil es im B.R. nicht als Staat stimmen kann. Will man E.-L. zu einem wirklichen Staatswesen machen, statt des fleisch- und blutleeren Schemens von heute, so muß man es konstituieren, d. h. ihm Souveränitätsrechte geben."[2])

Das „Kronprinzenprojekt" war verschieden denkbar. R. und Kaiser konnten auf die Ld.staatsgewalt im R.L. verzichten und sie dem R.L. im Rahmen der R.V. übertragen, deren Träger dann der Kronprinz als souveräner Bd.fürst geworden wäre. Oder K. und R. blieben im Besitz der Hoheitsrechte und der Kronprinz wurde nur Statthalter seines kaiserlichen Vaters auf Widerruf. Die beiden Projekte, eine Statthalterschaft des Kronprinzen kraft eigenen Rechts oder bloß in Stellvertretung seines Vaters wurden von der Fr. Z. verworfen: „Sie haben große Mängel: Mit der vielgerühmten Popularität des Kronprinzen ist es nicht so weit her ... Ungeachtet einer gewissen Vertraulichkeit, welche der Kronprinz in der Berührung mit dem Volk bekundete, waren es im E. nur die mehr liberalen und vollauf kontenten Kreise, die von ihm mit Wärme sprachen und auf ihn Hoffnung bauten."[3]) Eine Schule der Reg. kann die Statthalterschaft auch nicht sein, denn sie müßte in Berlin und nicht in Straßburg sein. Ein weiteres Bedenken ist: „Es könnte die Statthalterschaft zwischen Kaiser und Kronprinz möglicherweise gefährlich werden. Der Kronprinz soll des Kaisers Untertan sein, keine eigenen Herr-

[1]) W.Bl. vom 28. 4. 1878.
[2]) W.Bl. vom 28. 4. 78.
[3]) W.Bl. vom 28. 4. 78.

schaftsrechte ausüben und keinen Nebenhof halten, der mit dem Hof des Kaisers in Spannung und Konflikte gerate."[1]) Wenn auch die bloße Stellvertretung weniger Fehler hätte, so würde auch diese den Kronprinzen in eine „mißliche Stellung zu Vater und Kaiser bringen." Da wäre es noch „natürlicher, wenn man den Prinzen Friedrich Karl zum Souverän von E.-L. machte und es ihm übrig ließe, dort eine neue partikulare Dynastie zu errichten .... Es hätte den staatsrechtlichen Vorzug, daß E.-L. nicht dauernd eine pr. Dependenz bliebe. — Man sollte sich hüten, die Konstitution eines Staates im dt. R. nicht gemäß den Verhältnissen und Maximen der gegenwärtigen Zeiten, sondern nach archäologischen Schrullen vorzunehmen." Schließlich bedeutete das Kronprinzenprojekt, wie das Kaiserland auch, eine verkappte Einverleibung in Pr. „Die Ernennung des dt. Kronprinzen zum Statthalter von E.-L. könnte nicht anders aufgefaßt werden, als eine quasi Inkorporation in Pr.... Der Kronprinz kann doch unmöglich dem Interesse seines Heimatstaates entgegen instruieren."[2]) Die Lösung hätte auch den Nachteil, daß sie nur vorläufig sein könnte. Mit der Thronbesteigung würde die Frage wieder akut werden.

Verärgert über diese unfruchtbaren Erörterungen monarchischer Pläne, die schon aus dem einfachen Grunde nur theoretischen Wert haben konnten, weil Fürst Bismarck deutlich gesagt hätte, daß an eine Statthalterschaft nicht zu denken sei, bevor die e.-l. Bevölkerung reichstreu geworden, d. h. „regierungsfreundlich", rief die Fr. Z. aus: „Laßt einmal abstimmen, denn werden wir es genau erfahren, ob das Kronprinzenprojekt der Bevölkerung gefällt."[3])

Die ganze bisherige Entwicklung der Autonomiefrage in der Wirklichkeit wie in der Presse konnte die Fr. Z. nicht befriedigen. Der Ld.A. von 1874 war eine ganz ungenügende Schöpfung. Die Neuerungen von 1877 dienten zur Stärkung der „Diktatur", indem sie den Einfluß des R.T. auf die e.-l. Angelegenheiten zugunsten der Reg. verminderten. Der Gedanke der Errichtung eines e. Ministeriums in Berlin auf Kosten der Befugnisse des Straßb. O.Pr. lief der Idee der Autonomie, die die Selbstreg. der E.-L.er bedeutete, schnurstracks zuwider. Damit, daß man dem R.L. einen eigenen Ld.fürsten geben wollte, bekam seine Bevölkerung nicht mehr Freiheiten. Und doch wäre die wahre Lösung der Aut.-Frage so einfach, vorausgesetzt, daß der ehrliche Wille dazu vorhanden war. Im Mai 1878 legte die Fr. Z. der dt. Oeffentlichkeit ihr Ideal eines neuen e.-l. Staates vor und verteidigte es gegen mögliche Einwände. Unter der Ueberschrift „Die Ver-

[1]) W.Bl. vom 28. 4. 1878.
[2]) W. Bl. vom 24. 3. 1878.
[3]) W.Bl. vom 12. 5. 1878.

fassung von E.-L."[1]) schrieb sie: „Es ist ganz leicht für das R.L., eine Staatsform zu finden. Wenn einmal der Wille deklariert ist, daß E.-L. konstituiert werden soll, so gibt es nur den Charakter des Bd.staates. Dazu ist nichts vonnöten, als daß das Land eine Ld.vertretung, ein Ministerium und die Vertretung im B.R. erhielte. Einen besonderen Fürsten braucht es nicht; sein Monarch ist der Kaiser als Kaiser. E.-L. tritt gleichsam als reichsunmittelbares Land in die Reihen der übrigen Länder und Städte, wie es ... im heutigen R. mit Hamburg, Lübeck und Bremen noch der Fall ist. — Die R.V. hat nirgends erklärt, daß jeder dt. Staat einem besonderen Ld.herrn untertan sein müsse. Der Buchstabe der V., welche sich das R. gegeben, weiß nichts davon, daß für jeden Staat des R. eine fürstliche Gewalt, absolut, wie in Pr., die Voraussetzung der R.V. wäre. — Wenn man E.-L. eine wirkliche Konstitution geben will, muß auch die Herrschaft der Bd.staaten über das R.L. aufhören. Aus dem Unterworfenen muß ein Bundesgenosse gleichen Rechtes werden. — Ein solcher Verzicht muß ja auch erfolgen, wenn man die Personalunion mit Pr. einführen will; diese aber widerspricht dem Vereinigungsgesetz. — Man lasse das allgemeine Stimmrecht fortbestehen und durch dasselbe ein oder zwei Kammern wählen (wie Belgien). Dagegen wäre es ein offenkundiger und odiöser Rückschritt, wenn man den E.ern das allgemeine Wahlrecht für alle Wahlen, die zum R.T. ausgenommen, entreißen wollte. Auf einem Boden, welcher dessen schon lange ledig ist, wieder Privilegien schaffen, hat keinen Sinn, die Bevölkerung wird dadurch peinlich berührt werden, und man sieht auch gar keinen Vorteil ein, welchen D. selbst daraus ziehen könnte. Allerdings hat man in den Partikularstaaten noch Herrscherhäuser, Reichsräte, Adelsrechte, Vertretung des Großgrundbesitzes; das sind indessen lauter dem Partikularstaat allein, nicht dem R. eigentümliche Institutionen. Die Entwicklung zum neuen Reich und dessen Charakter ist durch das allgemeine Stimmrecht bezeichnet ... Wie die freien Städte ihre Exekutive, so könnte der Ld.tag von E.-L. seine Minister ernennen und wie jene könnte es Vertreter in den B.R. entsenden, Delegierte des Ld.tags oder des Ministeriums."[2])

Die Fr. Z. mochte es wahr haben oder nicht, ihr Entwurf konstruierte eine moderne demokr. Republik mit parl. Reg.weise. Das ist ganz unzweifelhaft, wenn wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, wie nach ihrem Vorschlag die e.-l. V. zustande kommen sollte.[3]) Nicht durch R.G., sondern durch eine unabhängige Beschlußfassung einer vom R. berufenen, konstituierenden Landesversammlung von E.-L. So hatten sich die Männer der Fr. Z. die

[1]) W.Bl. vom 12. 5. 1878.
[2]) W.Bl. vom 12. 5. 1878.
[3]) Vgl. oben S. 53 Art. 74. 63.

Entstehung eines freien D. geträumt. Nun sollte der Wunsch hier wenigstens in einem Teil des Ganzen verwirklicht werden. So erklärt sich größtenteils das Interesse der Fr. Z. am e.-l. V.-Problem. Durch die Verwirklichung der Autonomie konnte eine Bresche gelegt werden in die Mauer der monarchischen Bd.staaten. E.-L. sollte das Einfallstor für die republ. Staatsideen Westeuropas in das monarch. dt. R. werden und zugleich die Hochburg für die Erstarkung des Demokratismus im R. selber. Gleichzeitig war es nach Ansicht der Fr. Z. die beste Methode für die von D. angestrebte Versöhnung der E.-L.er. Wenn es nicht ausgemacht war, daß die Protestler damit innerlich von F. abrückten, so machte das der Fr. Z. kein Kopfzerbrechen, da sie die wirkliche Aussöhnung der E.-L.er mit dem Bismarckischen D. eher fürchtete als herbeisehnte. Es ist unbestreitbar, durch die Vorschläge der Z., falls sie durchgegangen wären, gewann die Demokratie viel, daneben gewannen auch in E.-L., vor allem die „Unversöhnlichen"; nur schade, daß das R. allein leer dabei ausgegangen wäre. Das Opfer der Realisierung des demokr. Ideals konnte, theoretisch gesprochen, doch allerhöchstens unter der Voraussetzung vom R. gefordert werden, daß man glaubte, die E.-L. würden dadurch „reichstreu" werden, sonst schöpfte man lediglich Wasser auf die frz. Mühlen. Das tat die Fr. Z.; denn sie schrieb schon 1874: „Wenn die Aut. nur da sein soll, den Willen der Bevölkerung völlig umzukehren, so wünscht sie natürlich kein Mensch in E.-L.... Es klingt wie frivoler Hohn, wenn man den E.ern sagt: Wählt erst andere Deputierte, dann werden wir mildere Herren sein."

## E. Die Frankfurter Zeitung und das els. Parteileben.

### 1. Die Zerrüttung des politischen Geistes.

Nach Ansicht der Fr. Z. befand sich das parteipol. Leben in E.-L. damals in einem „krankhaften Zustand", der eine doppelte Quelle habe: a) Mangel an Einsicht und geringe Achtung vor den Rechten der eroberten Provinz; b) Mangel an Eintracht und klar bewußtem Wollen bei den E. Darum bemühte sich die Fr. Z. zu schlichten zwischen den Protestlern und Autonomisten. Ihr Ziel war eine große „Aktion der Gesamtbevölkerung". Sie glaubte an die Möglichkeit der so notwendigen Einigung auf der Basis der richtig verstandenen Autonomieforderung. Getrennt würde sie sich nie durchdrücken lassen, wohl aber gemeinsam. Als Schlagwort für die große Synthese propagierte die Z. die Formel: „Protestation und Aktion". Die Protestler sollten zur Aktion übergehen. Die Tatsache der Zerrissenheit legte sie den Auton. zu Last. Bei ihrer Sympathie für die frz. Nation und ihren republ. Staat sah die Z. die Autonomisten mit den Augen der Protestler als Verräter und Abtrünnige.

Der größte Fehler der Autonomisten war nach der Fr. Z., daß sie nur Opportunitätspolitik trieben, das prinzipielle Moment vernächlässigten, was sie von der Mehrheit ihrer Volksgenossen trennte: „Sie brachten die materiellen Wünsche der Bürger zu hoch in Anschlag, trugen der Macht .... des Rechtsbewußtseins zu wenig Rechnung, indem sie nicht nur vom Boden der Tatsachen aus arbeiten, sondern die Tatsachen stillschweigend durch den Verzicht auf einen Protest gegen sie anerkennen wollten. Ueber die Opportunität, die sie ins **Auge** zu fassen berechtigt war, vergaß sie die Wahrung des Prinzips... Hätte die aut. Partei damals die theoretische Frage des Protestes bejaht, so würde sie wohl die Reg. vor den Kopf gestoßen haben, aber sie hätte, wenn sie nachher der Aktionspolitik das Wort redete, im Volk mehr Vertrauen gefunden."[1]) Den zweiten Fehler, der die Kluft erweiterte, begingen die Aut., als einzelne von ihnen, „um in die Bezirkstage eintreten zu können, den Huldigungseid leisteten. Durch ihre Willfährigkeit haben sie die Eidweigerer aus den Ausschüssen verdrängt; denn bei gemeinsamer Front dagegen hätte der Eid nicht aufrecht erhalten werden können." Schließlich leidet ihr Programm an dem Mangel „der Verschwommenheit" und sie laufen Gefahr, zu früh von einer gesunden Aktionspolitik zu einer Kompromißpolitik zu gelangen.

Was die Protestkandidaten anlangte, meinte die Fr. Z., daß sie nicht von Anfang an entschiedene Abstentionisten gewesen seien. Sie hätten zwischen den beiden Methoden geschwankt. Erst „die Berliner Vorgänge bei Abgabe des Protestes hätten sie zur Enthaltung gedrängt." Daher erklärte sich zum Teil der scharfe Tadel der Fr. Z. am Verhalten des R.T. Jetzt, fünf Jahre nach der A. bauen die Protestler auf falschen Voraussetzungen auf: „Die Protestpartei hoffte auf eine nicht allzuferne Rückkehr in den frz. Staatsverband; sie baute ihr Programm der Enthaltung zum Teil auf dipl. Konjunkturen. Heute wünscht dasselbe F., in welchem nach dem Kriege der Ruf der Revanche von einem Ende zum andern hallte, den Frieden, die friedliche Konsolidierung der Republik... Für die Haltung, die die Republ. im E. einzunehmen haben, ergibt sich aber daraus von selbst die Verzichtleistung auf eine Politik des Widerstandes à outrance."[2])

Die Fr. Z. versicherte den Abstentionisten, daß es ihr nicht einfalle, sie „trügerisch zu bereden, auf ihre Prinzipien zu verzichten." „Die Prinzipien sind unveränderlich, doch hat sich die Taktik Wandlungen zu unterwerfen. Unmittelbar nach der A. stand der Protest naturgemäß im Vordergrund, jetzt tut dies die Aut. Ein unwiderstehlicher Trieb drängt den Menschen da mitzutun, wo es seine Wohlfahrt gilt; nie wird deshalb eine Partei

[1]) W.Bl. 28. 5. 76.
[2]) Siehe Anm. 1.

hindern können, daß viele in Bälde aus der passiven Haltung heraustreten, und sucht sie nicht, die Abstention verlassend, eine Betätigung aller insgesamt möglich zu machen, so ist die Folge ihres Zauderns nur, daß sie die aktiv gewordenen mehr nach rechts drängt, sie der Reg. in die Arme treibt, statt durch das Zusammenwirken die Bevölkerung im Dienste der Ld.interessen als ein Ganzes zu erhalten."[1]) Die Z. machte kein Hehl daraus, daß sie auch ein eigenes Interesse für ihren Rat habe: „Wir wünschen sehr, daß die E.er in den vielen wichtigen Fragen, welche das gesamte R. beschäftigen, die demokr. Sache durch ihren Beistand fördern helfen möchten."

Trotzdem der Karren sehr verfahren war, hoffte die Fr. Z. doch zuversichtlich auf ein gemeinsames Handeln der E.er gegen die dt. Reg.: „Der Gedanke, auf die Einsetzung einer Ld.vertretung loszusteuern, würde, so glauben wir, zum Kitt werden zwischen denen, die auf verschiedenen Wegen des Landes Bestes wollten, ohne es getrennt zu erreichen."[2]) Der gute Rat der Fr. Demokraten an die nach Freiheit strebenden E.er lautete: „Mögen sich die Gemäßigten nicht durch Abschlagszahlungen um den höheren Gewinn bringen lassen, die Protestpartei aber nicht in einer Passivität verharren, die wohl vorübergehend motiviert sein kann, jedoch viele Jahre hindurch aufrecht erhalten, leicht ihren eigentlichen Zweck verfehlt."

## 2. Die Reichstagswahlen von 1877 und die Autonomisten.

Zum Leidwesen der Fr. Z. standen sich die e.-l. Parteien trotz ihrer Vermittlungsversuche 1877 noch so scharf gegenüber wie zur Zeit der ersten R.T.Wahlen. In einem ausführlichen Art. vom 11. Jan. stellte sie fest, daß die kathol. Protestler in ihrer „bisherigen Anschauungsweise verharren. Man muß es ... eine überlegte Politik der Ultramontanen nennen, wenn sie die Protestpolitik nicht aufgeben, wie es eine überlegte Politik ist, wenn sie, um Anhänger wachzuerhalten, deren Beschwerde und Wünsche zum Ausdruck bringen, den R.T. besuchen und dort agitatorische Reden halten."[3]) So sah also das Parteiprogramm der Fr. Z. für E.-L. in der Praxis aus.

Ueber die überraschenden Ergebnisse der Wahl, die den Aut. fünf R.T.Sitze einbrachte, schrieb die Z.: „Der Ausfall der Wahlen in E.-L. hat uns nicht so sehr überrascht; nur das Ergebnis der Abstimmung in der Stadt Straßburg überraschte uns ... Im Laufe der Jahre haben wir es oft unverhohlen ausgesprochen, daß die Masse der Wähler für eine bloße Protestationspolitik kein dauerndes Verständnis habe ... Auf dem Lande

[1]) W.Bl. vom 8. 8. 76.
[2]) W.Bl. vom 28. 5. 76.
[3]) 1877. 11, 1.

mußte der Rückschlag schneller erfolgen als in den Städten, deren höhere Intelligenz länger in der Betonung eines Prinzips zu verharren pflegt und deren Wohlstand weniger sich mit den Regierenden abzufinden gezwungen ist... Wir brauchen es doch nicht zu bedauern, daß die Aut. Sitze errangen, vorausgesetzt, daß sie sich kräftig genug behaupten, nicht in den schmählichen lib. Fraktionen des R.T. aufzugehen und sich zu einer Politik verleiten zu lassen, von welcher man bisher im E., zumal in dessen rep. Kreisen, nichts wissen wollte."[1])

Mit der Weiterentwicklung der Aut.Partei, ihrem Verhalten im R.T. und der Methode des „Antichambrierens", die die Z. besonders von A. Schneegans, dem Wortführer der kleinen Gruppe, rügte, war die Fr. Demokratie garnicht einverstanden. Sie mußte mit ansehen, wie die Aut. allmählich in den Hafen der gouvernementalen Partei einliefen. Mit bitterem Spott fiel die Fr. Z. über den „Polytropos" Schneegans her; so lesen wir z. B. in der Nummer vom 1. Mai 77: „Eine prächtige Art der Aktion das! Bei jeder Frage.... tritt Herr Schneegans vor: Sehen Sie hier, meine Herren, unsere Prinzipien; keine Diktatur mehr, freie Presse, Selbstverwaltung, ein schönes, blankes Prinzip, und sehen Sie, um es zu konservieren, stecke ich es jetzt wieder sorgfältig in die Tasche und lange aus der anderen die Opportunität hervor, mit der wir uns dem geneigten Wohlwollen der höheren Behörde aufs ehrerbietigste empfehlen.... Sie (die Aut.) warten, bis die Reg. will, was unserer Ansicht nach die E.-L.er auch ohne die „Helden der Aktion" fertig bringen werden; denn was ist der ganze Unterschied? Damals geschah, was die Reg. wollte, ohne Zustimmung der Vertreter des Landes, heute geschieht ganz dasselbe mit deren Zustimmung."[2]) Besonders anstößig fand die Fr. Z. die „unvermeidlichen Händel" zwischen Aut. und Ultramontanen im Reichstag. „Herr Schneegans scheint sich die Sporen einer offiziellen Kandidatur erwerben zu wollen. Die Aktion des Deputierten von Zabern entpuppt sich mehr und mehr als der ordinäre Kulturkampf und wie die Herren Guerber, Simonis usw. beim Zentrum hospitieren, ebenso könnten sich mit Fug und Recht die Herren Schneegans und Genossen zunächst als proselytae portae zu den Freikonservativen, diesem Stamm der Reg.fähigen, halten."[3]) Der Fr. Z. ist es unerwünscht, daß sich im R.L. eine e. Partei entwickelt, die auch innerlich zum D.-tum übergetreten ist. Sie ist verärgert, daß die dt. Reg. bei den Eingeborenen Wurzel faßt.

[1]) 77. 12, 2.
[2]) 77. 121, 2.
[3]) 77. 123, 2.

## F. Die Neuordnung der reichsländischen Verwaltung.

### 1. Der Antrag Schneegans im Landesausschuß.

Schon immer hatte die Fr. Z. den Auton. mangelnden Mut im Fordern und Verschwommenheit ihrer staatsrechtlichen Ziele vorgeworfen. Endlich raffte man sich zu einer mutigen Tat auf. Am Schlusse der Session von 1877 nahm der Ld.A. einen Antrag Schneegans an, der eine Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung des R.L. vorschlug. Wie wir aus der Monographie von G. Wolfram wissen, war Möller schon seit Jahren dafür eingetreten, wenn auch bis dato ohne Erfolg.[1]) Die Frage der e.-l. Ld.Gesetzgebung war nach der Ansicht von Schneegans durch das G. vom 2. 5. 77 so weit gelöst, daß sie einstweilen zurücktreten konnte. Für eine ganz dringliche Sache hielt er aber die Neuordnung der Verwaltung. Der Redner schlug vor: „E.-L. möge eine ähnliche V. erhalten wie das Nachbarland Luxemburg. Wie dieses Großherzogtum durch Personalunion mit dem König der Niederlage verbunden sei, dessen Befugnis von einem Statthalter, welcher im Lande residiere, ausgeübt würden, so sollte man ein ähnliches Verhältnis zwischen dem Land und dem dt. Kaiser herstellen. Ein Statthalter würde dann mit Hilfe einer oder mehrerer Kammern regieren. Das Land würde, wie jeder Bundesstaat, im B.R. vertreten sein."[2])

Die Berechtigung des Begehrens war nach Ansicht der Fr. Z. „keinem Zweifel unterworfen." Mit selbstbewußtem Stolz schrieb sie: „Wir haben die Aut. wiederholt verteidigt und bereits zu einer Zeit genau formuliert, da der e.-l. Ld.A. seine allgemeinen Wünsche noch nicht mit der Bestimmtheit ausdrückte, die er ihnen nunmehr gegeben hat."[3]) Um bezüglich des Verhältnisses zwischen der Annexionsfrage und der Autonomiefrage völlige Klarheit zu schaffen, machte die Zeitung im gleichen L.A. folgende interessante Ausführungen: „Die A.frage kann mit der Aut.frage nicht in Konflikt kommen, sie nicht zurückdrängen und ausschließen. Wenn man von ganz anderen Grundsätzen ausgeht wie die dt. Reg....., so ist man deswegen doch nicht gehalten, die tatsächlichen Verhältnisse außer acht zu lassen und die Begründung eines regulären staatlichen Zustandes von der Hand zu weisen. Einzelne Personen mögen zur Seite treten, um die Prinzipienfrage in ihrer Reinheit desto energischer betonen zu können, der Großzahl der Bevölkerung ist das unmöglich: die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet ihr, jene auf Schritt und Tritt fühlbare Abhängigkeit... nicht durch machtlosen Widerstand noch größer werden zu lassen, mit einem Worte: nicht vom Schauplatz des öffentlichen Lebens

[1]) Vgl. Möllers Bericht an Bismarck, Wolfram a. a. O. S. 47 ff.
[2]) 77. 362, 1.
[3]) 77. 363, 1.

abzutreten. Es ist richtig, daß, wenn die Aktion zu guten Ergebnissen führt, die Erinnerung an das Vergangene sich verwischen kann und die Frage der A. dann vielleicht für weniger dringlich mehr gehalten werden wird ... Für die Parteien in E.-L., speziell für die Protestpartei, ist bei Beurteilung des neuesten Beschlusses der Delegation allein maßgebend, daß die völkerrechtliche Frage von demselben nicht berührt wird. Diese bleibt offen, welche tatsächliche Gestaltung die Verhältnisse, in dem annektierten Lande auch annehmen mögen." Hier nimmt die Fr. Z. den genauen Standpunkt der franzosenfreundlichen E.er aus der zweiten Autonomiebewegung voraus mit ihrer Parole, einen vorläufigen „modus vivendi" zu schaffen, „ohne dem internationalen Austrag der e.-l. Frage irgendwie vorzugreifen."[1])

Ueber die Aussichten des Wunsches auf Erfüllung in Berlin dachte die Zeitung sehr skeptisch. Sie bemerkte in sarkastischem Ton: „Wir glauben kaum, daß die Staatsdoktores, welche sich berufen glauben, die Völker zu erziehen und ihnen die Freiheit höchstens in homöopathischer Dosis zu verabreichen, über die begehrlichen Leute im Wasgau erfreut sein werden. Die hätten jetzt für längere Zeit zufrieden sein können, nachdem man in der großen Parlamentsretorte den „homunculus" Ld.A. gebacken!"[2]) Immerhin blieb der Fr. Z., wie schon öfter, als letzter Trost, daß der Antrag eine moralische Wirkung nicht verfehlen könne: „Sei der Erfolg der in parlam. Schranken gemachten Demonstration nun dieser oder jener, ... wir erkennen in dem Beschluß ... einen Akt verständiger und gerechter Politik, dem im ungünstigsten Fall wenigstens eine moralische Wirkung nicht fehlen kann."

## 2. Das Verfassungsgesetz vom 4. Juli 1879.

Am 27. Febr. 79 brachte Schneegans einen Antrag im R.T. ein, „den R.K. zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß E.-L. eine selbständige, im Lande befindliche Reg. erhalte." Der e.-l. Ld.A. unterstützte seine Parteifreunde im R.T. kräftig durch eine entsprechende Motion vom 7. März.[3]) Zu der Haltung Bismarcks bemerkte die Fr. Z. in einem Art.: „R.L.-Perspektiven": daß man zwar die Reg. im Lande bewilligen wolle, dagegen: „An eine Ld.vertretung aus allgemeinen Wahlen, was Grundbedingung für die Reg. des Landes durch das Land ist, denkt man noch nicht."[4])

Ueber den Wert der Zugeständnisse sagt die Fr. Z.: „Man kann nicht leugnen, daß sie sich als bedeutsame Konzession an

[1]) Vgl. oben S. 80.
[2]) 77. 363, 1.
[3]) Schultheß, Eur. Gesch.Kal. 1879, S. 97.
[4]) W.Bl. vom 30. 3. 79.

das auton. Programm darstellen und wir zweifeln nicht, daß man sie vor fünf Jahren ziemlich allgemein mit Freuden begrüßt haben würde. Auch heute könnte das noch immer der Fall sein, wenn der schlimme Nachsatz, daß alles nur provisorisch sein soll, daß es für „widerruflich" betrachtet werde, nicht wäre. Es ist ein Versuch auf ein Wohlverhalten oder bis das militärische Interesse gebietet, von demselben zu lassen. Da wären wir dann wieder einmal bei dem Glacis, das die R.L. nun einmal nach dem Willen der Reg. bleiben sollen. — Für das R. liegt in solcher Politik keine Gefahr... Aber E.-L.? Glaubt man, dem Lande könne mit einem solchen Provisorium gedient sein? Es verlangt nach Konsolidierung. Und gerade die wird ihm.... nicht zu teil werden. Man darf also wohl einer Verwirklichung der neuen Aera in E.-L. entgegensehen. Es ist aber zweifelhaft, ob die von den Aut. daran geknüpften Erwartungen sich erfüllen werden."[1]) Da haben wir wieder die Ansicht von dem Zu-spät-kommen und den Widerstreit der zwei Standpunkte. Die Fr. Z. hat den e.-l. inne. Dazu sucht sie gemäß ihrer alten Methode, die positiven Zugeständnisse der Reg. zu verkleinern und herabzumindern, um die E.-L.er nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Das fertige Gesetz empfing die Z., wie zu erwarten, mit ihrem Spott: „Nachdem der fast einstimmige Beschluß des R.T. dem homo oder homuculus, genannt V. für E.-L. trotz der ihm in die Windeln gewickelten Diktatur und anderer sehr zweifelhafter Gaben Leben gegeben hat, präsentierte sich dem hohen Haus die nicht geringe Rechnung für die Errungenschaft." Die Verantwortung lud sie den Aut. auf: „Da sich die Mehrzahl der Abgg. aus dem R.L. der Abstimmung über das V.Gesetz enthielt, so fällt die Verantwortlichkeit für dasselbe den Aut. zu, die als wahrhafte satisfaits erschienen. Ohne Zweifel wird die etwaige Befriedigung, die E.-L. bei der Neuordnung der Dinge empfinden wird, den Aut. zugute kommen, ebenso gewiß aber das Gegenteil derselben für die Partei verhängnisvoll werden."[2])

Das war der etwas matte Ausgang des großen verlorenen Kampfes, den die Fr. Z. seit dem dt.-frz. Kriege um E.-L. in der dt. politischen Welt von Presse und Parlament geführt hatte. In den folgenden Jahren tritt die e.-l. Frage in den Spalten des Blattes sehr zurück. Monatelang schweigt das pol. Wochenblatt völlig. So können wir sagen, daß wir nicht nur vom Standpunkt der staatsrechtlichen Entwicklung E.-L.s, sondern auch von dem der Fr. Z. aus an einem deutlichen Einschnitt angelangt sind.

[1]) W.Bl. 30. 3. 79.
[2]) W.Bl. 22. 6. 79.

## Zusammenfassung:

## Die Frankfurter Zeitung und Elsaß-Lothringen.

Zehn Jahre els. Geschichte sind mit der Lektüre der voraufgegangenen Blätter an unserem geistigen Auge vorübergezogen. Wir haben E.-L. wieder dt. werden sehen. Wir haben gehört, wie es als R.L. eingerichtet wurde, um zum ersten Mal wieder nach vielen Jahren seine Fahrt unter dt. Flagge hinein ins achte Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts zu beginnen, die eine stürmische werden sollte. Wir mußten den Kampf des R.L. gegen das alte Mutterland mit ansehen, dem es das Schicksal wider Willen zurückgegeben hatte; miterleben, wie die meisten E.-L.er grollend vor der Tür des Vaterhauses stehen blieben, weil sie durch ein langes historisches Erleben mit F. zusammen von der Heimat getrennt gewesen, ihr nach Sprache und Bildung, Nationalgefühl und pol. Auffassung innerlich entfremdet waren durch seit Jahrhunderte wirksame Einflüsse des frz. Volkstums und weil sie, in einer hinderlichen und verwirrenden Weise von den Eindrücken einer zweihundertjährigen Zugehörigkeit zum frz. Staat belastet, D. nicht mehr verstehen konnten. Es liegt ein tragisches Moment in der e.-l. Frage: die zum Schutze D.s notwendigerweise annektierte, alte dt. Westmark, in ihrem ursprünglichen, dt. Volkstum von der frz. Kultur bedroht, sträubt sich gegen die Wiedervereinigung mit D. und will zurück zu F., dem gemeinsamen nationalen Gegner. Wir konnten den schmerzlichen Kampf von einem eigenartigen Standpunkt aus betrachten. Halb waren wir drinnen im Haus, halb draußen: Briefe und Korresp. aus dem E. und L.A. von Frankfurt. Bald hörten wir den Lärm der Streitenden im R., die sich über E.-L. in den Haaren lagen: Die Fr. Z. contra Norddt. Allg. Z.; die dt. Demokratie gegen den Nationalliberalismus; bald hörten wir den pol. Kampf der E.-L.er, sei es unter sich, sei es gegen das Reich.

### I. Der politische Charakter der Fr. Zeitung.

Die Fr. Z. war eine eigenartige Pflanze im dt. Blätterwald, ein Gewächs mit scharf ausgeprägter, seltener und fremder Physiognomie. Sie stand von allen dt. Ztgn. von mehr als lokalem Ruf am weitesten draußen auf dem linken Flügel des bürgerlichen Liberalismus, der geistesgeschichtlich ein später, zähllebiger Schößling des aufgeklärten, nüchternen, rationalen und moralisierenden 18. Jahrhunderts war. In pol. Hinsicht lebte dieser radikale Liberalismus von den Staatstheorien der frz. Revolution. Sein pol. Repertoire enthielt u. a. folgende Schlagwörter: Naturrecht, Freiheit des Individuums auf allen Gebieten, Emanzipation von staatl. und kirchl. Autorität, Gewerbefreiheit und Freihandel; Volkssouveränität, Parlamentarismus

und Republik; Gleichheit und Adelsfeindschaft; Trennung von Kirche und Staat, Moralismus und Freigeistigkeit; Selbstbestimmungsrecht der Völker, friedlicher Wettbewerb zwischen den Nationen, Antimilitarismus und Gleichgewichtspolitik. Die Fr. Z. war die bedeutendste, vielleicht die einzige dt. Zeitung von großer Wichtigkeit, die in den 70er Jahren entschieden republikanisch gesinnt war. Sie war ein Pionier westeuropäischer, bes. franz. Staatsgedanken in D. Von warmer dt. Vaterlandsliebe war bei ihr weniger zu spüren. Ihr demokr. Patriotismus, wie sie ihn selbst für sich beanspruchte, war aufgeklärt und hatte mehr doktrinäre als emotional-blutmäßige Wurzeln. Er war nicht naiv, unbewußt und erdgewachsen, sondern mutete mehr wie ein Produkt des Verstandes an, das von einem pol. Ideal abgeleitet ist. Während sie auf der Linie des Liberalismus extrem, d. h. demokratisch-republikanisch war, empfand sie auf dem Gebiete des Nationalismus ganz gemäßigt. Sie steckte mit einem Fuß noch in der vergangenen Periode des Weltbürgertums. Darum war die Z. ohne tieferes Verständnis für nat. Politik und zwischenstaatliche Fragen. Sie kümmerte sich vor allen Dingen um die innere, liberale Ausgestaltung des Staates. Die Herrschaft der Volksvertretung und die verfassungsmäßigen Garantien der Grundrechte waren ihre Ziele. Ihr pol. Ideal war etwa die Schweiz, wo in einer Föderativ-Republik in dauerndem Frieden Menschen verschiedener Nationalität und Sprache, Deutsche, Franzosen und Italiener in Freiheit und Gleichheit und nationaler wie religiöser Toleranz zusammenlebten. Im ganzen europäischen Staatensystem hatte die Fr. Z. vor 1870 am meisten das Kaisertum Nap. III. gehaßt. Rußland mit seinem Zarismus konnte im Ernst nicht zu der modernen europäischen Kultur gerechnet werden. Gleich hinter Napoleon kam aber das pr. Königtum mit seinem „Militarismus" und „Bürokratismus", seinem konservierten Junkertum und dem persönlichen Autokratismus Bismarcks, in dem sie mit einem instinktiven Gefühl für das undemokratische Wesen jedes genialen und überragenden Menschen ihren geborenen Gegner witterte. Pr. wurde von der Z. abgelehnt auf Grund ihres demokratischen Ideals und zufolge eigener, schlimmer Lebenserfahrungen aus dem Jahre 1866. In Bismarck sah sie den erfolgreichsten und gefährlichsten Praktiker einer veralteten, überwundenen und halbbarbarischen Staatskunst. Napoleon III. hatte das fortschrittlichste und verdienstvollste europäische Volk um seine Freiheit betrogen, indem er die zweite Republik durch seine persönliche Herrschaft ersetzte. Preußen hatte durch den V.Konflikt den „Parlamentarismus diskreditiert" und Bismarck der Krone das pol. Uebergewicht im Staate gesichert, sowie das monarchische Gefühl im Volke mächtig gestärkt. Anstatt in einer friedlichen Außenpolitik das Gleichgewicht Europas und die freie Gleichberechtigung der Völker zu erhalten, hatte er die reinste Macht-

politik getrieben, Eroberungskriege geführt und den europäischen Frieden durch Streben nach Hegemonie gestört. Pr. war in ihren Augen der rückständige und rohe Emporkömmling. 1866 beraubte es die Stadtrepublik Frankfurt ihres Selbstbestimmungsrechtes und machte sie zur königlich-preußischen Provinzialgemeinde. 1870 trennte es E.-L. wider seinen Willen von F. los. Unter Verletzung der Volkssouveränität und des nat. Selbstbestimmungsrechtes riß man eine republikanisch gesinnte Bevölkerung aus einem erst kürzlich wieder zur Republik gelangten Staate heraus und zwang sie in ein neu-errichtetes Kaiserreich hinein, wo der „Kanzlerabsolutismus" Bismarcks den Ton angab. Nur Enttäuschungen hatte die Fr. Z. in den letzten Jahren am eigenen Vaterlande erlebt; sie war verbittert und haßte noch mehr als sie gehaßt wurde. Leider, daß sie das e.-l. Unglück nicht hatte hindern können. Derart war die geistige Verfassung der Z., die zuerst den nach D. zurückkehrenden „wiedergewonnenen Brüdern" entgegenging, um sich in der Presse und vor dem R.T. als ihren Führer, Ratgeber und Vorkämpfer in ihre politische Zukunft unter den schwarz-weiß-roten Farben hinein aufzuspielen. Wir erinnern uns: Die Fr. Z. bekämpfte Preußen und sein System, lehnte die Lösung der dt. Einheitsfrage durch Bismarck ab und besaß eine deutliche Vorliebe für die frz. Nation und ihren republik. Staat.

## II. Die Ansichten der Frankfurter Zeitung über Elsaß-Lothringen.

Die Wurzeln für das Interesse der Fr. Z. an E.-L. finden wir entsprechend ihrer demokr. Gesinnung, ihrer reichsfeindlichen Gesinnung und starker Sympathien für F. in folgenden Umständen: Durch die pr. Annexionspolitik wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt. Diese Verletzung zeigte zwei erschwerende Umstände: daß sie durch Pr. an F. geschah und durch einen monarchischen Staat an einer Republik. Dann gab das Problem der Konstituierung Gelegenheit, wenn nicht die unbeschränkte Selbstreg. der E.-L.er, so doch die im Rahmen der R.V. zulässige zu verwirklichen. Als statt dessen im R.L. die Herrschaft des R., ein „Absolutismus" von ganz D. und gar noch die „Diktatur" der Reg. aufgerichtet wurde, Bismarck das pr. System in Gebiete einführen wollte, die schon einmal — wenn auch nur ganz kurz — zu einem republ. Staat gehört hatten, war E.-L. das gegebene Gelände für die Kritik einer oppos. Partei. Hier bei der schwierigen Aufgabe mußte man auf der Lauer sein, daß sich in E.-L. kein zu illiberales System einnistete zum Nachteil der Bevölkerung, zum Schaden des Versöhnungswerkes und zum Hohn der „demokr.-erleuchteten", modernen Zivilisation. Wir erinnern uns, daß es der Zeitung mit einer pol. Sinnesänderung der E.-L.er nicht so ernst und eilig war. Aber sie verstand es,

sich gegebenenfalls mit den Zielen der offiz. dt. Politik zu identifizieren, wenn es vorteilhaft war, die dt. Reg. umso schärfer zu kritisieren, der eigenen, reichsfeindlichen Haltung den Anschein vaterländischen Eifers zu geben und dadurch Förderung der eigenen Absichten zu gewinnen. Die Fr. Z. glaubte sich in einer Art doppelter Schicksalsgemeinschaft mit den E.-L.ern: Beide waren aus Gesinnung und Lebenserfahrung verstimmt über die dt. Politik und standen in Opposition zum R. Beiden war die Heimat der „Eroberungssucht" desselben Staates zum Opfer gefallen: Frankfurt 1866 und E.-L. 1870.

Die Fr. Z. erachtete es den aus F. neu angekommenen Leidensgenossen gegenüber als ihre Pflicht, sie über die pol. Zustände in D. aufzuklären. Dank einer ihr eigenen, nüchternen Beurteilung vollendeter Tatsachen fand sie sich selbst in den durch den Fr. Frieden geschaffenen Zustand rasch und ganz hinein, und sie faßte ihre neue Aufgabe in der e.-l. Frage mit der Achtung gebietenden Energie eines verbitterten, aber unbeugsamen und nie verzagenden Gegners an, dem Gesinnung und Ziel gleich unveränderlich geblieben sind. Als Sonnemann nach seiner R.T.Rede vom 16. Mai 1873,[1]) wo er ein über die dt. Verwaltung in E.-L. vernichtendes Urteil gefällt hatte, er und seine Zeitung heftig angegriffen wurden, entlockte der Pressekampf der Fr. Z. Worte über das e.-l. Problem, die das Treffendste darstellen, was sie darüber äußerte. Leider stellen sie eine einmalige Ausnahme dar. Sie schrieb am 20. Mai:[2]) „Die A. ist eine vollendete Tatsache. Und es gibt gewiß geschichtliche Ereignisse, die man hinnehmen muß, an denen selbst derjenige, der vor ihnen gewarnt hat, bevor sie sich vollendeten, nicht mehr rütteln kann .... So ist es mit der Einverleibung E.-L.s. Wir haben es einmal, und wir müssen es behalten. Sehen wir von anderem ab, — so wie die Dinge jetzt liegen, und so wie sie menschlicher Voraussicht nach noch eine gute Weile liegen werden, ist der Besitz von E.-L. mit demjenigen des ganzen linken Rheinufers aufs engste verknüpft. Wir können uns darüber nicht täuschen: der Ruf nach Revanche zielt auf noch mehr ab als auf die Rückgewinnung jener beiden Provinzen, und wenn er es heute noch nicht täte, so würde er es tun, von jenem Tage an, wo die frz. Fahne wieder auf Straßburgs Münster wehte. Der Besitz von E.-L. ist für D. heute eine Frage der Existenz. Wir können es nicht zurückgeben, die nat. Phrenesie der Franz. würde das als Schwäche deuten. — Wir dürfen es uns nicht abnehmen lassen, — denn dieser Beweis unserer Schwäche würde den Appetit des fraz. Chauvinismus nach viel Mehrerem reizen. Das Bewußtsein von dieser Lage der Dinge ist zum Teil schon da, und was noch fehlt, wird aufflammen, sobald der erste Schuß

[1]) Sten. Ber. des R.T. 1873, S. 682.
[2]) 73. 140, 2.

von unserem frz. Nachbar abgefeuert wird. Das Gefühl wird dann allgemein werden, daß es sich um einen Kampf auf Leben und Tod handelt, und die Kraft der einigen Nation wird wiederum eingesetzt werden, um diejenigen, die Revanche holen wollen, mit blutigen Köpfen heimzuweisen." [1])

Auf Grund dieser Erkenntnis bestimmte die Fr. Z. die Politik des R. gegenüber E.-L. und ihre eigene Aufgabe folgendermaßen: „Von dieser Notwendigkeit aus, daß wir E.-L. behalten müssen, ergibt sich als dringendste Konsequenz, daß dasselbe wohlregiert, daß es befriedigt, daß es allmählich versöhnt, daß es eingewöhnt werde in das neue, ihm unwillkommene Verhältnis. Und im Bewußtsein dieser Notwendigkeit überwachen wir, soviel an uns liegt, Schritt und Tritt der Reg. und Verwaltung des R.L. und rügen jeden Akt der Mißreg., wo wir ihn zu bemerken glauben." [1])

Die Fr. Z. vertrat im einzelnen folgende Ansichten über die e.-l. Frage: Die Haltung der dt. Regierung war von Anfang an ein einziger, großer Fehler. Zuerst die A., die in praktischer Hinsicht ebenso verfehlt sei wie unhaltbar nach der rechtlichen. Man komplizierte die diplomatischen Verhältnisse Europas um eine neue Frage, die letzten Endes vom pr. Imperialismus ins Leben gerufen sei. Frankr. war besiegt, die Verantwortung treffe allein den dt. Sieger. Durch die Unterlassung der Volksabstimmung habe D. eine große, moralische Schuld auf sich geladen. Statt das Unrecht durch freiheitliche Institutionen gut zu machen, errichtete man die „Diktatur", eine „gemeinsame Herrschaft der bündischen Regierungen." Die „wackere" Bevölkerung behandelt man unwürdig, wie unmündige Kinder, als Deutsche zweiter Klasse. Ganz D. hatte den E.-L.ern zugejubelt und große Versprechungen gemacht; sie fanden sich aber betrogen. Wo man meist zu einem verspäteten Termin Zugeständnisse machte, da machte man sie durch unnötige Vorsichtsmaßregeln häufig illusorisch: Den Kreis- und Bezirkstagen hat man pol. Eide beigegeben. Der L.A. erhielt lächerlich geringe Rechte und wurde durch eine Wahlordnung, die nur eine kleine, der Reg. genehme Minoritätspartei durchkommen ließ, zum konstitutionellen Scheinwerk gestempelt. Die eig. Ld.Reg. von 79 erhielt einen provisorischen Charakter, und durch den Diktaturparagraphen [2]) wurde eine ewige Unsicherheit des öffentlichen

[1]) 1873. 140, 2.

[2]) In einem L.Art. von 1885, [3]) der durch einen Antrag des e. Abg. Kable [4]) im R.T. auf Abschaffung des Diktaturparagraphen veranlaßt war und wo die Fr. Z. für Abschaffung des „Ausnahmezustandes" eintrat, urteilt sie über den Paragraphen, „daß dessen Fortdauer geradezu die geistige Verschmelzung der R.L. mit D. zu verhindern geeignet ist."

[3]) W.Bl. 1. 2. 85.

[4]) R.T. Sten. Ber. 1884/85 V, S. 103, Nr. 34.

Lebens geschaffen. Statt dessen hätte man eine verständnisvolle Versöhnungspolitik treiben und sofort die Auton., d. h. einen parl. Bundesstaat schaffen sollen. Man hat aber nur eine überstürzte Germanisierungspolitik verfolgt, den Militärdienst eingeführt und und die frz. Sprache in Schule und Verwaltung gewaltsam zurückgedrängt. Die dt. Behörden erledigen ihre Aufgabe schlecht. Sie sind zu illiberal, zu verständnislos, sie „knebeln das frz. Naturell." Und da verlangt man noch eine Gesinnungsänderung. Die E.-L. lehnen D. mit Recht ab. Es hat nichts Besseres um sie verdient. Ein intelligentes, gebildetes und besonnenes Volk so barbarisch zu behandeln! Es ist nicht verwunderlich, wenn die E.-L.er der frz. Agitation zum Opfer fallen. D. ist zuerst und fast allein schuld an ihrer feindseligen Gesinnung. Dazu kommt nach Ansicht der Fr. Z., daß weder die inneren Zustände F.s noch die Haltung der r.-l. Bevölkerung die dt. Politik rechtfertigen. Man opfere die e.-l. Interessen in ungehöriger Weise dem Wohl des Reiches, was nicht nur ungerecht, sondern auch völlig unnötig und zweckwidrig sei. Der letzte Grund für die Unzulänglichkeit der dt. Politik lag für die Fr. Z. in den Anschauungen der herrschenden Klasse D.s, dem rückständigen und illiberalen pr. System. So die Ansicht der Fr. Z. über die dt. Politik im R.L. Sie ist in dieser zusammengedrängten Form sehr unerfreulich, aber ganz geeignet zu zeigen, was die Quintessenz einer pol. Tageszeitung sein kann, die sie in langen Jahren ihrem Publikum tropfenweise einträufelt. Die Fr. Z. bemüht sich, die offiz. dt. Politik schlecht, ungeschickt und ungerecht zu machen. Den E.-L.ern wird geschmeichelt, ihre Gesinnung entschuldigt und gerechtfertigt, ihnen täglich vorgesagt, was für eine unwürdige Lage D. ihnen bereitet habe, um sie nicht versöhnlicher zu stimmen. Daß sie damit letzten Endes nur Wasser auf die Mühlen F.s geschöpft hat, wird niemand bezweifeln.

Mit der Haltung der E.-L.er selbst war die Z. unzufrieden. Sie hätten einig bleiben sollen und opponieren wie ein Mann. Die Sympathie der Z. gehört den Protestlern, da sie gewillt waren, dem von D. verletzten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Genugtuung zu geben und nicht wie die Aut., die die Z. als Apostaten ablehnte, die demokr. Gesinnung und das patriot. Gefühl den interêts matériels opferten und schließlich zur dt. Regierung überliefen. Die Aut. störten die einheitliche Kampffront der E.-L.er und schwächten durch ihre „Politik der kleinen Schritte" und noch kleineren Erfolge die Trutzkraft des R.L. Sie wirkten eher nachteilig für das E., als daß sie ihm nützten. Sie bildeten in erster Linie eine willkommene Stütze des Bismarckischen Systems. Man könnte sie in E.-L. ruhig entbehren, diese „Helden der Aktion". Die Protestler suchte die Fr. Z. mit allen Mitteln von ihrer falschen Parteitaktik der Abstention abzubringen und zu einer aktiven Teilnahme am öffentl.

Leben D.s und des R.L. zu bewegen. Sie sollten nur ihrem Prinzip treu bleiben und brauchten auf ihre frz. Nationalgefühle nicht zu verzichten. Aber sie müssen Aktionspolitik treiben, sonst verlieren sie den Anhang in der großen Masse und stärken indirekt die Renegatenpartei der Aut. Sie sollten die materiellen Vorteile, die die Gegenpartei dem Lande brächte, ihrerseits zu erringen suchen und letztere dadurch an die Wand drücken. Die Protestler sollten möglichst zahlreich im R.T. erscheinen, um in ununterbrochenen Reden D.s Unrecht in die Welt hinauszurufen und F. zu Gefallen zu sprechen. So sollte die große, geschlossene, aktivistische Protestpartei zustande kommen, die stark genug war, die Ld.vertretung und damit den ihr als Majoritätspartei zustehenden Einfluß auf die Geschicke des Ld. zu erzwingen. Denn nur durch „intransigente" Opposition lasse sich in Berlin etwas erreichen. Das alles könnten die Protestler tun, ohne damit ihr pol. Gewissen zu beschweren und ihre nat., d. h. frz. Sympathien zu verletzen. Sie müssen nur Sorge tragen, daß die beiden Fragen der Aut. und A. nicht vermengt werden. Die letztere trägt internat. Charakter und muß für die E.-L.er offen bleiben. Dieser demokr. Entwurf für das Parteileben in E.-L.er aus den 70er Jahren erinnert in frappanter Weise an das schon genannte Programm der zweiten Aut.Bewegung zu Anfang unseres Jahrhunderts. Die Fr. Z. verkündete damals schon die Lehre vom „modus vivendi"[1]) für E.-L. im R., ohne den internat. Austrag der e.-l. Frage vorzugreifen. Wie die frz. gesinnten E.er von 1905 das aut. Programm von 1875 ablehnten, „weil es antifrz. war", so tat es schon die Fr. Z. damals, weil ihrer demokr. und frz.-freundlichen Gesinnung die Protestler sympathischer waren als die Aut., die nur dem R. genehm waren, den Zielen der Fr. Z. aber und den Protestlern nur im Wege standen.

### III. Die Haltung der Frankf. Zeitung und ihre historische Bedeutung.

Wie wir den Platz der Fr. Z. in der dt. pol. Presse mit Hilfe der beiden Begriffe des Nationalismus und Liberalismus bestimmt haben, die allgemein als die zwei großen histor. Kräfte des 19. Jahrhunderts angesehen werden, so legen wir ihre Haltung in der e.-l. Frage nunmehr fest an Hand der Probleme und Antagonismen, die unserer Meinung nach in der komplizierten Frage beschlossen sind. Wir sehen vier Probleme: a) Das strategische der A. D. erwarb E.-L. aus einer defensiven Lebensnotwendigkeit heraus, zum Schutz und nicht aus Eroberungsgeist. b) Das nationale der Gesinnung, dessen tragische Note darin liegt, daß eine große Zahl von E.-L.ern subjektiv antidt. eingestellt

[1]) Vgl. oben S. 80.

war bei unzweifelhaft dt. Abstammung und Kultur und franz. Sympathien besaß. c) Das kulturelle der Regermanisierung. E.-L. war infolge seiner geographischen Lage das Zwischenland zwischen den zwei Hälften der europ. Kultur, der germ. und romanischen, deren Hauptträger, die Dt. und die Frz. hier zusammenstießen. Oder wie Martin Spahn sich ausdrückt: „E.-L. ist auf der Hauptreibungsfläche der beiden mächtigsten Nationen des festländ. Europa und zugleich im Schnittbereich der beiden großen Kulturkreise des Abendlandes gelegen, der im Mittelmeergebiet entsprungenen römisch-katholischen und der im mittleren Europa beheimateten christlich-germanischen Kultur.“[1]) Ursprünglich rein dt. Staats- und Kulturgebiet, war das Dt.tum in E.-L. seit Jahrhunderten durch die frz. Nation bedroht. d) Das konstitutionelle Problem des R.L. Infolge der Unterlassung der Einverleibung von E.-L. in Pr. und wegen des bündischen Aufbaus von D. entstand hier die Aufgabe, ein neues und besonderes Glied des R. zu schaffen. Eine Aufgabe, die den Liberalismus mächtig anzog; denn hier war Gelegenheit geboten, ein Staatswesen frei von den Fesseln einer hemmenden Tradition, allein nach modernen, pol. Grundsätzen nicht bloß umzuformen, sondern überhaupt erst neu zu formen. Während die dt. Staatsmänner bei ihren Ueberlegungen vom Standpunkt des R. ausgingen, d. h. dem strateg. Gesichtspunkt alle anderen unterordneten, die Gesinnung der E.-L.er als eine zwar ungünstige, aber unvermeidliche Zugabe mit in Kauf nahmen und das konstit.-liber. Problem, sowie die Wünsche des R.L. dem R.-Zweck nachordneten; während für die Mehrzahl des dt. Volkes das kulturelle Problem den Ausschlag gab, nahm die Fr. Z. entsprechend ihrem Wesen zum Ausgangspunkt das zweite Problem der Gesinnung der e.-l. Bevölkerung und brachte von hier aus die übrigen Fragen zu einer gegenteiligen Entscheidung. Sie trat für die Darstellung des e.-l. Volkswillens in einer repräsentativen Landesversammlung ein, auch wenn er frz. gesinnt wäre; sie befürwortete eine möglichste Schonung der frz. Kulturelemente, sie war gegen die A., und für das protestierende E. und gegen die R.politik. Alles auf Grund der Beschaffenheit des e.-l. Volkswillens. Diese weitgehend antidt. Stellungnahme wurde dem dt. Blatte durch seinen republ. Demokratismus, seine Gegnerschaft zum R., eine durchgehende Antipathie gegen Pr. und eine deutliche Vorliebe für F. ermöglicht.

Ein entsprechendes Ergebnis erhalten wir unter Berücksichtigung der Antagonismen. Wir zählen vier solcher zwischen R. und R.L.: a) den nat. zwischen dem dt. und frz. Staat; b) den kulturellen zwischen dt. und frz. Volkstum; c) den konstit. zwischen dem monarchischen R. und dem republik. Bürgertum in

[1]) M. Spahn, Elsaß-Lothringen, Berlin 1919, S. 14.

E.-L.; d) den konfessionellen zwischen der überwiegend kath. Mehrheit der E.-L.er und dem protest. Kaisertum, der latent sein konnte, aber zur Zeit des Kulturkampfes wirksam war.[1]) Für das pol. Denken der Fr. Z. spielte der konstitutionelle Antrag, die Hauptrolle. Hier stand **sie** auf Seiten der radikalen Protestler. Die anderen traten in den Hintergrund, da die Fr. Z. in konfessioneller wie auch kultureller Hinsicht staatliche Toleranz predigte. Die Religion verwies sie mit dem Satze, sie sei eine Privatsache, aus der Politik und kämpfte entsprechend dem Prinzip der Trennung von Kirche und Staat für eine Reinigung des staatlichen Lebens von den irrationalen Momenten der Religion und der von der Natur bedingten, blutmäßigen, nationalen Kulturunterschiede. Die letzteren waren ihr Naturvoraussetzungen, die gegenüber den Prinzipien der Freiheit und rechtlichen Gleichheit keinen bestimmenden Einfluß in der Politik haben sollten. Die staatl. Welt sollte nach ihrem letzten Wunsche nicht in Nationen, in Dt., Franz., Italiener usw. auseinanderfallen, sondern in die zwei pol. Parteien der Republikaner und Reaktionäre. Der Fr. Z. lag in den siebziger Jahren der Begriff des Nationalstaates fast ebenso fern wie der Begriff der Staatsreligion.

Welche historische Rolle spielte nun die Fr. Z. im ersten Jahrzehnt der e.-l. Frage? Der Historiograph der Zeitung schrieb darüber im Jahre 1906: „Das gemeinsame mancher Interessen mit D. überwand hier (gemeint sind die finanziellen und industriellen Kreise in E.-L.) den pol. Antogonismus sowohl wie den nationalen, und wer die Wirkungen einer solchen Gemeinschaft richtig zu schätzen weiß, wird anerkennen müssen, daß die nat. Sache durch die Fr. Z. mehr gefördert worden ist als durch irgend ein Organ der gutgesinnten Presse."[2]) Daran ist zweifellos so viel richtig, daß die Fr. Ztg. eine Ausnahmestellung unter den dt. Zeitungen einnahm und daß ihr nach ihrem Charakter eine einzigartige Bedeutung für die Entwicklung des R.L. zukam. Inbezug auf die materiellen Interessen und geschäftlichen Beziehungen ist das günstige Urteil sicherlich richtig. Aber daß sie die „nat. Sache" gefördert habe, können wir nach allem, was wir vernommen, nicht finden. Die Bande wirtschaftlicher Gemeinschaft sind wohl stark, das hat die Fr. Z. der siebziger Jahre, wie wir aus ihrer Parteipolitik erkennen, wohl gewußt. Aber sie selbst hat damals immer die Aut.P. verspottet, weil sie die interêts matériels zu sehr betonen. Im Gegensatz zu ihrem späteren Geschichtsschreiber stellte sie — und damit fühlte sie sich eins mit den Protestlern — ideelle Faktoren (in ihrem Fall das demokr. Staatsideal und das frz. Nat.gefühl der E.-L.er), Prinzip und Gesinnung immer in die erste Linie. Danach schieden sich die

[1]) Vgl. auch A. Wahl, a. a. O. I, S. 307.
[2]) Geschichte der Fr. Z. 1906, S. 233.

Geister und fanden sich die Menschen zusammen. Wir stimmen in diesem Punkte mit den Leitern der Fr. Z. in den 70er Jahren überein. Auch wir geben ideellen Momenten den Vorrang; doch sind es für uns nicht konstitutionell-liberale, sondern die irrationalen der angeborenen völkerpsychol. Unterschiede und die blutmäßigen der von Natur verschiedenen Rassen und Kulturen. Das größte Lebensprinzip der Menschheit erblicken wir in den einzelnen Volksindividualitäten, und den vornehmsten Träger der Kultur eines Volkes erkennen wir in seinem eigenen, nationalen Staat. Darum ist für uns hier oberster Maßstab, nicht was die Fr. Z. etwa für die demokr. Freiheit getan hat, sondern ob sie zur Stärkung des dt. Elementes in jenem dt. Grenzland beigetragen hat oder nicht.

Die Fr. Z. war ein gedeihliches journalistisches Unternehmen, das in sehr tüchtigen Händen lag und dem es an den nötigen Mitteln nicht fehlte, um eine ausgedehnte und schnelle Berichtung zu unterhalten. Welche anerkennenswerte Mühe sie sich hinsichtlich des R.L. gab, haben wir wiederholt gesehen. Sie ließ es sich angelegen sein, den von offiz. und nat.-lib. Blättern nicht genügend berücksichtigten Standpunkt der Majoritätspartei des Landes dem dt. Publikum bekannt zu machen. Was sie sich damit an Verdiensten in D. erwarb, das verdarb sie aber im R.L. mehrfach durch ihre zersetzende Kritik der dt. Politik. Die Liebe der E.-L.er zum R. hat sie nicht gefördert, indem sie an seiner r.l. Politik all die Jahre kaum einen guten Faden gelassen hat. Nicht weil die E.-L.er schlechter verwaltet worden wären als unter dem zweiten Empire, sondern weil das monarchische R. dem R.L. keine demokr.-republ. V. geben konnte. Daß die r.l. Beamten guten Willen und Entgegenkommen zeigten — wie die Z. selbst zugab —, wurde in ihrer journalistischen Praxis allzuwenig berücksichtigt. Die verderbliche Hauptwaffe, die da immer und immer geschwungen wurde, war die moralische Bekrittelung, die Proklamation einer sittlichen Schuld D.s gegenüber den E.-L.ern. Die Fr. Z. verkündete es laut, verkündete es Jahre hindurch, daß die E.-L.er rechtlos seien, unwürdig behandelt würden; daß sie mit ihrer ablehnenden Haltung ganz im Recht seien, daß D. die Hauptschuld an ihrem „Elend" treffe. Derweilen prosperierte das R.L. wirtschaftlich immer mehr.[1]) Was half es da, wenn die Fr. Z. hin und wieder sagte, die E.-L.er sollten nicht vergessen, daß das napol. F. mitschuldig sei, daß sie ihren frz. Chauvinismus nicht übertreiben dürften, daß sie sich in D. einrichten müßten. Das Bild, das die Fr. Z. von D. entwarf, war nicht dazu angetan, die E.-L.er anzuziehen, besonders wenn man andererseits bedenkt, wie die Z. über Fr. und die dritte Republik dachte. 1873 berichtete ein Korresp. der

[1]) A. Schulte, a. a. O. S. 326 f.

„Karlsruher Z." über den Eindruck der Sonnemannschen Rede im R.T. vom 16. Mai[1]) auf ihn und „viele E.er" und sagte, er habe darin nur „Haß gegen Pr." gefunden; in diesem Zusammenhang gab er seinem Schmerz darüber Ausdruck, daß die „Fr. Z. den E.ern ein Genuß" sei.[2]) Wir begreifen, daß die Ansichten der Z. über D., E.-L. und F. der Franzosenpartei im Lande gefielen. Doch wird kaum jemand behaupten, daß sie auf diese Weise den Prozeß der Eingewöhnung der E.-L.er in D. beschleunigt, die Versöhnung gefördert habe.. Wenn die frz. Journale recht ungünstig über E.-L. berichten wollten und die Sehnsucht seiner Bevölkerung nach F. wachhalten, so brauchten sie häufig nur die Fr. Z. zu Rate ziehen. Als sich im e.-l. Parteileben eine Strömung zeigte, auf die sich die dt. Reg. stützen konnte, da half sie dieselbe zu diskreditieren. Sie bespöttelte ihre Methode, machte ihre Resultate lächerlich und verkündete im R.L., daß die Aut. für das Wohl der E.-L.er, d. h. für die Ziele der Protestpartei mindestens entbehrlich seien. Die große, oppos. Partei der Protestation und Aktion, die die Fr. Z. in E.-L. zu bilden strebte, wäre so ziemlich das Schlimmste gewesen, was für D. und seine Reg. hätte eintreten können. Besseres vermochte sich kaum Gambetta, „der Beichtvater und Gewissensrat aller E.-L.er"[3]), wie ihn A. Schneegans nennt, zu wünschen.

Wir wollen die erfreulichen Seiten der Fr. Z. in den 70er Jahren gewiß nicht übersehen. Sie war ein sehr regsames, gut und wirksam geschriebenes Blatt. Die Konsequenz ihrer pol. Haltung sowie ihre demokr. Gesinnungstreue und ihr unverzagter, zäher Mut verdienen Achtung und Anerkennung. Wir hüten uns auch, die nachteiligen Wirkungen der Fr. Z. in der e.-l. Frage zu überschätzen. Aber wir wissen heute nach dem Weltkriege, welchen Einfluß die Presse auszuüben vermag. Wir müssen daran festhalten: Der Einfluß der Fr. Z., den sie durch ihre Kritik und Gesinnung in E.-L. ausübte, wirkte den Interessen der deutschen Reichspolitik im R.L. wesentlich zuwider.

[1]) R.T. Sten. Berichte 1873, S. 682.
[2]) 73. 147, 1.
[3]) A. Schneegans, a. a. O. S. 202.

# LEBENSLAUF

Ich, Friedrich Albert Stollsteimer, wurde am 12. Juni 1903 als Sohn des Metzgermeisters Friedrich Stollsteimer und seiner Ehefrau Christiane, geb. Scholl zu Gemmrigheim a. Neckar geboren. Ich bin evang. Bekenntnisses. Von 1910/17 besuchte ich die Volksschule meines Heimatortes. Nach einem Vorbereitungsjahr an der Knabenmittelschule Heilbronn war ich von 1918/24 Zögling des ev. Lehrerseminars in Eßlingen und bestand im Frühjahr 1924 die erste Volksschuldienstprüfung. Anschließend studierte ich zwei Semester Pädagogik und Philosophie in Tübingen. Im Frühjahr 1925 erwarb ich das Reifezeugnis des R. G. in Hall durch eine Ergänzungsprüfung in Latein und Englisch. Nun widmete ich mich acht Semester dem Studium der Geschichte, Germanistik und Anglistik an der Universität Tübingen von 1925/29, mit Ausnahme der W. S. 25/26 u. 27/28, die ich in München und Frankfurt a. Main studierte. Im Frühjahr 29 legte ich das erste philologische Staatsexamen ab.

Ich habe in meinen drei Fächern bei folgenden Professoren Vorlesungen u. Uebungen besucht: Haller, Jacob, König, Vogt u. Wahl, Buchner, Oncken u. Otto; Bohnenberger, Schneider, Naumann u. Schultz; Franz, Förster u. Curtis.

Während meines Stuttgarter Referendarjahres reichte ich vorliegende Dissertation bei einer hohen philosophischen Fakultät der Universität Tübingen zur Pormotion ein. Auf das Thema wurde ich durch meinen verehrten Lehrer, Prof. Dr. Wahl aufmerksam gemacht, wofür ich ihm hier herzlich danken möchte.